

Bei erneuerbarer Energie denke ich zum Beispiel an den Ökodiesel. Es wird bis jetzt in Österreich nur ein Drittel des Altpeisefetts wiederverwertet. Bei erneuerbarer Energie denke ich zum Beispiel auch an die Windenergie. Es gibt jetzt schon Windanlagen, und man kann auch schwache Windgegenden optimal damit nützen. Bei erneuerbarer Energie denke ich auch an die Solarenergie. Diesbezüglich müssen wir uns in den nächsten hoffentlich zehn Jahren besonders anstrengen, um diese erneuerbaren Energien zu forcieren. Danke. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 15.36 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Günther Prutsch (15.36 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Kollege Getzinger hat aus wissenschaftlicher Sicht den Bodenschutzbericht 1995 sehr ausführlich behandelt. Ich möchte eine Anmerkung als Normalbürger machen: Ich habe in Diskussion mit der betroffenen Bevölkerung festgestellt, daß ein wissenschaftlich nicht Vorgebildeter diesen Bodenschutzbericht nicht lesen kann und auch nicht entsprechend interpretieren kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Daher möchte ich die Anregung machen für all jene Nichtwissenschaftler, daß man zumindest im nächsten Bodenschutzbericht am Ende dieses Berichtes eine populärwissenschaftliche Zusammenfassung einfügt. Danke vielmals. (Beifall bei der SPÖ. – 15.36 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als letztem Redner zum Bodenschutzbericht erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (15.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es hat mich gefreut, daß der Kollege Prutsch den Günter Getzinger so aufgewertet hat. (Abg. Gennaro: „Er ist ja auch ein guter Mann!“) Das ist richtig und gut. Danke, der Umweltschutz hat ja doch seine Wirkung und seine Mächtigkeit bewiesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Bodenschutzbericht 1995 ist der achte. Ich kann mich noch gut erinnern, als wir in den 80er Jahren, und Erich Pörtl ist sicherlich mein Zeuge, diskutiert haben in der Paragraph-17-Kommission über die Gesundheit unserer Böden und wie wir dann doch zu einem Bodenschutzbericht gekommen sind, wo wir heute froh sein können, daß wir wissen, daß es einmal den Belastungsgrad erfaßt gibt, daß es die Möglichkeit der Belastbarkeit der landwirtschaftlichen Böden wissenschaftlich untersucht gibt. Ich möchte aber gerade in diesem Augenblick eines Mannes gedenken, der uns leider verstorben ist, und hier gerade auf diesem Gebiet sehr viel geleistet hat.

So war der Herr Dr. Eisenhut. Wir können ihm sehr viel verdanken. Er war hier der Pionier für diesen Bodenschutzbericht beziehungsweise das Bodenschutzprogramm. Die Gesundheit unserer Böden muß im Vordergrund stehen, wenn wir daran denken, daß

das ja eine Kette ist. Gesunder Boden, gesundes Wasser, gesunde Pflanzen, gesunde Lebensmittel und damit natürlich auch gesunde Menschen. Ich glaube, daß das schlechthin die Devise sein muß.

Und wenn in den vergangenen Jahren sehr viel an Atrazinen verwendet wurde zum Spritzen unserer verschiedensten Anbauten, Mais und ähnliches, so war es die Meinung, man kann mit der Natur machen, was man will. Die Natur hält alles aus. Die Natur ist für uns da, um sie auszubeuten. Heute haben wir festgestellt, daß das nicht mehr so weitergehen kann. Hier muß eingeschränkt werden, und wir dürfen hier sagen, gerade weil schon über die genmanipulierten Möglichkeiten gesprochen wurde, es kann nicht sein, daß wir Kartoffel, Mais und ähnliche Pflanzen genmanipulieren, damit wir noch stärkere Unkrautvertilgungsmittel einsetzen können. Wir müssen versuchen, hier auf dem Boden der natürlichen Pflanzen zu bleiben, die ja unsere Grundlage für unsere Ernährung sind. Es gibt Bereiche, wo wir vielfach auf unentbehrliche Spurenelemente bauen können, wo es aber klar ist, wenn überhöhte Mengen auftreten, daß dies schädlich sein muß und daß hier sowohl der Boden wie auch das Wasser, wie auch die Pflanzen geschädigt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das gilt im besonderen natürlich für die Entsorgung des Klärschlammes, wo wir wissen, daß hier eine Kumulierung von Schwermetallen eintritt und daß es halt nicht einfach ist, diesen Klärschlamm in der Landwirtschaft dann auch zu verwenden. Wenn es auch möglich ist, Klärschlamm auszubringen, ich kenne einige Bauern, die das auch getan haben, dann aber verpflichtet wurden, bei der großen Kläranlage anzuhängen und den eigenen Bereich nicht ausbringen zu dürfen. Das sind Defizite, die ich immer wieder einfordere. Das wird ja hoffentlich das kommende Abwassergesetz dann beseitigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben natürlich auch mit dem Bodenschutzprogramm Maßnahmen gegen Erosion und Bodenverdichtung. Ich glaube, daß hier das Landwirtschaftsförderungsgesetz ausreichend Möglichkeiten bietet, daß hier eine Verbesserung eintreten kann.

Meine Damen und Herren, es wird voraussichtlich der letzte Landtag sein, an dem ich heute teilnehme. Man soll zwar sagen in der Politik: Sag niemals nie! Aber ich möchte mich dadurch, daß ich zum Leiter der Baubezirksleitung bestellt wurde, erstens einmal dafür bedanken, daß ich das geworden bin (Abg. Majcen: „Du warst beim Hearing der Bestel!“) und ein neues Aufgabengebiet hier vorfinde und mich damit auch beschäftigen möchte. Aber, wie es ist, muß man natürlich in so einem Zeitpunkt auch ein bißchen Bilanz machen. Und wenn ich unter den Präsidenten Dr. Koren, Feldgrill, Wegart, Klasnic, Hasiba gedient habe, so habe ich das immer gerne gemacht, und man denkt dann ein bißchen zurück, hat man etwas erreicht, hat man etwas bewegen können?

Ich möchte nur ein paar Dinge herausnehmen. Eine Ansiedlung eines Betriebes in meiner Heimatgemeinde mit 150 Arbeitsplätzen, es ist die Holzindustrie Preding. Ich habe erreicht in der Zeit, in der ich in diesem Hause bin, und das ist immerhin von 1978 bis heute, unterbrochen durch die Jahre 1986 bis 1991, wo

eben ich aus dem Landtag gewählt wurde, aber wieder kommen durfte, daß die Blasmusik von 415.000 Schilling Förderungsgeld auf 8 Millionen erhöht wurde, und das dank eines Landesrates Michl Schmid. (Abg. Vollmann: „Ich will dich bei der Rede nicht gerne unterbrechen, nur eines muß ich dir da bitte mit aller Deutlichkeit sagen. Der Schmid kann da am wenigsten dafür, denn ihr habt dem Budget nicht einmal zugestimmt. Ihr habt es nicht einmal beschlossen. Das ist eine Lüge, lieber Freund!“) Lieber Heinz, aber er hat wenigstens eines erreicht, daß die Wertschätzung der Blasmusik – (Abg. Gennaro: Das steht nicht im Bodenschutzbericht!“) Aber der Bodenschutzbericht wird auch mit Blasmusik verabschiedet. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wer hat es denn ausverhandelt? Gib mir die Imker, und du wirst sehen, wie es euch geht!“)

Ich habe trotzdem auch eine große Freude, daß der Koralmtunnel heute zumindest so weit im Gespräch ist, daß man daran denkt, ihn wirklich zu verwirklichen. Der Prof. Klugar hat mir im Jahre 1981 sein Projekt in die Hand gegeben und hat gesagt, „du kannst damit etwas machen, schau, daß was wird“. Ich habe nur ganz leise gefordert im Jahr 1983. Es hat einige Zeit gedauert, und es ist wirklich für alle klar, daß es zu einem Koralmtunnel kommen muß. Ich habe mich redlich bemüht um die Rückhaltebecken, redlich bemüht um die Abwasserbeseitigungen im ländlichen Raum, im besonderen um die Pflanzenkläranlagen.

Lieber Erich, ich glaube, wir haben natürlich einige Sträube miteinander ausgefochten. Ein bißchen ist ja weitergegangen. Es tut mir ja direkt ein bißchen leid, daß das nicht mehr stattfinden kann, wenn ich hier aus diesem Hohen Hause mich verabschiede. (Abg. Gennaro: Vielleicht kommst du wieder?“) Aber ich glaube, daß man hier vielleicht doch noch in anderer Form mitarbeiten kann und vielleicht noch einiges einbringen kann. Ich habe mich sehr bemüht um die Gemeindeordnung, um eine Verbesserung einer Demokratisierung. Ich habe es auch nicht geschafft, es tut mir leid. Vielleicht darf ich noch ein bißchen mitverhandeln. Es ist die Neuwahl dazwischengekommen. Aber ich war seit 22 Jahren in der Landespolitik tätig. Ich habe mich immer bemüht, hier etwas einzubringen. Habe die Höhen und die Tiefen miterlebt der Landtagsarbeit, es waren viele schöne Stunden. Und ich habe auch sehr viele Freundschaften geknüpft.

Ich möchte mich wirklich bei allen recht herzlich bedanken, bei allen Abgeordneten, nicht nur bei meiner Fraktion, das ist – glaube ich – eine Selbstverständlichkeit, und bei meinem Landesrat, sondern auch bei den Abgeordneten der Sozialdemokraten, der ÖVP, der Liberalen und der Grünen. Ich möchte mich bedanken aber auch bei meiner Frau und meiner Familie, daß ich hier arbeiten durfte. Ich möchte mich bedanken bei allen Mitarbeitern, die mir die Arbeit erleichtert haben. Besonderen Dank auch dem Dr. Anderwald, wo ist er denn? Lieber Heinz, herzlich danke schön, beim Herrn Dr. Gartner und natürlich auch bei den Damen des stenographischen Protokolls, die es vielleicht nicht immer leicht gehabt haben mit meinen Aussagen.

Nun, Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, ich danke vielmals, und ich möchte im Sinne einer glücklichen Zukunft unserer Steiermark hoffen und bitten,

daß es ein höheres Maß an Gemeinsamkeit in diesem Hause gibt, und möchte uns allen ein herzliches Glückauf und alles Gute für die Zukunft wünschen! (Allgemeiner Beifall. – 15.49 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Meine Damen und Herren, ich glaube im Namen von Ihnen allen zu sprechen, wenn ich dem Abgeordneten Chibidziura für seine neue Tätigkeit, die er ja in Kürze antreten wird, ebenfalls viel Erfolg wünsche. Glück auf! (Allgemeiner Beifall.)

Er wird sicherlich mit dem Elan, mit dem er uns hier in Schach gehalten hat, die Baubezirksleitung Leibnitz pflegen.

Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Oh ja, Entschuldigung – Herr Landesrat hat natürlich um ein Schlußwort gebeten. Ich erteile es ihm.

Landesrat Pörtl (15.50 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich will den starken Abgang meines Kollegen Chibidziura nicht abschwächen, ich meine das aber wirklich ernst. Er ist einer der Wasser- und Abwasser-sänger mit Blasmusikverstärkung, also, was ich da registriert habe, wo es wirklich darum gegangen ist, sozusagen die nicht vermehrbaren Werte – das wurde auch in der Diskussion des Bodenschutzberichtes angesprochen – zu bewahren und zu beschützen und trotzdem in einer modernen Zeit mit dem gewaltigen Hebel der Chemie und der Technik eine zukunftsorientierte Landbewirtschaftung und eine Lebensmittelsicherung zu schaffen.

Wir erleben gerade bei diesem Bericht, in welcher Kürzellandschaft wir leben. Wer den Bericht ein bißchen angeschaut hat, hat natürlich eine Unterlage, die einerseits so quasi den Kollegen Getzinger freut und er sich sozusagen süß in diesen chemischen Prozessen, die tatsächlich im Boden und in der Atmosphäre vor sich gehen und der Abgeordnete Prutsch sicherlich das Problem hat – bei mir ist es leicht, ich bin ein Wissenschaftler, ich kenne mich da blitzartig und genau aus. Ich möchte aber sicherlich diese Anregung wahrnehmen, künftig eine konzentrierte Zusammenfassung für den Normalverbraucher hinzuzufügen. Es ist aber tatsächlich schon wesentlich, daß man das Gesamte betrachtet.

Wenn man also nur die Diagnosen abliest, sozusagen wir reine Diagnosenwirtschaft betreiben und Ist-Stände festlegen. Wir haben ja längst Entwicklungen im Laufen, wo vor allem sichtbar ist, daß zum Beispiel in der Frage Erosionsschutz – und da habe ich überhaupt keine Probleme mit diesem Beschlüßantrag – das Steirische Institut für ökologische Landbewirtschaftung aus der Erkenntnis der Erosionsprobleme, aus der Kenntnis der Bodengesundheit Bewirtschaftungsmethoden mit einer geeigneten Bearbeitungstechnik entwickelt hat. Vor allem in den schwierigen Steillagen, mit Versuchsfeldern, mit praktischer Bodentechnik, mit der pflugarmen Ackerbewirtschaftung wird die Frage Erosion in den Mittelpunkt gestellt. Wir könnten ohne weiteres einmal Bauern besuchen, die in Steillagen ohne Erosionen dort eine ordentliche Landbewirtschaftung

betreiben, wo vor allem sichtbar wird, was die praktische Umsetzung solcher Methoden im Grunde auslöst.

Ich möchte aber trotzdem noch kurz auf einige eingehen, Kollege Vollmann und Kollege Gennaro haben Sorgen, daß ich zu weit aushole. Ich habe leider das Problem, daß ich in dieser konzentrierten Kreuzung verschiedener Interessen stehe, daß die Lebensmittel billig sein sollen, daß sie rückstandsfrei sein sollen, ich den Klärschlamm auf Böden aufbringen soll, auf der anderen Seite sollen ja keine Schwermetalle eingebracht werden. Also diese Hybridsituation, wo alles in einem Modell drinnen sein soll, ist eben ein Fundament, wie das im Bodenschutzbericht der Fall ist, grundsätzlich das Allerentscheidendste. Gerade bei der Atrazinfrage ist bereits ein Verbot ausgesprochen, und es ist die konkrete Frage gestellt worden, was ist bei diesen Überschreitungen konkret durch die Behörde passiert.

Wir haben mit diesen drei betroffenen Grundbesitzern den unmittelbaren Kontakt aufgenommen, aber zu diesem Zeitpunkt, wo diese Übertretung der Fall war, ist durch eine verfassungsgerichtliche Aufhebung des Verbotes die gesetzliche Grundlage einer weiteren Strafverfolgung nicht vorhanden gewesen, und man hat mit der Einsicht der Betroffenen, aber vor allem auch mit Mitwirkung dieser Grundbesitzer die Einrichtung eines Standortes für eine Probenentnahme, um das weiter zu verfolgen, sich geeinigt, damit vor allem eine praktische Verbesserung passiert. Wir wollen da nichts unter den Teppich kehren, und es ist ja bekannt, daß wir vor allem in der Frage der Mobilität von Schwermetallen, was auch Arsen betrifft, im Einvernehmen mit dem Landeshygieniker eine Untersuchungsmöglichkeit gefunden haben. Mit den drei Meßpunkten in Veitsch und was die Arsenkonzentration im Grund- und Quellwasserbereich betrifft, haben wir eine Untersuchungsreihe geschaffen. Wenn wir die Ergebnisse vorliegen haben, das wird Ende 1997 sein, werden wir dem Landtag beziehungsweise dem Ausschuß berichten.

Ich möchte aber trotzdem noch auf einen konkreten, praktischen Bereich kommen, wo wir vor allem sicherlich festhalten müssen, daß es natürlich die sogenannten Sachzwänge gibt. Wir haben also derzeit die Situation, daß gegen Pilzkrankheiten eigentlich nur Kupfermittel die natürlichsten Gegenmittel sind, auch in der biologischen Landwirtschaft. Es ist daher derzeit keine Alternative vorhanden, die das schafft. Wir haben daher gerade auf diesem Gebiet Untersuchungen durchgeführt, weil wir teilweise bei Sonderkulturen Übertretungen vorgefunden haben. Da ist also die Forschung selbstverständlich sehr notwendig. Beim Punkt, den der Kollege Huber angesprochen hat, genau auf diese Schiene sitzen zum Teil jene wissenschaftlichen Vertreter auf, die mit Genmanipulation Resistenzen anbieten, die Pflanzen selbst Abwehrmechanismen entwickeln, damit bei Schädlingen oder bei Pilzen solche Behandlungen in Zukunft nicht möglich sind. Wir haben uns von der Steiermark aus und auch der Landwirtschaftsminister klar gegen die Freisetzung genmanipulierter Pflanzen ausgesprochen. Wir sind der Überzeugung, daß bei dieser Lebensmittelmenge und Qualität, bei unseren Möglichkeiten der mechanischen Bodenbearbeitung und vor allem

bei Techniken und Wissen, derzeit keine Notwendigkeit besteht, eine solche genmanipulierte Lebensmittelherzeugung zu schaffen. Wir befinden uns derzeit in einer Krise, was das Vertrauen in Lebensmittel, speziell in weiten Konsumentenzirkeln, betrifft. Ein ganz wesentlicher Punkt ist, daß wir auch eine Kennzeichnungsverpflichtung für jene genmanipulierten Lebensmittel erhalten müssen, die in unsere Region kommen. Es gibt also gerade auf diesem Gebiet, speziell in Amerika, enorme wissenschaftliche Entwicklung.

Wir haben uns daher zur Beobachtung dieser Entwicklung verpflichtet gefühlt, daß wir sozusagen nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern laufend diese Entwicklung beobachten, aber wir derzeit sehr klar Genmanipulationen ablehnen.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich sehr herzlich bedanken bei den Mitarbeitern, die diesen Bodenschutzbericht erarbeitet haben, aber vor allem auch bei den Abgeordneten. Bedanken möchte ich mich, daß vor allem auch klargestellt worden ist, wie es der Abgeordnete Riebenbauer angesprochen hat, daß nicht nur die Bauern und die Landwirtschaft die alleinige Verantwortung für diese Ergebnisse und für diesen Bericht zu tragen haben. Es ist vor allem auch offen ausgesprochen worden, daß gerade die natürlich vorkommenden Schwermetalle – wie zum Beispiel das Arsen – Gegebenheiten des Bodenzustandes sind. Und daher bin ich sehr froh, daß hier nicht polemisiert oder irgendwelche hysterischen Erklärungen abgegeben werden, sondern wir sind massiv dahinter, diese Verfügbarkeit, gerade was das Arsen und andere Schwermetalle betrifft, mit präzisen Messungen über die Pflanzenverfügbarkeit festzustellen. Damit ist dieser Kreislauf, den Kollege Chibidziura angesprochen hat mit dem gesunden Boden, mit dem gesunden Wasser, mit der gesunden Pflanze, mit den gesunden Tieren und eigentlich mit unseren gesunden Lebensmitteln in diesem Bodenschutzbericht eingebunden. Ich bedanke mich bei allen.

Da ich jetzt am Wort bin, möchte ich mich auch beim Kollegen Chibidziura bedanken, nicht für das, was er mir sozusagen ab und zu angetan hat. Ich wäre nur sehr froh, wenn du öfter dein geklärtes Wasser hier trinkst, damit man auch sieht, dies wäre die beste Garantie. Du hast einmal einen Versuch gemacht, und das hat die Öffentlichkeit gar nicht umgeworfen. Da warst du wesentlich höherer Meinung über die Wirkung einer solchen Demonstration. Aber damit – glaube ich vor allem – ist jetzt auch für diese neue Aufgabe die beinharte Praxis noch ersichtbar, wie setzen wir ganz praktisch Abwasser- und Wasserentsorgungsanlagen oder andere Anlagen draußen in den Gemeinden und Regionen konkret auch um. Ich wünsche dir ebenfalls Tatkraft und Freude und eine gute Zusammenarbeit. Wenn du mich angeht, gehe ich dich auch an, daß das also gleichbleibt, wie immer. Das gehört sicherlich dazu, aber das war nie böseartig. Ich danke herzlich für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 16.01 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Ich bedanke mich auch.

Ich komme zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 201/1, abstimmen und ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Nun kommen wir zur Abstimmung des Beschlufantrages der Abgeordneten der SPÖ und ÖVP, betreffend Erweiterung des Bodenschutzes.

Wer diesem Beschlufantrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Beschlufantrag ist mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zur Behandlung der dringlichen Anfrage der FPÖ-Abgeordneten an Herrn Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann, betreffend Leiterbestellung, Hearing.

Nun erteile ich Herrn Abgeordneten Ing. Franz Schreiner das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage der FPÖ-Abgeordneten.

Abg. Ing. Schreiner (16.03 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Vorgang der Bestellung sogenannter Spitzenpositionen in diesem Lande ist nicht in notwendiger Ausführlichkeit verständlich, ist nicht in nachfolgend angeführten Punkten der Anfrage nachvollziehbar. Die hierfür politisch Verantwortlichen haben ein großes Maß an Erklärungsbedarf zu befriedigen.

Und deshalb erlauben wir uns folgende dringliche Anfrage gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Ing. Schreiner, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Schinnerl und Wiedner an Herrn Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann, betreffend Leiterbestellung – Hearing, zu stellen.

In der letzten Zeit wurden im Land einige bedeutende Leiterpositionen besetzt. Unter ihnen der Leiter der Kulturabteilung, der Vorstand der Personalabteilung sowie der Bezirkshauptmann von Deutschlandsberg. Obwohl von seiten des Landes durch die Einführung von Hearings im Zuge der Besetzung von Führungspositionen die Objektivität gewahrt sein sollte, erscheint der eine oder andere Bestellungsverfahren für die Öffentlichkeit nicht leicht nachvollziehbar zu sein. So protestieren zum Beispiel acht der zehn Bewerber, die zum Hearing für die Position des Chefs der Kulturabteilung gekommen sind, in einem offenen Brief an die Landesräte und Klubobleute gegen die Vorgangsweise, die beim Auswahlverfahren angewandt wurde. Tatsache ist, daß jener Kandidat, welcher sich als einziger nicht dem Hearing stellte, zum Zug kam. Daneben ergibt sich bei dem nunmehr bestellten Leiter der Kulturabteilung die juristisch äußerst bedenkliche Situation, daß dieser nicht Beamter des Landes ist.

Auch im Zuge anderer Bestellungen soll es zu undurchsichtigen Entscheidungen gekommen sein. Da all diese Vorgänge geeignet sind, in der Öffentlichkeit Zweifel über die Sinnhaftigkeit der Durchführung von Hearings aufkommen zu lassen, stellen die gefertigten Abgeordneten an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, nachstehende dringliche Anfrage:

Erstens: a) Auf Grund welcher Entscheidungskriterien wurde der nunmehr bestellte Leiter der Kulturabteilung ausgewählt? b) Inwiefern ist der nunmehr neubestellte Leiter der Kulturabteilung als Abteilungsvorstand ohne Beamtenstatus in das Weisungsprinzip der öffentlichen Verwaltung eingebunden? c) Wie hoch wird das genaue Gehalt des Leiters der Kulturabteilung sein und in welcher Gehaltsstufe wird er eingestuft werden?

Zweitens: Auf Grund welcher Entscheidungskriterien wurde der nunmehr bestellte Vorstand der Personalabteilung ausgewählt?

Drittens: Auf Grund welcher Entscheidungskriterien wurde der nunmehr bestellte Bezirkshauptmann von Deutschlandsberg ausgewählt?

Viertens: Warum haben Sie in der Regierungssitzung den Antrag gestellt, wonach die Dienstverträge der beiden Geschäftsführer der KAGES schon jetzt bis zum Jahre 2002 verlängert werden sollen, obwohl ihre Fünfjahresverträge erst 1997 beziehungsweise 2000 abgelaufen wären und kein Hearing stattgefunden hat?

Fünftens: Sehen Sie unter dem Hintergrund der Vorkommnisse der jüngsten Zeit einen Wertverlust der Objektivierungsbestrebungen, und wie stellen Sie sich die Handhabung des Hearings für die Zukunft vor?

Gemäß Paragraph 58 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird die Abhaltung einer Wechselrede beantragt. (Beifall bei der FPÖ. – 16.07 Uhr.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Landesrat Dr. Hirschmann das Wort zur Beantwortung der soeben vorgetragenen dringlichen Anfrage. Bitte, Herr Landesrat!

Landesrat Dr. Hirschmann (16.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich werde die Anfrage selbstverständlich Punkt für Punkt – Wo ist der Kollege Schreiner? Da sitzt er – beantworten. Ich darf zunächst einmal allgemein vorausschicken, wenn ich die Anfrage richtig verstehe und dann die Presseberichte der letzten Tage, dann geht es um zwei, drei Hauptpunkte. Der eine zunächst einmal, Kollege Schreiner, du hast gesagt, es kommt in der Anfrage das Wort „undurchsichtige Entscheidungen“ vor, also wollen wir uns einmal beschäftigen mit der Frage über Sinn und Ernsthaftigkeit der Hearings, dann das zweite Thema, wenn ich es richtig verstanden habe, ist die Frage der Bestellung des Leiters der Kulturabteilung. Und ich werde dann übergehen auf die konkreten Punkte Ihrer Anfrage.

Zum ersten, zu den Hearings:

Wir haben am 12. Dezember des Jahres 1994 einen damals einstimmigen Beschluß in der Regierung über die Durchführung von Hearings für Leiterfunktionen in der Landesverwaltung gefaßt. Das Ziel war damals, daß wir gesagt haben, wir möchten uns auf die Suche begeben nach geeigneten Auswahlverfahren für solche Leitungsfunktionen.

Bitte, ich möchte vorweg eines sagen: Von der Papstwahl bis zu den Entscheidungen in der Grazer Burg, Personalentscheidungen werden immer um-

stritten sein. Bis der weiße Rauch eines Konklaves aufsteigt, weiß man schon, wieviel Leute vorher verheizt worden sind. Das ist halt so, und das wird auch immer so bleiben. Deswegen war es, wie gesagt, ein erster Schritt, und ich meine bis zum heutigen Tage – ich werde das jedenfalls aus meiner Warte zu begründen versuchen – ein guter erster Schritt, daß wir gesagt haben, wir wollen mit diesen Hearings doch versuchen, einen Schritt nach vorne zu kommen.

Ich möchte zu dieser Berufungen, weil es da doch eine Reihe von Vorwürfen gegeben hat in den letzten Tagen, auf die zentralen Aussagen des damals gefaßten Regierungsbeschlusses kommen. Ich mache das kurz, es ist ein mehrseitiger Antrag. Da heißt es unter anderem bei den Hearings, „Aufgabe ist es“, ich zitiere aus dem damaligen Beschluß, „diejenigen Kandidaten (Plural) herauszufinden, die den Erfordernissen des Anforderungsprofils am besten entsprechen“, und ein bißchen weiter hinten heißt es dann, „die Beurteilung durch die Kommission bildet wiederum die Grundlage für einen Vorschlag der Kandidaten (Plural), die für die jeweils ausgeschriebene Führungsfunktion geeignet erscheinen“, und ein bißchen später heißt es dann, „die Bestellung der Führungskräfte erfolgt weiterhin durch die Landesregierung“.

Das war der Beschluß vom 12. Dezember 1994, damals, wie gesagt, einstimmig in der Regierung gefaßt.

Ich möchte aus meiner Erfahrung von damals bis heute folgendes hinzufügen dürfen. Ich glaube, daß die Entscheidungen, die seither getroffen worden sind, auf Basis der Vorschläge dieser Hearings exzellente Entscheidungen waren, die wir getroffen haben, inklusive aller gestern in der Regierung gefaßten Entscheidungen, und ich bin dem Kollegen Michael Schmid dankbar, daß er gestern zumindest die Dinge nicht zurückgestellt hat, er hat beim Kollegen Chibidziura selbstverständlich mitgestimmt, was mich freut – Chibi, du kommst in meinem Schlußsatz heute noch einmal vor, jedenfalls habe ich mir das vorgenommen –, und bei einigen anderen Entscheidungen war er auch dafür, bei anderen Entscheidungen wiederum dagegen, die dann mit einer Mehrheit von 8 zu 1 gefallen sind.

Die Erfahrung der Hearings hat, wie gesagt, zunächst außerordentlich positive Ergebnisse gezeitigt, aber ich möchte das hier in aller Deutlichkeit heute auch vor den Damen und Herren der Presse sagen, wir haben unabhängig von den konkreten Entscheidungen der letzten Tage eigentlich das ganze letzte Jahr hindurch in der Regierung oder in Zwiesgesprächen und querfeldein über verschiedene Fraktionen uns dahin gehend verständigt, daß wir gesagt haben, noch einmal das, was auch in dem Regierungsbeschluß drinnensteht, nämlich, daß aus einem Hearing mehrere geeignete Kandidaten vorzuschlagen sind und dann über einen Vorschlag des zuständigen politischen Referenten die letzte Entscheidung in der Regierung fällt.

Meine verehrten Damen und Herren, soviel einmal zunächst zur Frage der Hearings. Ich werde am Schluß dann auch, jedenfalls aus meiner Perspektive der bisherigen Erfahrungen, einen Vorschlag machen, wie wir das weiterhin handhaben, weil wir damals auch

gesagt haben, es ist einmal eine Stufe einer weiteren Entwicklung.

Zweiter Punkt, die Frage des Leiters der Kulturabteilung oder des Kulturmanagements, ich darf das gleich direkt kombinieren mit der ersten Frage, die vorgelegt wurde: „Auf Grund welcher Entscheidungskriterien wurde der nunmehr bestellte Leiter der Kulturabteilung ausgewählt?“ Ich halte einmal fest, es hat elf gute, durchwegs qualifizierte Bewerbungen gegeben. Dr. Vujica, der mittlerweile bestellt wurde, hat am Tag, wo das Hearing stattgefunden hat, in der Früh mitgeteilt, daß er zum Hearing nicht erscheinen werde, und hat das damit begründet, daß sein kulturpolitisches Schaffen im Lande Steiermark hinlänglich bekannt sei. Ich sage dazu, das ist sicherlich in der Optik nach außen hin die schwierigste Frage gewesen, und trotzdem stehe ich hundertprozentig zu dieser Entscheidung. Ich habe mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter – es war nämlich gerade eine Landtagssitzung, wenn ich mich recht erinnere – an dem Tag ein Gespräch geführt, und wir waren zunächst – und ich glaube, das können wir durchaus offen sagen – auch der Meinung, daß dieses Hearing durchgeführt wird und zweitens eigentlich die Bewerbung des Dr. Vujica damit hinfällig geworden ist. Es hat sich dann herausgestellt, daß die Kommission zu einem Ergebnis gekommen ist – und ich möchte das wirklich auch mit aller Sorgfalt hier darlegen –, daß es eigentlich zu keiner Entscheidung kommen konnte. Und ich möchte dazusagen, nachdem es elf Bewerbungen gegeben hat und darunter eine Reihe exzellenter Leute – auch eine Dame war darunter –, daß aber natürlich die Funktion des Leiters einer Kulturabteilung eigentlich eine ganz bestimmte Sonderfunktion ist und wir jedenfalls im Gespräch – der Herr Landeshauptmannstellvertreter und ich – der Meinung waren, daß man hier auch einen neuen Weg gehen kann. Die Kommission hat dann die Feststellung einstimmig – einstimmig! – getroffen, daß die Regierung entweder neu ausschreiben möge oder eine anderweitige Entscheidung treffen soll. Wir haben dann eine anderweitige Entscheidung in Absprache mit dem zuständigen Referenten getroffen, und ich sage noch einmal in der Sache, soweit mir die Beurteilung zusteht, eine von der Qualität her sicherlich ganz exzellente Entscheidung. Das heißt nicht, daß auch nur einer der anderen Kandidaten oder Kandidatinnen, die sich dem Hearing gestellt haben, minderqualifiziert wäre. Ich sage auch offen dazu, weil wir ja gestern in der Regierung auch einen Beschluß gefaßt haben, den Dr. Richard Kriesche sozusagen ins Land heimzuholen, daß das natürlich auch in einem gewissen Sinn für den Dr. Peter Vujica gilt, daß man in Kenntnis seiner bisherigen Aktivitäten durchaus auch sinnvollerweise einen Schritt setzen kann, so einen Mann zur rechten Zeit wieder nach Hause zu holen. Ich sage aber trotzdem zum Vorgang selber, was lernen wir aus so einem Fall, der im Drehbuch zunächst sozusagen nicht vorgesehen war, nicht nur in der konkreten Ausformung jetzt, sondern in der seinerzeitigen Vorstellung über die künftige Abhaltung solcher Hearings. Ich möchte sagen und es gleich vorwegnehmen, was ich am Schluß vorschlagen wollte. Ich persönlich bin außerordentlich dafür, bin aber auch dankbar, wenn es andere Vorschläge gibt, daß wir Hearings grundsätzlich aufrechterhalten, weil sie eine hervorragende

Form sind, zu einer exzellenten Vorselektion zu kommen. Das hat sich bis jetzt, wie gesagt, immer bewährt. In bestimmten Sonderfunktionen, wo es im vorhinein eine Kandidatin oder einen Kandidaten gibt für die Ausübung einer solchen Funktion und sich Regierungspartner darüber einig sind, daß es der Kandidat oder die Kandidatin sein soll, würde ich allerdings in Hinkunft auf ein Hearing verzichten, so wie wir das zuletzt im letzten Anlaßfall beim Kollegen Rader Ludwig gemacht haben.

Ich komme, meine verehrten Damen und Herren zur zweiten Frage, eins b) im Fragenkatalog „Inwiefern ist der nunmehr neubestellte Leiter der Kulturabteilung als Abteilungsvorstand ohne Beamtenstatus an das Weisungsprinzip der öffentlichen Verwaltung gebunden?“

Ich darf das dahin gehend beantworten, meine verehrten Damen und Herren, der Beamtenstatus hat mit der Weisungsbindung zunächst einmal nichts zu tun.

Ich möchte die Frage aber direkter beantworten, gemeint ist wahrscheinlich, kann er Weisungen geben, kann er Weisungen empfangen. Na selbstverständlich kann er Weisungen empfangen, gar keine Frage. Auf das Weisungsgeben wird es dort nicht sehr ankommen, nachdem das ja weithin privatwirtschaftliche Tätigkeiten sind. Und im übrigen, meine verehrten Damen und Herren, haben wir mit dem dortigen Vorstand der Rechtsabteilung 6, Herrn Hofrat Wippel, in jedem Falle eine oder auch weitere Möglichkeiten, über einen eventuellen Stellvertreter dort alle juristischen Feinsinnigkeiten voll und ganz abzudecken, wenn es darauf ankommen sollte.

Die dritte Frage: eins c) Wie hoch wird das genaue Gehalt des Leiters der Kulturabteilung sein und in welcher Gehaltsstufe wird er eingestuft werden?

Dr. Peter Vujica wird, wie bei einer Pressekonferenz bereits dargestellt wurde, einen Sondervertrag auf fünf Jahre erhalten, 14mal 110.000 Schilling monatlich, all inclusive, wie der Fremdenverkehrsreferent sagen würde. Es gibt keinerlei Zulagen daneben, es gibt keinerlei Nebengebühren.

Der Einfachheit halber darf ich beim Kollegen Rader bleiben, um darzustellen, was eine Führungsposition bei uns kostet. Der Kollege Rader kostet uns inklusive der Pensionstangente, die ja beim Dr. Peter Vujica wegfällt, monatlich exakt 134.109,30 Schilling.

Also, es ist auf jeden Fall eine von der Kostenfrage her durchaus vertretbare Summe, die hier bezahlt wird. Offen gesagt, daß natürlich das alles miteinander in Zeiten wie diesen immer ein Problem ist, wissen wir. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Dann die Pensionstangenten bei anderen auch dazu auflisten!“) Ist vollkommen richtig, das haben wir ja oft und oft gesagt. Ich habe nur gesagt, ich nehme deswegen den Kollegen (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Was kostet der Ortner mit Pensionstangente?“)

Gar keine Frage, ich wollte nur darauf hinweisen, daß der Dr. Peter Vujica im Vergleich zu vielen, vollkommen richtig, zu vielen Leitungsfunktionen bei uns (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Billiger ist!“) billiger ist, in jedem Falle billiger ist. Du hast vollkommen recht, Michel, da gibt es jede Menge von Spitzenleuten bei uns. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Dann

mußt den Chibidziura auch dazuzählen!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ja, ja, dann tun wir überall die Pensionstangente dazu!“) Das ist richtig. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Bleiben wir dann korrekt!“) Jawohl!

Ich komme zur Frage zwei: Auf Grund welcher Entscheidungskriterien wurde der nunmehr bestellte Vorstand der Personalabteilung ausgewählt?

Ich darf auf das, was ich einleitend gesagt habe, zurückkommen, es wurden von der Kommission vier geeignete Kandidaten genannt, die – ich zitiere wörtlich – „das Anforderungsprofil in vollem Umfang erfüllen“.

Ich mache da auch hier vor dem Hohen Haus kein Geheimnis daraus, daß ich persönlich beide Kandidaten, also zwei der vier, sehr schätze, die zwei weiteren sowieso – weil der eine ist ein Mitarbeiter von mir, der Dr. Fluch, und der andere ist durchaus ein befreundeter Mensch von mir, der Dr. Königswieser, der Chef der Landespersonalvertretung –, die ich auch außerordentlich schätze und die ich auch für sehr befähigt halte, daß ich aber darüber hinaus mit dem Dr. Werner Eichtinger und vor allem auch mit dem Hofrat Oberascher ein persönlich außerordentlich gutes Verhältnis habe und in jedem Fall die Qual der Wahl bestanden hat. Es war einfach abzuwägen, ob man auf der einen Seite mehr Gewicht legt auf die Gesetzesmaterien, auf die dienstrechtlichen Fragen, auf hoheitsrechtliche Fragen oder auf die Frage des Personalmanagements, wo wir ja in den letzten Jahren ein sogenanntes selbständiges Referat eingeführt haben, das ich für sehr wichtig halte und das Hofrat Oberascher exzellent führt. Den Ausschlag hat für mich, wie gesagt, gegeben, daß der Dr. Werner Eichtinger in dieser Situation ganz gewiß vorweisen kann, daß er ein exzellenter Fachmann ist, daß er ein großartiger Jurist ist und, bitte, daß er acht Jahre hindurch die Stellvertretung dort in hervorragender Art und Weise gemacht hat. Aber ich sage dazu, das war keine leichte Entscheidung, und Sie wissen, wie unangenehm solche Dinge auch sein können. Umgekehrt sage ich dazu, wir hatten Gott sei Dank die Qual der Wahl unter mehreren ganz exzellenten Kandidaten.

Frage Nummer drei: Auf Grund welcher Entscheidungskriterien wurde der nunmehr bestellte Bezirkshauptmann von Deutschlandsberg ausgewählt?

Ich darf berichten, daß die Kommission uns zwei – ich zitiere wörtlich – „sehr gut geeignete Kandidaten“ genannt hat. Einer davon ist der nunmehr bestellte Dr. Helmut-Theobald Müller. Ich sage auch hier in aller Offenheit dazu, die Regierung hat das beschlossen in einer Fraktionsabsprache zwischen der steirischen Volkspartei und der SPÖ.

Frage Nummer vier: Warum haben Sie in der Regierungssitzung den Antrag gestellt, wonach die Dienstverträge der beiden Geschäftsführer der KAGES schon jetzt bis zum Jahre 2002 verlängert werden sollen, obwohl ihre Fünfjahresverträge erst 1997 beziehungsweise im Jahre 2000 abgelaufen wären und kein Hearing stattgefunden hat?

Ich möchte vorweg festhalten, daß beide Geschäftsführer der KAGES, also sowohl Dr. Fankhauser als auch Dipl.-Ing. Martetschläger, auf Grund eines objektiven Auswahlverfahrens von der Landesregie-

rung seinerzeit bestellt wurden. Es handelt sich beim gegenständlichen Antrag daher nicht um eine Neubestellung, sondern, wie auch ausdrücklich im Regierungssitzungsantrag festgehalten, um die Verlängerung der Bestellung.

Nachdem in der Vergangenheit die Arbeit des Managements der KAGES wiederholt durch auch medial sehr breit abgehandelte Personaldiskussionen nicht gerade erleichtert wurde, habe ich mit dem Spitalsreferenten Günter Dörflinger vereinbart, die Verträge der ersten und der zweiten Ebene terminlich zu akkordieren. Durch diese Maßnahme, das muß ja ganz offen auch einmal gesagt werden, man kann ja einen solchen Betrieb mit einer solchen Verantwortung nicht damit belasten, daß alle halben Jahr irgendeiner um seinen Vertrag zittern muß, auf Grund welcher Diskussionen auch immer – sollen von der Eigentümerseite bestmögliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit sich das Management der KAGES in den nächsten Jahren ausschließlich auf die wichtigen und schwierigen Aufgaben konzentrieren kann, wie zum Beispiel eben die Durchführung des Projektes „LKH 2000“ oder die Umsetzung der leistungsbezogenen Krankenanstaltenfinanzierung oder was immer es hier an schwierigen und wichtigen Aufgaben geben wird.

Frage Nummer fünf: Sehen Sie unter dem Hintergrund, das soll heißen, vor dem Hintergrund, nehme ich an, der Vorkommnisse der jüngsten Zeit einen Wertverlust der Objektivierungsbestrebungen, und wie stellen Sie sich die Handhabung des Hearings in der Zukunft vor?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe vorhin schon angedeutet, ich persönlich halte die Hearings für eine außerordentlich wichtige Entscheidungsvorbereitung auch in Zukunft, möchte aber unterstreichen, daß wir das umsetzen wollen und umsetzen werden, was wir seinerzeit in diesem Regierungsbeschluß festgelegt haben, nämlich, daß die Letztentscheidung bei der Regierung liegt, die ja auch die politische Verantwortung letztlich zu tragen hat. Ich wiederhole, daß in Sonderfällen, bei Sonderfunktion, und der Leiter der Kulturabteilung ist, ich möchte das wiederholen, für mich eine solche Sonderfunktion, bei besonders geeigneten Kandidatinnen oder Kandidaten auch in Hinkunft von vornherein kein Hearing, jedenfalls aus meiner Sicht der Dinge, stattzufinden hat.

Ich bin aber, nochmals, für jeden konstruktiven Vorschlag insgesamt zu diesen Leiterbestellungen dankbar und möchte abschließend, meine verehrten Damen und Herren, noch folgendes sagen. Ich glaube, noch einmal, daß das ausnahmslos sehr gute, exzellente Personalentscheidungen waren, und ich hoffe auf ganz überzeugende Leistungen derer, die bestellt worden sind, allen voran, lieber Herr Hofrat Chibidziura, in den nächsten Jahren (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ich werde mich bemühen!“), damit wir in fünf Jahren auch an eine Wiederbestellung denken können. Ich glaube, das geht sich altersmäßig aus. Ich bin der Meinung, daß wir das in den nächsten Jahren in allen Fällen, die hier – (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Er war ja Erster, da ist die Gefahr nicht gegeben, daß er sich nicht bewährt!“)

Ich will dir nicht verraten, was im Kommissionsbericht drinnensteht, aber er war auch ein sehr geeigneter Kandidat, das ist richtig. In diesem Sinne, lieber Herr Hofrat Chibidziura, dir persönlich alles Gute, und ich bin der Meinung, daß diese Personalentscheidungen exzellente Entscheidungen waren, zu denen wir stehen können. Und ich wünsche allen, die gestern bestellt worden sind, die Unterstützung aller hier zum Wohle unserer Steiermark! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 16.29 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Nunmehr eröffne ich die Wechselrede zur dringlichen Anfrage der freiheitlichen Abgeordneten und weise auf den Paragraphen 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt. Ich bitte Sie, sich daran zu halten.

Als erste hat sich zu Wort gemeldet die Frau Abgeordnete Mag. Bleckmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Bleckmann (16.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Stücke schreiben ist wie Schach spielen. Bei der Eröffnung ist man frei, dann bekommt die Partie ihre Logik, das hat Dürrenmatt gesagt. Und wenn wir die Stücke betrachten, denn all diese einzelnen Bestellungen sind ja Stücke in der Landesregierung, die Landesrat Hirschmann eingebracht hat, dann sind sie wirklich frei. Vor allem diese drei, die wir hier herausgenommen haben, sind sozusagen Freibriefe, denn diese entbehren jeglicher Logik. Die einzige Logik, die wir hier erkennen können, ist, daß nicht nach der Entscheidung der Hearing-Kommission vorgegangen worden ist. Und der nächste rote Faden, der sich durch diese, vor allem diese drei Bestellungen zieht, ist, daß hier anstatt, daß man SPÖ-nahe Beamte oder Günstlinge in bis jetzt von der ÖVP besetzte Posten hinein-nominiert hat.

Wenn Sie jetzt so groß sagen, die letzte Entscheidung liegt bei der Regierung, das ist Ihr Gegenargument, dann stimmt das schon, das steht auch im Antrag, den wollen wir ja gar nichts absprechen, aber dann darf ich nicht den Teilnehmern sagen, daß sie hier bei einem objektiven Hearing antreten, wo sie dann nach objektiven Kriterien bewertet und gereiht werden. Diese Personen nehmen daran unter der Voraussetzung teil, daß sie nach objektiven Kriterien beurteilt werden, daß es hier zu einer Reihung kommt, an die man sich dann auch hält. Wenn so vorgegangen wird, wie es ÖVP und SPÖ machen, dann muß ich von vornherein sagen, „ihr könnt's da in das Hearing hineingehen, dann schauen wir einmal, und dann nehmen wir da ein paar heraus, und dann wird es irgendeiner“. Wenn es unter dieser Prämisse gemacht wird, dann geht das so, aber wenn es nach uns geht, geht es so nicht. (Beifall bei der FPÖ.)

Und Sie sagen, oder du sagst – Entschuldigung, wir sind ja per du – Personalentscheidungen, sagst du, sind immer umstritten. Das wissen wir auch, daß sie immer umstritten sind, deshalb haben wir ja so vehement darauf gedrängt, daß dieses Hearing endlich eingeführt wird, damit es nicht mehr umstritten ist, damit die Regierung auch einen Faden hat, an den sie sich halten kann, wenn es hier eine Reihung gibt, und

anerkennt, dann können auch dementsprechend die Leute und Personen eingesetzt werden. Wenn man das aber nicht macht und sich jetzt an den Regierungsantrag klammert, ist das Augenauswischerei.

Es steht in dem Antrag sicher auch schon drinnen „Kandidaten“, aber das ist bitte Plural, das ist für alle Bereiche so, daß hier generell Kandidaten geschrieben wird. „Diese Beurteilung“ – und ich zitiere jetzt aus dem Regierungsantrag von damals, den du ja auch zitiert hast – „bildet wiederum die Grundlage für einen Vorschlag der Kandidaten, die für die jeweils ausgeschriebene Führungsfunktion geeignet erscheinen.“ Das nächste hat der Herr Landesrat nämlich nicht zitiert: „Je nach Ergebnislage kann die Kommission auch eine besondere Empfehlung abgeben“, und die schaut zur Zeit so aus, daß hier auch Reihungen abgegeben werden, das sind dann die „besonderen Empfehlungen“, die hier abgegeben werden. Und SPÖ und ÖVP können sich da nicht einfach nur so hin-ausschleichen und sagen, „es ist eben alles umstritten“.

Wenn ich die Antwort, die uns hier gegeben wurde, interpretiere, dann ist das, was du gesagt hast, „bei einzelnen Positionen werden wir uns das genau anschauen müssen, und wenn hier eine Einigung zwischen den Regierungsfractionen beziehungsweise zwischen ÖVP und SPÖ besteht, dann werden wir uns überlegen, dieses Hearing nicht stattfinden zu lassen“. Ja, bitte, das ist das Bekenntnis zur Postenpackelei, die jetzt stattgefunden hat und die scheinbar in Zukunft stattfinden wird. Wenn das so ist, müssen wir uns natürlich damit abfinden. Aber wir werden es immer wieder aufzeigen, wie hier vorgegangen wird und daß hier vom Hearing, wie es früher stattgefunden hat, abgegangen wurde. (Beifall bei der FPÖ.)

Zum Stück eins, denn hier gibt es sehr viel, auch aus einer anderen Sicht, darzustellen, sozusagen der erste Akt, die Bestellung des Leiters der Personalabteilung. Wie den Medien zu entnehmen ist, wurde hier von der Kommission ein anderer Kandidat an erste Stelle gesetzt, und nicht der, den die Regierung mehrheitlich beschlossen hat. Und der haushohe Gewinner des Hearings hat so hervorragend abgeschnitten, daß er scheinbar auch der Landesregierung zu gut war. Dann wurde mühevoll nach irgendeinem Grund gesucht, warum man ihn doch nicht nehmen kann. Und wir haben es gehört, der Schwerpunkt liegt darin, daß man einen Juristen braucht und man eben einen Nichtjuristen nicht bestellen kann. Damit man eben etwas gefunden hat, wurde das nachträglich noch einmal hier als Begründung zitiert, obwohl in der Ausschreibung nicht drinnensteht, daß es Voraussetzung ist, um sich um diesen Posten zu bewerben, daß man Jurist sein muß. Dann kann ich doch nicht im nachhinein sagen, daß der, der jetzt erster ist, ausscheidet, weil er kein Jurist ist. Dann hätte ich das von vornherein wissen müssen, daß ich diesen nicht nehmen kann, dann hätte ich ihn nicht in die Ausschreibung hineinnehmen dürfen. Ich kann ja nicht mit unterschiedlichem Maß messen und dann, wenn das Hearing vorbei ist, sagen, der, der herausgekommen ist, der paßt mir jetzt doch nicht. So kann es nicht sein. Nächstes Mal ist es dann vielleicht so, daß man sagt, nein, die Augenfarbe darf jetzt nicht Blau sein, sondern sie muß jetzt – naja Rot ist ein bißchen schwer –, aber sie muß

halt eine andere sein als Blau. (Beifall bei der FPÖ.) Also der Abschluß des ersten Stückes ist, daß es nicht nachvollziehbar ist, wie diese Bestellung zustande kam.

Stück zwei, der zweite Akt, die Bestellung des Bezirkshauptmannes von Deutschlandsberg. Hier gab es angeblich zwei gleichgereichte Kandidaten. Einer wird von den Bürgermeistern abgelehnt, der andere wird von den Bürgermeistern favorisiert. Welcher wird jetzt genommen? Ja, natürlich der, der von den Bürgermeistern abgelehnt wird. Hirschmann, unser lieber Kollege, unser lieber Landesrat, nennt das die Qual der Wahl. Na, die hätte ihm ja das Hearing abnehmen können, die Qual der Wahl. Aber hier war es halt auch für das Hearing doch nicht so leicht, dann entscheidet man sich für den, der den Bürgermeistern nicht so recht ist. Und hier verstehe ich eines nicht, wenn sich schon der rote Faden der SPÖ-Bestellungen hier durchzieht und die Entscheidung gerade in diesem Akt, in diesem Fall ohnedies nur zwischen zwei SPÖ-Kandidaten gefallen ist, verstehe ich die ÖVP nicht mehr, hier dem Kandidaten zuzustimmen, der nicht auf das Einverständnis der Bürgermeister stößt. Wenn schon in eine ÖVP-Domäne erstmals ein roter Bezirkshauptmann gegen die eigenen schwarzen Bürgermeister eingesetzt wird, dann grenzt das schon an Masochismus der ÖVP. Aber das scheint ihre neue Linie zu sein. (Beifall bei der FPÖ.)

Stück drei, der dritte Akt. Damit niemand einschläft, kommt ja dann immer der große Höhepunkt vor der Pause, und dann kommt es zum letzten Akt. Die Bestellung des Leiters der Kulturabteilung. Der Posten wird ausgeschrieben, der Favorit war längst bekannt, das Hearing findet statt, der Günstling ist abhanden gekommen. Er schreibt selber, „obwohl er sich nicht bewarb, wurde Vujica eingeladen“. Also, er läßt hier über die Zeitung, bei der er jetzt noch tätig ist, ausrichten, daß er sich ohnedies nicht beworben hat. Und wenn hier schon auch die Hearing-Kommission wieder bemüht wurde, die ist damals dann ratlos zusammengesessen nach der Absage dieses Teilnehmers. Dort hat es Telefonate gegeben, wir hatten währenddessen Landtagssitzung, und wir haben uns alle gewundert, was haben denn der Kollege Hirschmann und der Kollege Schachner jetzt auf einmal so viel zu bereden. Jetzt wissen wir, was sie gesprochen haben. Da sind Telefonate wild hin- und hergegangen, und jetzt wird behauptet, die Entscheidung hat die Kommission getroffen. Sie wissen selbst, das Ganze wurde sehr wohl hier akkordiert, diese Entscheidung, daß entweder neu ausgeschrieben wird oder die Entscheidung anderweitig gefällt wird. So kann man das nicht stehenlassen, lieber Landesrat. Eigentlich sollte das Stück jetzt hier zu Ende sein, doch unerwarteterweise geht es weiter. Die anderen Kandidaten werden zu Statisten degradiert und abqualifiziert, der unumstritten abhandengekommene Favorit, der wurde nun doch überredet, die Arbeit ohne Hearing anzunehmen.

Und natürlich wurde ihm die Annahme mit einem Gagenzuckerl versüßt. 110.000 Schilling 14mal im Jahr, das ist schon ein nettes Zuckerl. Und wenn Sie da jetzt, ich muß schon wieder Sie sagen, wenn du mit dem Ludwig ankommst, dann muß auch hier dazugesagt werden, der Ludwig Rader nimmt zwei Posten in Anspruch. (Abg. Dr. Lopatka: „Das auch noch!“) Da-

durch kommt er dem Land um einiges billiger, denn er ist gleichzeitig Leiter der Europaabteilung und für das Büro in Brüssel. Wenn es nach euch gegangen wäre, dann hätten wir hier zwei Personen bestellen müssen, die um vieles mehr gekostet hätten als das, was der Ludwig Rader heute kostet. Das muß auch gesagt werden.

Ob sich jetzt der neubestellte Leiter der Kulturabteilung an dem Zuckerl nicht verschluckt, ist schon auch fraglich, denn wenn er dahinterkommt, daß er gar keine Weisungskompetenz hat, weil er kein Beamter ist, und so die ganze Arbeit wird selber machen müssen, so ist die Frage, ob er diese Stelle nicht genauso überraschend verläßt, wie er sie angetreten hat, wohl auch nicht so ganz vom Tisch zu wischen. Und man kann auch nicht sagen, na ja, er hat ja dann einen Stellvertreter, der kann ja dann die Weisungen für ihn geben. Liebe Kollegen, wie soll denn das gehen? Da gibt hier einer einen guten Rat an seinen Stellvertreter, „bitte, gib doch diese Weisung an die anderen Kollegen weiter“, oder soll er sagen, ich gehe dann halt zum Landesrat. „Bitte, Herr Landesrat, gib du die Weisung an meinen Stellvertreter, daß er das dann weitergibt.“ Also, das werde ich mir anschauen, ob sich das der jetzige Leiter so genau angeschaut hat, ob ihm das so paßt, wie das dann hier vorgehen soll. Das steht in den Sternen, ob das so eine gute Entscheidung, für den Mann selber nämlich, war. Und das muß schon auch gesagt werden. Es stehen hier auch nicht die Personen zur Debatte, sondern die Art und Weise, wie hier vorgegangen wird.

Noch einmal, bei dieser Bestellung der Funktion des Leiters der Kulturabteilung wurde eine Position ausgeschrieben, die es in der Geschäftseinteilung der Steiermärkischen Landesregierung noch gar nicht gibt. Hier wurde der Leiter des Kulturmanagements ausgeschrieben. Bis jetzt gibt es aber nur die Funktion des Leiters der Kulturabteilung. Vielleicht ist da etwas anderes ausgemacht worden, das kann schon sein, aber bis jetzt gibt es nur den Leiter der Kulturabteilung. Der neubestellte Mann, so steht es auch in seinem Vertrag dann drinnen, soll jetzt sein eigenes Management definieren. Ich wünsche ihm viel Spaß dabei, wenn er die Leute suchen muß, die für ihn die Arbeit machen sollen, denen er keine Weisung geben kann und wenn er sonst auch generell mit vielen Schwierigkeiten zu rechnen haben wird, weil die ganzen Kollegen aus der Kulturszene, die haben sich auch alle beworben und waren bei dem Hearing. Ich weiß nicht, ob die ihm dann so positiv gegenüberstehen werden, wenn sie wissen, daß er hier vorgezogen wurde und sie alle in dem Hearing vor den Kopf gestoßen wurden.

Bis heute wissen wir nicht, wie dieser dritte Akt enden wird, doch schauen wir zu anderen Stücken, die ja auch im Land hier ablaufen. Denn im Landeschulrat – das nur am Rande – läuft die Posse „wie bleibe ich noch unter der 100.000-Schilling-Grenze“, die unsere zwei Vizepräsidenten aufführen, damit sie ja nicht über diese magische Grenze kommen, die jetzt andere sehr wohl schon überschritten haben.

Im LKH, oben am Berg, läuft auch ein Stück: „Laßt uns ewig aneinanderbinden, denn wir wollen nicht nur bis zum Jahr 2002 zusammenbleiben, sondern bis ans Ende unserer Tage!“ Ich verstehe schon den Wunsch, die Verträge terminlich zu akkordieren. Es wäre ja

auch ganz vernünftig, aber es ist nicht jedes halbe Jahr, es ist immer ein Dreijahresabstand, nach dem die Verlängerung stattzufinden hat, diese gegenseitigen Bestellungen. Scheinbar ist man jetzt dazu übergegangen, alles nur noch zu verlängern und nicht mehr neu auszuschreiben, damals beim Moser wurde nicht verlängert, sondern neu ausgeschrieben, es ist halt so, wie man es gerade braucht. Dabei ist die alte Regelung nicht so schlecht, denn wenn neu ausgeschrieben wird, dann sitzt einer drinnen, der schon erfahren ist, und dann kommt im Wechsel ein neuer, so kann man sich also gegenseitig ergänzen. Aber ich verstehe den Wunsch, das jetzt und heute beziehungsweise gestern oder nächsten Montag, wenn es dann wirklich beschlossen wird, zu akkordieren. Es ist ja zurzeit so, gibst du mir, dann gebe ich dir. Und es weiß halt keiner, wie es ist, wenn es heißt, ich gebe dir heute, gibst du mir dann auch morgen? Das wissen Sie scheinbar nicht, ob das morgen, in zwei Jahren, in fünf Jahren dann auch noch hält, und deshalb sollen hier die beiden Herren bis zum Jahr 2002 aneinandergebunden werden. Das ist Ihr Wunsch.

Doch nun zum letzten Akt. Das Begräbnis der Objektivierung im Lande Steiermark. Mit der Art und Weise, wie hier über Hearing-Ergebnisse hinweggegangen wird und die Reihe der Kommissionsmitglieder einfach vom Tisch gefegt wird, wird die Errungenschaft der objektiven Postenvergabe bei uns im Land Steiermark zur Farce gemacht. Alle, die sich einem Hearing stellen und denen Personen vorgezogen werden, die sich nicht der Kommission gestellt haben, unter der Begründung, daß sie ja sowieso bekannt sind, wurden hier vor den Kopf gestoßen. Es gibt sehr wohl andere Leute, die bei uns in der Steiermark sehr bekannt sind, die seit 20 Jahren in der Verwaltung tätig sind und auch bestens bekannt sind, von denen vielleicht auch die Kommissionsmitglieder schon gewußt hätten, wie sie sich entscheiden würden, auch die waren sich nicht zu gut und haben sich hier dem Hearing gestellt und haben gesagt, „gut, ich gehe da hin, auch wenn mich alle kennen, um diese Position zu bekommen, weil es ist mir wichtig ist und ich bewerbe mich darum“. Diese wurden vor den Kopf gestoßen, und das ist eine Vorgangsweise, der wir keinerlei Zustimmung geben können. (Beifall bei der FPÖ.)

Natürlich wissen wir, daß die letzte Entscheidung bei der Regierung liegt. Doch wozu dann überhaupt das Hearing, wenn eh alles die Regierung macht beziehungsweise hier auspackeln will. Dann kann ich es ja gleich so machen, ich mache die Ausschreibung. Dann lasse ich das durch die ganz normale Kommission laufen, die es ja auch im Lande gibt – also kein Hearing, sondern eine ganz normale Bewertung, ob die Ausschreibungserfordernisse erfüllt werden. Dann schicke ich eine Liste, es werden ja auch nicht so viele sein, der Landesregierung, und dann sollen sie sich den heraussuchen, der erwünscht ist. Damit ersparen wir uns und den Leuten diese Farce, sich einem Hearing zu stellen, und wir ersparen uns die Blamage, wenn einer, der als Erster herausgegangen ist, nicht genommen wird. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir sind der Meinung, daß die Regierung sehr wohl an die Ergebnisse des Hearings gebunden sein sollte. Für uns geht es wirklich darum, daß die, die als Sieger

aus dem Hearing hervorgehen, auch dann bestellt werden müssen. Denn ich kann nicht einerseits sagen, hier mache ich ein Hearing und dann entscheide ich es halt doch anders. Dann muß ich entweder vorher die Entscheidungsgrundlagen anders gestalten, auch für das Hearing, daß ich eben sage, juristische Kompetenz ist mir wichtig, und nicht die andere Kompetenz. All diese Dinge muß ich eben vorher sagen.

Erinnern wir uns, bis jetzt, bis vor einem halben Jahr hat dieses System des Hearings sehr gut funktioniert, und es waren alle begeistert. Ich erinnere Sie an die Bestellung der Leiterin der Abteilung Joanneum, an die Frau Dr. Kaiser. Wenn Sie sich erinnern, hat es hier einen ganz anderen Favoriten gegeben. Da ist jemand ganz anderer zur Diskussion gestanden, und alle haben gedacht, er wird der Sieger werden. Aber im Hearing war die Frau Dr. Kaiser so gut, daß alle dort überzeugt waren, sie ist die geeignete und sie ist die beste Kandidatin. Ich glaube, daß diese Entscheidung auch unumstritten ist. Wer die neuesten Ausstellungen gesehen hat, wird dieser Entscheidung auch im nachhinein recht geben. Und sie hatte nur die Möglichkeit, durch das Hearing in diese Position zu kommen, denn sonst wäre wahrscheinlich niemand auf sie aufmerksam geworden, denn es war ja schon ein anderer Favorit hier vorhanden.

Das, was gestern in der Regierung bei der Bestellung der neuen Positionen vor sich gegangen ist, ist das Ende einer Ära des objektiven Einstellungsverfahrens bei Spitzenpositionen, die sehr gut begonnen hat. Mit den gestrigen Entscheidungen fallen wir zurück in die Steinzeit, in die Urstände der Postenschacherei. Die Freiheitlichen können dieser Packelei nicht zustimmen und auch nicht zuschauen. Wir können nicht die gesamte Beamtenschaft vor den Kopf stoßen und das Hearing zu einer Farce machen.

Wenn jetzt das Hearing neu überdacht wird und ein neues Modell kommen soll, dann soll es vorher klar gestellt werden, wie das ablaufen soll, und nicht dann erst, wenn wieder ein neues Hearing stattgefunden hat und dann Kandidaten nominiert worden sind, die dann doch nicht genommen werden, und es hier, ich habe es vorher schon gesagt, Sondersituationen gibt, die dann die Packelei rechtfertigen sollen. Wir werden es immer wieder aufzeigen, daß hier nicht nach objektiven Kriterien vorgegangen wird. Ich würde mir wünschen, daß man die Spielregeln während des Spiels nicht ändert.

Wir appellieren an Sie, zu den alten, bereits bewährten Methoden, dem alten Modell, wieder zurückzukehren. Das wäre schön, wenn sich SPÖ und ÖVP dazu überwinden könnten. Ich kann nur schließen, was als Komödie begann, endete im letzten Akt in einer Tragödie. Bei dieser Themaverfehlung werden die Freiheitlichen keinen Applaus geben. (Beifall bei der FPÖ. – 16.49 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich als nächster Redner der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Wabl (16.49 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist eigentlich symptomatisch, daß während der Ausführungen der Kollegin Bleckmann – und ich bin bei Gott nicht einer, der jetzt in allen Bereichen ihrer Meinung ist –, aber daß man eine dringliche Anfrage und eine Wortmeldung, die zumindest Beachtung verdient, daß derjenige, der hauptverantwortlich ist für diese Postenbesetzungen während der gesamten Rede – (Abg. Mag. Erlitz: „Sitzt hinter dir!“) Der Hauptverantwortliche ist der Herr Landeshauptfraustellvertreter Schachner. Es steht mir nicht zu, ihn zu kritisieren (Abg. Dr. Flecker: „Dann halte dich daran!“), aber immerhin gemächlich lächelnd mit dem Herrn Präsidenten geplaudert hat und so getan hat, als ob ihn das Ganze nichts angehe. Das war ein symptomatisches Zeichen dafür, welcher Stil hier seit dieser Wahl eingekehrt ist. Aber ich möchte nur eines sagen, ich habe trotzdem ein Geschenk für ihn mit. Wir Grünen haben tief in die Tasche gegriffen und haben zwei Bücher erworben über optimale Postenbesetzung. Das eine heißt „Das Vorstellungsgespräch – die erfolgreichste Art Mitarbeiter auszuwählen“. Sie suchen Hilfe für eine gute Personalauswahl, und ich darf das Buch, falls der Herr Landeshauptfraustellvertreter Zeit hat, ihm dieses Buch überreichen. Ich kenne seinen Zynismus, er wird es wahrscheinlich nicht lesen, aber trotzdem. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich danke dir!“ – Abg. Schinnerl: „Um zwei Wochen zu spät!“) Das ist ja unser Problem. Und das zweite Buch habe ich für – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich lese viele Bücher, Martin!“) Eines genügt für dich.

Das zweite Buch habe ich in wohlausgewogener Aufteilung und in Anerkennung der Machtverhältnisse in dem Land, aber bei den Postenbesetzungen war er fast nur Statist, aber er hat natürlich die Hauptverantwortung auf sich nehmen müssen als zuständiger Referent und hat hier Schalmeienklänge anklingen lassen müssen, die mich fast gerührt haben. Das Wort „exzellent“ ist, glaube ich, zehnmal vorgekommen, es waren alle exzellent, die beim Hearing mitgetan haben, waren alle exzellent. Daß diese Menschen alle frustriert sind, daß es blanker Zynismus war, daß man ihn zu einem Hearing schickt und dann hintennach noch sagt, sie sind alle deppert und heute heißt es exzellent und noch exzellenter und nehmen tut man einen, der nicht vorgesehen ist, das ist sensationell!

Aber, Kollege, Freund Hirschmann, unserer Freundschaft wird dieses Buch keinen Abbruch tun, deiner Statistenrolle auch nicht. Das Buch heißt „Erfolgspotential Mitarbeiter“ von Josef Schmid, das ist nur Zufall, er ist nicht mit dem Michael Schmid ident, und einige der Hauptpunkte sind „Personal besser auswählen“, „Mitarbeiterfähigkeiten wecken und fördern“, das sei auch dir ins Stammbuch geschrieben, aber ich würde mir wünschen, daß es vielleicht beim nächsten Mal den Anklang findet.

Ich will mich nicht zu sehr verbreitern. Ich möchte nur eines vorausschicken – du hast es gesagt, Kollege Schinnerl –, es ist alles schon passiert. Und wir als Landtag – dieser Hohe Landtag unter Anführungszeichen – stehen heute da und sind gezwungen, hintennach das zu kommentieren, was passiert ist. Und eines möchte ich schon sagen – und ich habe es

schon am Vormittag gesagt -, ich bin heute mit zwei Kollegen, mit zwei Landesbeamten, nach Graz gefahren. Es war ein Zufall, weil ich gestern am Abend lange in Graz war, und ich bin dann mit ihnen mitgefahren. Die Frustration unter den Landesbeamten über diese Art der Bestellung ist sehr groß. Und, Freund Hirschmann, wenn du glaubst, daß man hier mit oberflächlichen Beurteilungen, daß einmal der Bessere dort und einmal der Bessere da genommen wurde, wenn man damit jene Leute, die jahrzehntelang arbeiten, hier beruhigen kann, so täuscht du dich.

Und es gibt ein paar Punkte, und ich möchte sie wirklich aufzählen, und der Kollege Schachner - entschuldige, daß ich gesagt habe „Kollege“ -, der Landeshauptfraustellvertreter (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist selbstverständlich, Martin!“), du kannst ruhig weiterplaudern mit dem Präsidenten. Ich würde Sie nur bitten, Herr Präsident, daß der Kollege Schachner sich etwas Zeit nehmen kann. Er ist nämlich der Haupttäter in dieser Angelegenheit. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ganz klar!“) Er ist der Haupttäter! Und manchmal habe ich das Gefühl, daß er diese Steiermark verwechselt mit einem orientalischen Potentatentum. Und ich möchte diese Kette der Personalbesetzung hier auflisten. Es hat angefangen mit der Postenbesetzung in der STEWEAG. Ich will das nicht aufwärmen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Martin, nein!“) Der Kandidat, den er ausgesucht hat, der hervorragende Qualitäten gehabt hat, er war ein besonderer Meister im Lichtausschalten zu Hause in seiner Wohnung. Das war das einzige Kriterium, das er aufzuweisen gehabt hatte. Und es war in den Ausschreibungsbedingungen drinnen „weitreichende Kenntnisse im Wirtschaftsleben und im Energiebereich“ (Abg. Gennaro: „Durchsetzungsvermögen!“), und es haben alle bestätigt - da habe ich mit Leuten von euch auch geredet, Freunde von der SPÖ -, daß der in keinem privaten Unternehmen zum Zug käme. Er ist drangekommen, weil der Kollege Schachner jemand dort sitzen haben will, der alles mit ihm entsprechend koordiniert. Und als Dank dafür hat der Herr Landeshauptfraustellvertreter jetzt unlängst, nachzulesen im „Standard“ bitte, die STEWEAG und die Hypo-Bank in Grund und Boden kritisiert. Er hat gesagt, die kann man gar nicht verkaufen, weil die sind ziemlich am Sand. Was für eine Empörung in der Hypo-Bank gewesen ist, das weiß ich aus Fürstenfeld, und es hat Empörung gegeben in der STEWEAG. Das ist unverantwortlich. Aber das ist das Thema STEWEAG. Das ist das erste.

Und dann ist die nächste Frage gekommen Deutschlandsberg, da war schon lange klar, daß hier der Posten zu Rot wandert. Und ich muß eines sagen, der Helmut Zilk hat einmal gesagt „diese Parteibuchwirtschaft ist zum Kotzen“. (Abg. Schützenhöfer: „Du zitierst den richtigen!“) Er hat sie zwar dann weiter fortgesetzt in Wien, und es ist nicht bekannt, daß in Wien sich etwas Wesentliches geändert hat. Aber allein schon der Umstand, daß man sagt „na ja, Leoben ist schwarz geworden, war früher einmal rot, dafür wird Deutschlandsberg, früher immer schwarz, jetzt rot“, allein dieser Umstand gibt mir zu denken, bereitet mir Sorge.

Ich weiß schon, daß es in der Demokratie Parteien gibt, die stärker und schwächer sind. Aber wir müssen doch endlich davon wegkommen, daß man sagt „na ja, jetzt lassen wir es“. Dann hat er gesagt, „mein Mitarbeiter Müller ist der Beste“. Und mir tut es sehr leid, weil der Kollege Müller wird es ja nicht leicht haben dort unten.

Ich habe es heute Landeshauptfrau Klasnic gesagt, wenn wir Bezirkshauptleute besetzen, das sind ja keine Mitarbeiter im hinteren Kammerl, wo man sagen kann, der hat eine EDV vor sich, ein paar Aktenschranke, ein paar Ärmelschoner und dann wird er nach bestmöglichem juristischem Wissen alles beantworten. Das sind ja Leute - und, Chibi, du weißt es, du hast es heute dort angeschnitten -, die jeden Tag geprüft werden von der Bevölkerung, die jeden Tag am Prüfstand stehen, das Beste für sie herauszuholen. Und wir wissen, wenn der im Umweltbereich, in verschiedensten Fragen der Verkehrssicherheit und so weiter nicht sattelfest ist, wenn der nicht entscheidungsfreudig ist, wenn der nicht repräsentativ ist, da ist es nicht wichtig, ob er ein Roter oder ein Schwarzer ist. Ich sage Ihnen - ich habe es der Landeshauptfrau gesagt -, politisch gesehen kann es mir Wurscht sein, da kann es mir sogar recht sein, daß der Dr. Müller drankommt. Alle wissen, nicht nur die schwarzen Bürgermeister und der Freund Hirschmann, daß Dr. Kristan der bessere gewesen wäre. Alle wissen es! Der hat langjährige Erfahrung, ist jetzt fünf oder sechs Jahre im Land für Wohnbaufragen zuständig. Dr. Müller war nur im Sekretariat tätig, es ist zwar die höchste Qualifikation in der Steiermark, im Sekretariat des Dr. Schachner tätig zu sein. Aber ob das dort ausreicht, das wage ich zu bezweifeln. Und der Kollege Flecker ist schon wieder fort. (Abg. Dr. Flecker: „Ich bin eh da!“) Ah, bist eh da, entschuldige! Du sprichst mit dem Dr. Kolar. Der Dr. Kolar hat inzwischen ja auch einen Sondervertrag. Wir bewegen uns in die Richtung, daß alle Sonderverträge kriegen in der Steiermark. Und ich habe gesagt 110.000 Schilling - wir können ja nichts mehr machen -, der Kollege Schachner ist sehr großzügig mit den Sonderverträgen. 110.000 Schilling bekommt ein Kulturschaffender jetzt, wo die „Kleine Zeitung“ geschrieben hat, der kann gar kein Leiter sein, weil er kein Jurist ist, jetzt muß er den anderen bitten. Was das bedeutet, 110.000 Schilling! Kollege Schachner, habt ihr den Boden verloren, habt ihr das Augenmaß verloren? Der ist ja Redakteur beim „profil“. Kollege Flecker, du bist ja einer, der sagt, du kommst mit deinen 90.000 Schilling als Klubobmann nicht aus. Und was die armen Leute draußen sagen, die von der Arbeitslosenunterstützung leben (Abg. Dr. Flecker: „Hast du alles schon erzählt!“), die jetzt beim Sparpaket Einsparungen hinnehmen müssen, das will ich gar nicht sagen. Und bei 110.000 Schilling, da sagt ihr gar nichts dazu? Ich bin sicher, daß in den Reihen der ÖVP es manche geben wird, und die Kollegin Wicher hat heute wirklich in unnachahmlicher Weise darauf hingewiesen, was es bedeutet, ein Taschengeld von ein paar 1000 Schilling herabzukürzen.

Was sagen wir zu 110.000 Schilling? Dann wird das noch großartig verkauft - und dann bin ich mit dem Thema schon fertig -, ja, das ist eine supergünstige Gelegenheit für das Land Steiermark, wir brauchen

keine Pensionsbeiträge bezahlen. Abgesehen davon, daß er schon 58 Jahre ist (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Pensionen muß keine zahlen!“), ist ja Wurst, ob man Pensionen zahlt oder Beiträge, er kriegt ja schon eine Pension. Ich garantiere dir, daß es dem Vujica so gehen wird wie dem Baldur Preimel damals. Der Baldur Preimel war ein Papst in der Bewegungslehre unten in Loipersdorf. Dann hat ihn der Ruf der Hilde Hawlicek ereilt, daß er Sektionschef für Sportanlagen werden soll. Wißt ihr, wie lange der draußen war – ein Jahr. Er hat dann gemerkt, ich habe dort keine Kompetenz, keine Möglichkeiten, und heute ist er weder im Ministerium noch in Loipersdorf.

Ich bin überzeugt davon, du wirst ihm keine Pension zahlen müssen, weil der wird die fünf Jahre auch nicht durchstehen, unter den gegebenen Umständen, weil er gar nicht dieses Ambiente kennen wird, abgesehen davon ist er schon 58 und er kann in zwei Jahren in den wohlverdienten Ruhestand gehen.

Ich persönlich bin entsetzt, daß man solche Sonderverträge abschließt, daß man hier Bereiche, Preisklassen forciert, die mehr oder weniger verachtend oder anstößig sind und öffentliches Ärgernis bedeuten.

Ein Drittes, und das kann ich dir nicht ersparen, Kurtl, ich erinnere an die Diskussion um die Kameradschaft IV. Ich bin keiner, der das aufwärmt, und es mag auch eine Jugendsünde sein. Ich bin überzeugt davon, du wärest der unbarmherzigste Kritiker gewesen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Wenn ich dort gewesen wäre!“), wenn der Chibidziura oder sonst irgendwer von einer anderen Partei bei der Kameradschaft IV gewesen wäre. Und wenn er nur einen Tag dabeigewesen wäre, hättest du gesagt, faschistische Gesinnung und, und, und, und hättest gesagt, er ist nicht qualifiziert. Aber in dem Fall, weil es auf Seite der SPÖ passiert ist, habe ich von dir nur ein Wort gehört, das hat dich zwar geehrt, das hat „peinlich“ geheißen. Ich nehme an, daß du bei diesem Wort „peinlich“ auch bei dieser Bestellung bleibst. Mich deprimiert es, daß in Deutschlandsberg in Zukunft der Bezirkshauptmann nicht nach den Wünschen der Bevölkerung und der Bürgermeister, sondern nur nach den Wünschen des Herrn Landeshauptfraustellvertreters Schachner bestellt worden ist, und alle anderen haben in diesem Fall zugeschaut.

Ich komme zum Schluß, was auch die Kollegin Bleckmann gesagt hat, wegen des Hearings. Es ist verdammt schwierig, und es wird auch bei Hearings passieren, daß es nachher gleichlautende Entscheidungen gibt. Aber es ist eine Chance, daß Leute sich bewerben können. Man kommt manchmal bei Hearings drauf, daß manche gar nicht so gut sind, wie sie immer behauptet haben, und man kommt drauf, daß manche viel besser sind, als man geglaubt hat. Manchmal kommt es zu Entscheidungen, wie es der Fall war bei dieser Besetzung, daß man einfach einen Favoriten aus dem Rennen schlagen kann.

Und zum Schluß, ich kenne meine ehemaligen Kollegen von der SPÖ, wir kennen die Frage der Tests bei den Straßenarbeitern und in einer breiten Palette hinauf, wo man stolz darauf war – der Kollege Wegart hat das damals noch initiiert –, daß man Tests macht. Da hat es Bürgermeister gegeben, die sind bei einem Test für die Aufnahme in den Straßendienst durchgefallen.

Ich halte es gerade für paradox, weil es jetzt den Mächtigen nicht mehr paßt, im Sinne dieser Packelei, daß man sie dort aufrechterhält. Es gibt da eine Geschichte, die Frau Landeshauptfrau hat sie mir erzählt, ein Bürgermeister von uns hat sich beworben gehabt für den Straßendienst, und bei dem Test ist er durchgefallen, obwohl er ein hervorragender Bürgermeister ist. Wir waren entsetzt über diese Entscheidung. Dort will man sie aufrechterhalten in diesem Bereich, und im Spitzenbereich will man davon Abstand nehmen.

Kollege Hirschmann, wir haben über dieses Thema diskutiert. Ich persönlich bin zutiefst betroffen. Ich bin nicht verantwortlich dafür, ich kann sagen, das hat die Regierung gemacht. Wir erleben das immer wieder, die Regierung trifft Entscheidungen. In dem Fall hat der Landeshauptfraustellvertreter Schachner immer schon gesagt, das ist mein Favorit, und wir alle haben gewußt, es hilft nichts. Und dieses Nichteinmischungsprinzip, daß in dem Fall die ÖVP sagt, wenn die anderen sich das aussuchen, das halte ich für völlig fatal.

Ich finde, die besten Leute sollen an die richtigen Stellen kommen, und wir müssen in diesen sensiblen Fragen, wo das Ansehen – alle beklagen wir das immer – der Politiker ohnedies arg ramponiert ist, vorsichtig sein. Bei solchen Personalentscheidungen, wo die Zeitungen sehr wohl schreiben, und daher ist das nicht eine Erfindung von uns, „üble Postenschacherei“ – das war die Titelseite der „Kleinen Zeitung“ vor ein paar Tagen –, verstehe ich daher nicht die Abgeordneten, die das einfach kommentarlos zur Kenntnis nehmen, da wir ja alle davon betroffen sind.

Ich bitte, ich weiß schon, daß das beim Herrn Dr. Schachner wahrscheinlich nichts hilft, kein Appell hilft etwas und auch keine Bitte, aber vielleicht kann man sich in Zukunft wirklich bemühen, wieder Personalentscheidungen zu treffen, die dem Lande dienen und wo nicht, und damit bin ich fertig, am Schluß Menschen auf der Strecke bleiben, denen man mit menschenverachtendem Zynismus gezeigt hat, sie sind nur ein Spielball im Spiel der Mächtigen. Das wünsche ich mir. Ich habe meine Wortmeldung als echter Betroffener gemacht – die Frau Landeshauptfrau ist nicht mehr da –, ich habe mit ihr vorher gesprochen. Ich wünsche mir nicht, daß deine Vorstellungen bei der Personalpolitik unkommentiert und unkritisch in Zukunft über die Bühne gehen, weil das für das Land Steiermark sicherlich ein Nachteil ist. (Beifall bei der FPÖ. – 17.04 Uhr.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Brunner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Brunner (17.04 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte eine Vorbemerkung machen. Wenn, wie Sie es ja nicht anders erwarten werden, auch von mir massive Kritik kommen wird, so hat diese meine Kritik überhaupt nichts mit denjenigen zu tun, die jetzt Gegenstand dieser Ernennungen gewesen sind. Weder mit dem Herrn Vujica noch mit dem Herrn Eichinger, noch mit dem Herrn Martetschläger oder mit sonst irgend jemandem? Ich kenne einige dieser Personen, und ich kenne einige dieser Personen nicht, und diejenigen, die ich kenne, die halte ich für qualifiziert. Ich rede also nicht über die Qualifikation eines

Herrn Vujica oder eines Herrn Eichtinger. Ich rede nur über die Art und Weise, wie in diesem Land Personalbestellungen gemacht werden.

Und da möchte ich einmal zunächst dich ansprechen, Herr Landesrat Hirschmann. Ich empfinde das, was du, Gerhard, sagst, über manche Strecken als blanken Zynismus, auch wenn du es vielleicht nicht so meinst. Du zitierst die Papstwahl und sagst, na ja, gut, bei Personalentscheidungen da werden halt Leute verheizt. Ich habe noch keinen einzigen Kardinal gesehen, der verheizt worden ist bei einer Papstwahl, weil die haben ihre purpurnen Kardinalfürstentümer (Landesrat Dr. Hirschmann: „Du kennst dich in der Geschichte schlecht aus!“), in die sie dann zurückkehren können. Aber die neun oder die zehn oder die elf, die sich um die Kulturabteilung beworben haben, da denke ich mir schon, daß sich vielleicht der eine oder andere als verheizt vorkommt. Insbesondere auch dann, wenn du, Gerhard, sagst, „natürlich sind das alles höchst qualifizierte Personen“. Aber sie sind offensichtlich nicht so qualifiziert gewesen, daß sie in den Vorschlag der Kommission aufgenommen worden sind. Also, Gerhard, ich muß dir ehrlich sagen, wenn ich mich beworben hätte, und es wird mir von dir bescheinigt, ich bin qualifiziert, aber die Kommission sagt, eigentlich qualifiziert ist niemand für diese Leitung der Kulturabteilung, dann würde ich mich schlicht und einfach, gelinde gesagt, für gepflanzt vorkommen.

Und wenn du, Gerhard, sehr hygienisch einwandfrei von der „Fraktionsabsprache“ sprichst, es gebe Fraktionsabsprachen für manches in diesem Land, dann wäre es ehrlicher, wenn du sagst, okay, es ist eben so in unserer Art von Parteiendemokratie im österreichischen Verständnis, daß es Dienstposten und sonstiges gibt, über die politische Parteien, die an der Macht sind, wie über Besitztümer verfügen. Und die machen sich halt aus, welcher Bezirkshauptmann ein Roter oder ein Schwarzer ist, und die machen sich aus, daß man im koalitionsären Tandem die KAGES und den Landesschulrat besetzt und im koalitionsären Tandem noch andere Institutionen, wie die STEWEAG. Es wäre ehrlicher, wenn man sich hinstellen und sagen würde, okay, das ist halt die österreichische Situation, und in der EU ist das zwar ein bißchen anders, aber wir Österreicher machen das halt so, daß wir manche Dienstposten als unsere Besitztümer ansehen.

Ein Zweites. Was mich stört, ist das, was hinter der ganze Geschichte steht und darunterliegt, das System der parteipolitischen Ämterpatronage. Es gibt eben diese parteipolitische Ämterpatronage, und die Beispiele sind heute schon aufgezählt worden, und ich brauche kein weiteres Beispiel mehr aufzählen. Und in dem Zusammenhang möchte ich mich an dich, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wenden.

Peter, was würdest du sagen, wenn ich folgende Aussage treffen würde? Da wird für den Bezirkshauptmann ein Herr Dr. Müller nominiert, von der SPÖ, ein SPÖ-Mann. Was würdest du sagen, wenn ich sage „okay, der Bezirkshauptmann Müller wird vielleicht seine Aufgabe als Bezirkshauptmann auch so ausüben, daß er der SPÖ nicht wehtut, daß er der SPÖ bestimmte Informationen gibt, kurzum, daß es eine Verbindung, eine ganz intensive Verbindung

zwischen dem Herrn Bezirkshauptmann und der SPÖ gibt“? Was würdest du sagen, wenn ich so argumentieren würde? Wenn ich sagen würde, „da gibt es einen Beamten, der auf Grund Beamtendienstrecht der Unparteilichkeit verpflichtet ist, aber wo ich dann sage, na ja, gut, von der SPÖ bestellt, außerdem ein SPÖ-Mann, es könnte ja sein, daß er sein Amt parteilich im Sinne der SPÖ ausübt“. Was würdest du sagen, Peter? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Der Bezirkshauptmann unterliegt den Gesetzen. Aus, und sonst nichts!“) Okay. Und wenn ich so reden würde, daß der Herr Dr. Müller wahrscheinlich – ich unterstelle es ihm nicht, daß wir uns im klaren sind – sein Amt im Sinne der SPÖ ausüben werde, was würdest du mir sagen, Peter? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Der Bezirkshauptmann ist den Gesetzen unterworfen. Aus, da gibt es nichts!“) Weißt du, was dein Klubobmann, Herr Dr. Flecker, in einem solchen Zusammenhang sagt, nämlich im Zusammenhang mit dem Herrn Landesrechnungshofdirektor Grollitsch?

Er sagt: „Na ja, gut, der Herr Landesrechnungshofdirektor Grollitsch war im Büro von Landesrat Schmid, er ist so quasi über Vorschlag der Freiheitlichen und unter Zustimmung der ÖVP oder so mit Hearing, oder allen schönen Dingen, Landesrechnungshofdirektor geworden, und jetzt“ – so sagt Herr Dr. Flecker – „gibt es eigentümliche Zusammenhänge zwischen Berichten des Rechnungshofes auf der einen Seite und Aktionen der Freiheitlichen auf der anderen Seite.“ Und das, Herr Dr. Flecker, und das, meine Damen und Herren (Abg. Dr. Flecker: „Man muß die Geschichte kennen! Man muß die Geschichte kennen!“), ist das, was mich bis zur Aggression berührt. Da haben wir in diesem Land dieses Modell der parteipolitischen Ämterpatronage, schlimm genug! Und dann gehen die Parteien wechselseitig her und schütten die Leute an und sagen „na ja, ist eh klar, der Herr Grollitsch ist ein Freiheitlicher, übt jetzt sein Amt im Sinne der Freiheitlichen Partei aus“. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du hast mich gefragt!“) Na ja, du hast mir ja keine Antwort gegeben darauf. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe dir die Antwort gegeben, er ist den Gesetzen verpflichtet wie andere Bezirkshauptleute, die aus der ÖVP gekommen sind!“) Okay, dann hätte Herr Dr. Flecker das gleiche sagen sollen, dann hätte er sagen sollen, „der Herr Grollitsch übt sein Amt nicht unparteilich aus“. Und da gibt es in der Landesregierung ja Beschlüsse betreffend Einleitung von Disziplinarverfahren, und dann soll im Disziplinarverfahren festgestellt werden, ob der Herr Grollitsch sein Amt ausübt oder nicht ausübt. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Dazu sind sie zu feige!“)

Nochmals, Herr Präsident, ich möchte rüberbringen, was mich stört an der ganzen Geschichte. Da haben wir dieses System der parteipolitischen Ämterpatronage, und dann wird das getan, was ich simulierend beim Dr. Müller getan habe, ohne daß ich ihm irgend etwas unterstelle, weil ich kenne ihn überhaupt nicht. Wenn ich sage „na ja, ist eh klar, ein Roter oder ein Schwarzer oder ein Blauer, und dann üben sie das Amt in dem Sinn aus“. Wissen Sie, meine Damen und Herren, was wir machen, und damit, Herr Dr. Flecker,

wissen Sie, was Sie machen mit Ihren Aussagen in bezug auf den Herrn Hofrat Grollitsch? Eine massive Diskreditierung der Politik, weil die Leute draußen sagen „na ja, ist eh klar, da wird überhaupt nichts mehr objektiv ausgeübt“: Wissen Sie, was wir machen oder was Sie machen in dem Zusammenhang? Eine massive Diskreditierung der Institutionen, Herr Dr. Flecker. Sie diskreditieren den Rechnungshof, wenn Sie ohne Beweise reden. (Beifall bei der FPÖ. – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Jetzt hast du gerade so mit dem Vesko geschimpft, und jetzt klatschen sie!“) Beweisen Sie bitte, ob Herr Dr. Grollitsch tatsächlich unter Bruch seiner Amtspflichten den Freiheitlichen etwas gegeben hat oder nicht gegeben hat. (Abg. Gennaro: „Warum regen Sie sich so auf?“) Ja, ich rege mich auf bei dem Punkt. Und ich habe ein Recht darauf, Herr Kollege Gennaro, mich einmal aufzuregen.

Und wissen Sie, was wir noch tun? Wir diskreditieren die Menschen, über die wir reden.

Herr Eichtinger hat es nicht notwendig, nehme ich an, daß man jetzt vielleicht sagt „na ja, gut, weil er ein Schwarzer ist, ist er das geworden“. Oder hat es der Dr. Müller notwendig, daß man sagt „na ja, gut, wir wissen eh, warum er es geworden ist, weil er ein Roter ist“? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wie hast du deine Landtagsabgeordneten ausgesucht? Das war eine komplizierte subjektive Wahrnehmung, kann ich mich erinnern!“) Wie ich was ausgesucht habe? (Abg. Gennaro: „Da hat es auch in der Zeitung etwas gegeben, wo das eine gar nicht vorgesehen war!“) Okay, gut, Peter, das ist meines Erachtens ein ganz anderer Kaffee, weil du die ganze Hintergrundgeschichte diesbezüglich nicht kennst. (Abg. Dr. Lopatka: „Es ist schwer, ein Heiliger zu sein!“) Ich möchte festhalten, meine Damen und Herren, daß wir auf diese Art und Weise den Personen Schaden zufügen. Wir fügen einem Herrn Eichtinger Schaden zu, wir fügen einem Herrn Grollitsch Schaden zu, und wir fügen einem Herrn Müller Schaden zu, wenn draußen so argumentiert wird. (Abg. Dr. Lopatka: „Du hast die Keshmiri auch schwer geschädigt!“ – Abg. Gennaro: „Ja, die war auch schwer geschädigt!“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die ist psychisch schlecht beisammen gewesen. Denke, wie du mit Menschen umgegangen bist!“) Jetzt noch einmal, ich weiß nicht, wie die ganze Geschichte gegangen ist mit dem Herrn Vujica. Aber Faktum ist, daß der Eindruck entsteht, da wird vorher über den Herrn Vujica geredet, dann entscheidet die Kommission, niemand sei eigentlich qualifiziert, nachdem Herr Vujica hat ausrichten lassen, er ist sich zu gut, um zu einem Hearing zu kommen, und dann wird er es. Kannst du mir sagen, was die Leute draußen reden und denken werden? Da würde ich einmal vorschlagen, daß wir diesen Landtag ein bißchen umgestalten, weil ich möchte nicht jemandem im Rücken haben, mit dem ich rede. (Abg. Gennaro: „Ja, ist eh gefährlich!“ – Abg. Dr. Karisch: „Ich möchte auch etwas hören!“)

Gerhard, was glaubst du, was die Leute draußen sagen und denken „es ist ein abgekartetes Spiel“, ob es wahr ist oder nicht, ich weiß es nicht. Aber interessierte Bürgerinnen und Bürger, die werden draußen

sagen „na ja, ist eh klar, ist alles vorher ausgemacht gewesen, das Ganze nur ein Spiel“, auch wenn es vielleicht nicht so gewesen ist, und ich weiß es nicht, ob es so gewesen ist. Das ist das, was mich stört.

Und ein viertes und letztes, Gerhard, weil du die Frage gestellt hast, du bist dankbar für jeden Vorschlag. Mein Vorschlag liegt nur auf dem Gebiet der politischen Kultur. Keine Fraktionsabsprachen mehr, wo ich sage, soundso viele Bezirkshauptleute sind rot und soundso viele sind schwarz und was weiß ich, wo das alles noch überall ist, bei den Direktoren und hin und her, keine Fraktionsabsprachen mehr, keine Proporzbestellungen mehr, keine Tandems koalitionsär, bei der KAGES und bei STEWEAG oder sonst irgendwo, keine Scheinausschreibungen mehr. (Abg. Gennaro: „Es gibt bestimmende Kräfte. Vielleicht werden Sie auch einmal so stark?“) Wenn ich weiß, wen ich will, dann soll man die Ausschreibung lassen, weil es eine Sauerei ist denen gegenüber, die sich bewerben. (Abg. Purr: „Wer ohne Schuld ist, werfe den ersten Stein!“)

Und noch etwas, Gerhard, ein Problem – und ich weiß, daß ich mich dabei und damit auf einem schwierigen Parkett befinde – ist die Frage des parteipolitischen Engagements der Beamtinnen und Beamten. Ich weiß, da bin ich auf einem ganz schwierigen Parkett, und es braucht mir niemand etwas zu erklären in dem Zusammenhang, weil als Verfassungsrechtler weiß ich, daß auch Beamtinnen und Beamte das verfassungsgesetzlich gewährleistete Recht auf Ausübung ihrer politischen Rechte haben. Aber warum ist das nur in Österreich so, bitte, daß wir ein massives parteipolitisches Engagement unserer Beamtinnen und Beamten haben? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Weil die Beamten alle in die Politik gehen – sogar du –, das ist das Problem!“) Warum rügt uns die EU auf dem Gebiet ständig und sagt „die Österreicher, die machen nur Einervorschläge, weil das vorher in Österreich schön koalitionsär, parteipolitisch abgestimmt ist, und dann wird nur ein Vorschlag gemacht. Sogar unser Kommissionär, Herr Fischler, läßt uns das immer ausrichten und sagt immer „na, bitte schön, diese parteipolitischen Personalentscheidungen, die halten die EU-Leute schon nicht mehr aus“. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Christian, du bist ja selber in die Politik gegangen!“)

Ich weiß schon, ich möchte nicht mißverstanden werden auf dem Gebiet. Aber es bleibt uns, Gerhard, wenn du fragst, was wir tun können, diese Diskussion nicht erspart. Was können wir tun, um auf der einen Seite auch den Beamten die verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte des politischen Engagements zu sichern und gleichzeitig eine gewisse Distanz zwischen der Beamtenschaft und den politischen Parteien herbeizuführen. Und wenn uns das nicht gelingt, Gerhard, dann bin ich dafür, den Sprung ins kalte Wasser zu tun. So wie die Deutschen das gemacht haben, nämlich den politischen Beamten einzuführen im Dienstrecht.

Wo dann eben die Spitzenbeamten (Abg. Purr: „In Deutschland!“), nicht nur in Deutschland, wir haben es auch in den USA, Herr Kollege Purr, im Falle eines Regierungswechsels in den vorzeitigen Ruhestand versetzt werden. Weil dann ist die Geschichte klar.

Dann sucht sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner seine Leute aus, dann sucht sich der Herr Landesrat Hirschmann seine Leute aus. Dann sucht sicher jeder seine Spitzenbeamten aus, und wenn ein anderer Ressortchef kommt, dann gehen diese Spitzenbeamten, wenn sie nicht mehr das Vertrauen haben, vorläufig in die Pension. Das ist eine ganz ehrliche, klare Regelung, und nicht das, was wir machen – parteipolitische Ämterpatronage bis zum Exzeß und das Mäntelchen der Objektivität drüberzuhängen.

Das ist etwas, was mich stört und wo ich in keinerlei Weise zustimmen kann. (Beifall bei der FPÖ. – 17.20 Uhr.)

Präsident: Der Landesrat Dr. Hirschmann ist am Wort.

Landesrat Dr. Hirschmann (17.20 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, lieber Christian!

Damit das nicht im Raum stehenbleibt, weil du natürlich ein Meister der Zuweisung von Interpretationen bist, mit dem „Verheizt“ habe ich nicht gemeint, daß die über die Kommission oder über die Regierung verheizt wurden oder wie seinerzeit im Konklave. Damit das klargestellt ist. Bitte, lieber Christian, lassen wir die Kirche im Dorf.

Wenn jemand sich einem Hearing stellt, und da hinten sitzt mein Mitarbeiter und persönlicher Freund Heimo Steps, der in den letzten Tagen selbstverständlich unter Duldung aller seiner Tätigkeiten – meine Mitarbeiter können sich sehr frei bewegen – festgestellt hat, daß er kein Wabblar ist, das habe ich gemeint, aber, wie gesagt, lieber Christian, wenn sich jemand einem Hearing stellt, dann muß er damit rechnen, daß er gut, weniger gut ist. Das sind ja bitte keine Richterurteile über das Leben eines Menschen, sondern das muß man auch in einem gewissen Sinne – verstehe das nicht falsch – durchaus auch sportlich sehen. Du wirst es mittlerweile in deiner Doppelfunktion als Politiker und als Beamter durchaus verstehen.

Das Zweite, du hast am Anfang gesagt, man soll die Dinge offen benennen, und ich habe gesagt, in der Frage des Bezirkshauptmannes, und es ist ja landauf, landab kein Geheimnis, gibt es eine Absprache zwischen der ÖVP und der SPÖ, daß dem Wunsche der sozialdemokratischen Fraktion entsprechend nach Besetzung einiger Verwaltungspositionen wir ein Einvernehmen hergestellt haben. Dazu bekenne ich mich auch in dem Fall. (Abg. Mag. Bleckmann: Wozu habt ihr ein Hearing gemacht?) Momentl, laß mich ausreden. Wir haben allerdings vereinbart, im vorhinein bitte, daß wir Wert darauf legen, daß überall – Martin, ich wiederhole mich – exzellente Leute hingesetzt werden, und die können sich in einem Hearing auch so präsentieren.

Darf ich euch bitte noch etwas sagen. Ich habe von vielen Teilnehmern an Hearings, die dann nicht drangekommen sind, gehört, sie sind froh, daß sie bei so etwas mitgemacht haben, weil es auch eine gute Erfahrung für ihr Leben war und für weitere Positionierungen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „War das der Heimo Steps?“) Nein, das war nicht nur

der Heimo Steps, aber der Heimo Steps war einer – er ist halt noch ein lern- und entwicklungsfähiger Mensch.

Also, Christian, bitte schön, das, was du am Anfang gesagt hast, auch am Schluß gelten lassen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Dann war es der Arthur Oberascher!“ – 17.22 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Flecker. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Flecker (17.22 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Sehr interessant, daß der Herr Prof. Brünner es gerade war, der über Hearings und Beachtung ihrer Ergebnisse hier zu reden angehoben hat. Ich brauche Sie nicht erinnern, wie der Vorgang war anlässlich der Bestellung Ihrer Nachbarin. Sie haben auch das Problem der Parteilichkeit von Beamten aus Ihrer sehr eigenen Sicht angesprochen, die durchaus aus einer Interessenlage heraus kommt. Sie sind ja Beamter als Universitätslehrer. Aber damit will ich Ihnen nichts unterstellt und schon gar nicht die Universität diskriminiert haben.

Ausgegangen ist die heutige Diskussion von einer dringlichen Anfrage. (Abg. Dr. Brünner: „Das müssen Sie mir näher erklären!“) Sie haben jetzt zu lange überlegt, Herr Prof. Brünner, ich habe nur 20 Minuten Zeit.

Ausgegangen ist die heutige Diskussion von einer dringlichen Anfrage der F-Fraktion zu den Personalbestellungen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Sie keine Gelegenheit auslassen, Ihre parlamentarische Schlagkraft nahezu in jeder Sitzung darzustellen. Wenn sich das so fortsetzt, wie in der Vergangenheit, dann fällt mir nur ein Vergleich zur Comicserie „Asterix“ ein. Da gibt es auch immer wieder das Piratenschiff (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Dann nehmen wir dich als Obelix!“), das, ohne müde zu werden, immer wieder die Gallier angreift, und das endet jedesmal mit einem Schiffbruch. (Beifall bei der SPÖ.)

Und Sie, Frau Abgeordnete Bleckmann, haben für Ihre Redé den Aufbau eines Theaterstückes gewählt und durchaus den Erwartungen an eine Laiendarstellerin entsprochen.

Zur Sache selbst aber. Meine Damen und Herren von der F, solange der Herr Landesrechnungshofdirektor als fleischgewordenes Symbol eines Tauschhandels unter uns weilt, sitzen Sie im Glashaus. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: Das ist eine Frechheit sondergleichen. Gib deine Immunität zurück.) Der Kollege Rader wurde schon erwähnt. Ich darf, was den Herrn Landesrechnungshofdirektor angeht – Herr Prof. Brünner, Sie wollen ja offenbar eine Erklärung –, nicht nur auf die Vorgänge um die Geburtenstation in Hartberg hin verweisen. Ich habe auch unlängst gehört, wie schnell es funktioniert, wenn der Herr Landesrat Schmid einen Spitzenbeamten, der nicht gerade seine freundliche Zuneigung genießt, durch den Landesrechnungshof überprüfen lassen will und mit welcher vorausseilendem Gehorsam von einem Tag zum anderen hier die Termine festgelegt werden und wo dann vom Büro des Herrn Landesrates Schmid sämtliche

Prüfungstermine, die der Landesrechnungshof dort hat und über die er dort diskutiert, berichtet werden und wo man die dort weiß. (Abg. Mag. Bleckmann: „Der jetzige Ö-Ring-Bericht ist genau, wie wir ihn haben wollen!“)

Ich glaube, Herr Prof. Brünner, es gibt so was wie Gesetze der Logik, und aus der Logik heraus kann man durchaus auch einen Landesrechnungshofdirektor – und er ist ja nicht irgendwer, der von irgendwem bestellt wurde, sondern er ist ein Organ des Landtages und keines der Regierung, er ist ein gewähltes Organ – angreifen. Ich glaube, daß das legitim ist, und wenn er sich so verhält, wie sich die Indizien zeigen, entwertet er den Rechnungshof. (Beifall bei der SPÖ.– Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Gib deine Immunität auf!“)

Meine Damen und Herren, Sie stoßen sich an der Besetzung der Kulturabteilung (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das ist eine Unverschämtheit!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Gib deine Immunität auf!“) Mein Gott, was willst denn du die ganze Zeit da hinten. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Es ist peinlich, peinlich!“) Gut, lieber Michel, lies das alles nach und dann darfst mich klagen, dann kannst du alles machen (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Gib deine Immunität auf. Das ist persönlich!“) Hör mir einmal zu. Das tut ja dein Herr Parteiohmann sehr gerne, und wahrscheinlich braucht ihr so viel Parteiförderung, damit ihr eure Prozesse damit führen könnt's. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich nicht, aber hier Beamte des Rechnungshofes zu beschimpfen unter dem Schutz der Immunität!“) Lieber Michael Schmid, ich erspare es mir, auf dein am vergangenen Wochenende gezeigtes persönliches Niveau einzugehen (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Du bist nur eifersüchtig, weil ich witzig bin!“), den Stil, den du dort gebracht hast, und den Stil deiner Partei. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, Sie stoßen sich an der Besetzung der Kulturabteilung. Hören Sie ein bißchen zu, ich habe nur 20 Minuten. (Abg. Mag. Hartinger: „Das ist viel zu lange!“)

Sosehr ich die Ausseer Lederhose schätze und verstehe, daß für manche berufsbedingt die Marketenderin der Blasmusik der Tagtraum kulturellen Erlebnisses ist, muß man doch manchmal über diese Dimension hinausschauen können. Und ich glaube, daß das auch bei der Besetzung einer Kulturabteilung nicht schlecht sein kann.

Einige Worte zu Martin Wabl. Lieber Martin, der du zurzeit nicht da bist, aber sicher gleich herunter kommst, du hast mir heute in der ersten Wortmeldung eine sehr peinliche Liebeserklärung gemacht, die bei der Frau Kollegin Zitz zur Befürchtung des Liebesentzuges geführt hat. Ich schätze dich auch, und ich schätze dich in bezug auf deine Fähigkeiten, mit dem beschränkten Markt an Mandaten umzugehen. Du beherrscht das entweder durch Wechseln des Parlamentes oder der Partei. (Beifall bei der SPÖ.)

Ersteres, lieber Martin, hat dir eine Abfertigung eingebracht und zweiteres ein längeres Verbleiben in der Politik. Ich glaube, daß man über den Chef der Kulturabteilung nicht Umverteilungspolitik betreiben kann, und ich bin nicht deiner Meinung, daß die höchsten Gehälter sich immer an Politikergehältern orientieren müssen. Wir haben ja die gemeinsame leidvolle Erfah-

rung – ich nehme an, du bist ja auch noch kareziert, du zahlst aber, soviel ich weiß, keinen Pensionsbeitrag (Abg. Dr. Wabl: „Deine Gehaltsdiskussion war schauerlich!“), eine interessante Konstruktion, womit du dir einiges an Geld ersparst, aber ich glaube, daß das sicher eine Regelung ist, die relativ schlecht ist für Klubobmänner, auch für solche von Zweimandatsparteien. Und es gibt den Fall Höchtl. (Abg. Dr. Wabl: „Und den Fall Flecker!“) Und ich glaube, da dazwischen werden irgendwo (Abg. Dr. Wabl: „Der Fall Flecker war der schlimmste Fall!“ – Abg. Wiedner: „Und den Fall Fischer!“) Den habe ich als erstes gemeint.

Und den Fall Fischer! Und dazwischen irgendwo wird ein vernünftiges Maß liegen. Und ich glaube, daß ein Kulturmanager ersten Ranges durchaus sich am Markt orientieren kann. Wenn ich das Gehalt des Herrn Rader mir anschau, und wenn ich mir das auch vergleiche mit einem Gehalt, das ein Hofrat bezogen hat, der eben in Pension gegangen ist und dessen Posten nachbesetzt wurde, so ist das durchaus im Rahmen und für einen 58jährigen durchaus vertretbar. Ich glaube, daß man da menschenverachtenden Zynismus unterstellen kann, da kann man nur sagen, das ist die Suche deinerseits nach Beleidigung, weil du offenbar dein Ausscheiden aus unserer Partei nicht ganz verkraftet hast. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich würde auch ganz gerne auf die kulturpolitische Dimension der Bestellung Vujicas eingehen. Bei Ihrem Verständnis, meine Damen und Herren, über Kultur, von der F natürlich (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Ja selbstverständlich!“ – Abg. Mag. Bleckmann: „Ja, natürlich!“), werde ich wahrscheinlich auf vergebene Liebesmüh' stoßen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Kultur ist ein Privileg der roten Reichshälfte!“)

Meine Damen und Herren, der Herr Vujica war immerhin ein Kulturmanager ersten Ranges, er war der Kulturmanager des größten Festivals, des größten Kulturfestivals in der Steiermark, eines Festivals der Moderne, eines mutigen Festivals, zu dem Sie mit Ihrem ach so liberalen Gedankengut natürlich einen gestörten Zugang haben. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wenn du über Kultur redest, schon!“)

Und ich glaube, daß es einfach heißt, meine Damen und Herren, man muß den Mut haben, auch neue Wege zu gehen. Oder sind Ihnen Künstler, Kulturmanager oder Fachjournalisten in Positionen, in Spitzenpositionen des Landes suspekt? (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Hofräte à la Flecker, nicht Vujica!“)

Meine Damen und Herren, auch Landesrat Hirschmann hat es gesagt, Frau Göttl, die für die F in dem Hearing war, hat diesen Entschluß des Hearings mitgetragen, meine Damen und Herren. Und dieses Ergebnis war – und Sie zwingen uns dazu, das hier zu sagen –, daß keiner der Kandidaten das gesamte Spektrum der Ausschreibung erfüllt hat. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Auch nicht der Herr Vujica?“) Und indem Sie uns zwingen, das zu sagen, provozieren Sie eine Diskriminierung jener Leute, die sich dort beworben haben. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wer hat denn etwas gegen den Vujica gesagt?“)

Und du, lieber Michael, bist sicher einer, der kein Problem mit Diskriminierungen hat. Das fängt bei den

Ausländern an und hört dann bei irgendwelchen Personen, die dir nicht passen, auf. (Beifall bei der SPÖ.)

Lieber Michael Schmid, du diskriminierst mit deinem Stil und der Art, wie du hier vorgehst, auch den Herrn Dr. Eichinger, der immerhin jahrelang Stellvertreter in dieser Abteilung war und als exzellenter Jurist gilt. Und ich glaube, man sollte dem zuständigen politischen Referenten auch das Recht der Auswahl zugestehen, weil, meine Damen und Herren, Hearings nicht das allumfassende Objektivitätsinstrument sind. Ich darf noch darauf hinweisen, daß der Kandidat, der beim Hearing um die Einser als Bester abgeschnitten hat, jahrelang Hearings geleitet hat, weil es sein Job war. Ja, wo bleibt dann die Chancengleichheit, wenn Sie dieses Hearing als einzige Entscheidungsgrundlage hernehmen?

Und ich glaube, es hat keine üblere Polemik gegeben als die gegen den Herrn Dr. Müller. Ich darf einmal sagen, daß Herr Dr. Müller sich vor nicht allzu langer Zeit einem Hearing um den Posten des Bezirkshauptmannes von Murau unterzogen hat, dort hervorragend abgeschnitten hat, aber das war halt in einer Zeit, wo auf Grund der politischen Verhältnisse es nicht möglich war, daß er diesen Posten bekommen hat. (Abg. Schinnerl: „War er Erster?“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „In Murau nicht!“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ja, weiß ich!“) Und Tatsache ist, daß Müller bei der BH Deutschlandsberg der Erste war, und hier wird einem Hearing entsprochen, und da regen Sie sich auch wieder auf. Ich verstehe Sie nicht!

Und der Untergriff, lieber Martin, den du gemacht hast, dich nämlich bei irgend jemand abzuputzen, der drei Jahre – durchaus für mich auch in meinem Empfinden peinlich –, aber der drei Jahre bei einer Organisation war, die ich nicht schätze, die ich verurteile, die ich verachte, und der dann ausgetreten ist, dann muß er sich doch was gedacht haben dabei, und der seither dreizehn Jahre einwandfrei eine Beamtenlaufbahn angegangen ist, die sich genauso sehenlassen kann. Und du willst eine Beamtenlaufbahn daraus zerstören (Abg. Dr. Wabl: „Ich will gar nichts zerstören!“), und da ist wohl ein großer Unterschied, ob ich eine Beamtenlaufbahn aus so etwas verhindern will oder ob der Herr Haider irgendwo zu alten SSlern hinget und sie als mutige Helden bezeichnet und als Menschen aufrechter Gesinnung.

Weil das ist nämlich ein Wiederbeleben dieses gesamten Gedankengutes, genauso wie Kreisky Peter als geläuterten SS-Mann akzeptiert hat, genauso ist es die andere Seite, daß Haider das wieder herausgreift und in die Aktualität hineinbringt.

Meine Damen und Herren, Hearings können nur unterstützen und nicht entscheiden. Entscheiden muß die Politik, und ein Hearing wird nur dort greifen, wo das Ergebnis als erste Entscheidungsgrundlage herangezogen wird. Und eine politische Entscheidung, lieber Martin Wabl, ist nicht immer eine parteipolitische. Oder willst du die Herren Vujica oder Kriesche in der Nähe der SPÖ ansiedeln? Ich habe nicht den Eindruck. Eine politische Entscheidung kann in diesen Fällen, wo man hervorragende Fachleute heranzieht und wo man sich etwas einfallen läßt, nur eine zum Wohle der Sache selbst sein. Objektiv können lediglich Qualifikationskriterien sein, die Aus-

wahl auf Grund der Erfüllung der Qualifikationskriterien wird immer subjektiv sein. Und manchmal werden sich in Hinkunft – und der Herr Landesrat hat das auch gesagt – Hearings erübrigen.

Ich wünsche uns – die Frau Kollegin Bleckmann stoppt mit und hat gesagt, es ist aus, aber ich bin schon am Ende –, daß wir noch öfter Vujicas oder Kriesches dafür gewinnen können, im Management Spitzenposten einzunehmen, und ich würde mir wünschen, daß die Freiheitlichen und so manche andere nicht jede Gelegenheit dafür nützen, Menschen zu diskriminieren (Abg. Mag. Hartinger: „Das machen Sie!“ – Abg. Dr. Wabl: „Das machts du in hervorragender Weise!“), Opposition um der Sache selbst zu betreiben, und ich würde Ihnen außerdem viel Lernfähigkeit wünschen auf Grund der Erfolge Ihrer diversen dringlichen Anfragen und Sonder-sitzungen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.39 Uhr.)

Präsident: Ich erteile dem Landesrat Dipl.-Ing. Schmid das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (17.39 Uhr): Ich danke zunächst einmal für den Auftrittapplaus von der sozialdemokratischen Fraktion, stelle dann weiters mit großer Befriedigung fest, daß seit langem in diesem Hohen Haus die ÖVP nicht geklatscht hat, wenn der Flecker gesprochen hat. Auch das ist ein Fortschritt in der Demokratie in diesem Haus.

Aber nun zu den tatsächlichen Punkten, wo der Herr Hofrat Flecker mich angesprochen hat. Das bezieht sich jetzt auf den Landesrechnungshof. Wenn ein Klubobmann sich da herstellt, in übelster Form, in übelster Form eine Institution des Steiermärkischen Landtages diskriminiert und dieselbe Person, um nicht zu sagen, dieselbe Figur, dann sich anmaßt, anderen zu unterstellen, sie hätten jemanden diskriminiert (Abg. Dr. Flecker: „Dein Niveau. Du wirst schon ganz wie dein Chef!“), dann ist das einmal klarzustellen.

Ich würde mir wünschen, daß der Klubobmann der Sozialdemokratischen Partei seine Immunität aufgibt, wenn er dem Landesrechnungshof in einer Form, die ihm nicht zusteht, unterstellt, daß er in irgendeiner Form mein Regierungsbüro – und darum scheint es ja zu gehen – informiert, am laufenden hält.

Und jetzt werde ich den Vorwurf bezüglich der IV a einmal klarstellen. Ich habe in Kenntnis von Vorgangsweisen in einer Abteilung (Abg. Dr. Flecker: „Du hast Verteidigung notwendig!“) der Landesregierung einen Bericht gemacht – wie es sich gehört – und habe weiters in dieser Regierungssitzung meine Regierungsmitglieder wissen lassen, daß ich in Ausnutzung des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes als Ressortzuständiger den Rechnungshof auffordere, die Dinge zu prüfen. Ich würde mir wünschen, daß in dieser Landespolitik jeder seine Aufgabe mit diesem Verantwortungsbewußtsein wahrnimmt. Es ist meine Verpflichtung, den Rechnungshof dorthin zu führen, wo er kontrollieren soll. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Schinnerl: „Hört zu!“)

Ich würde mir weiters wünschen, wenn dieses Kontrollinstrument des Rechnungshofes auch eine öffentliche (Abg. Dr. Flecker: „Er hat die Kritik nicht verstanden!“) Anerkennung darin bekäme, daß nicht

alle Rechnungshofberichte im stillen Kämmerlein, wie wir es über Jahre gewohnt waren, hier hinter verschlossenen Türen im Rittersaal abgehandelt werden, sondern diese Berichte ins Hohe Haus kommen.

Und jetzt dann zur weiteren Beweisführung zu augenscheinlichen Anschuldigungen. Wenn ich den Medien glaube, hat angeblich die Frau Mag. Hartinger einen Rechnungshofbericht vorher gehabt. Les'ts bitte das Landtagsprotokoll nach. Frau Mag. Hartinger hat, was die Kinderstation in Hartberg anbelangt, das Thema schon damals aktualisiert. Und wenn jemand behauptet, daß der Rechnungshof jetzt zu unseren Gunsten tätig wird, frage ich Sie, wieso es dann einen negativen Rechnungshofbericht zum Ö-Ring-Vertrag gibt. Der schaut ja nicht unbedingt für uns so gut aus. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist noch ein alter!“) Der ist alt? Dann werde ich doch dein Erinnerungsvermögen ein bißchen auffrischen. (Abg. Dr. Flecker: „Du weißt nicht, wie lange er schon läuft. Er läuft seit September 1995!“) Er ist zumindest von dem Tag an in der Öffentlichkeit bekannt, wo das Regierungsbüro Ressel diesen Bericht erhalten hat, und keinen Tag früher. Und keinen Tag früher, wenn es auch schon die journalistischen Interventionen gegeben hat. (Beifall bei der FPÖ. – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Beschuldigst du den Herrn Vesko?“)

Es ist anscheinend eine Politik der Sozialdemokratie, die Institutionen des Landes schlechtzumachen. Ich würde auch den Herrn Landeshauptmannstellvertreter fürderhin ersuchen, die Hypo-Bank nicht so als quasi Pleitebetrieb darzustellen. Ich würde euch schon auch im Interesse eines hoch integeren Hofrat Leikauf ersuchen, den Rechnungshof höchste Anerkennung zu zollen, wie er jetzt arbeitet (Abg. Vollmann: „Er hat nicht vom Rechnungshof, sondern vom Präsidenten geredet!“), und frag'ts ihn, was er über seine neue Führung sagt.

Ich stelle darüber hinaus fest, daß weder ich noch ein Mitglied der freiheitlichen Fraktion – ich halte das in aller Deutlichkeit fest – dem Herrn Vujica auch nur im mindesten in seiner Qualität in Frage stellen oder auch nur eine Kleinigkeit, einen mindesten Kratzer zugefügt haben. Wir haben zu jeder Gelegenheit, ob passend oder unpassend, von dieser hohen Qualität gesprochen. Das gilt auch für den Hofrat Eichtinger. Und ich habe auch dem Dr. Müller, den ich jahrelang durch hervorragende Zusammenarbeit kenne, höchste fachliche juristische Kompetenz adjustiert. In jeder Form, in jedem Interview, die Presse weiß es. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich danke dir!“) Sich da herzustellen und davon zu sprechen, daß wir Leute diskriminieren, und wieso redet's nicht vom Herrn Oberascher, wieso redet's Ihr nicht von einem Herrn Steps. Ist es nicht dort zu einer Diskriminierung gekommen? Wo Leute, die an erster Stelle gereiht sind, jetzt auf einmal als unqualifiziert hingestellt werden. Lassen wir die Kirche im Dorf. Bleiben wir in unserer politischen Diskussion, und das ist mir sehr wichtig, bleiben wir bei unserer Auseinandersetzung hier in diesem Raum. Aber gehen wir nicht mit einer Diskriminierung nach außen. Wir haben sie nicht gemacht. Erspart sie euch bei der Hypo, erspart sie euch beim Rechnungshof. (Abg. Dr. Flecker: „Wer hat die Dringliche gemacht?“)

Wenn du Vorwürfe hast, Herr Kurt Flecker, dann lege sie hier auf den Tisch. (Abg. Dr. Flecker: „Wer hat die Dringliche gemacht nach außen hin? Wer hat Beamte dadurch diskriminiert?“) Wenn du Vorwürfe hast, dann lege sie hier auf den Tisch, gegen den Rechnungshof, dann setzt einen Untersuchungsausschuß ein. Aber dann gib deine Immunität auch auf. (Abg. Dr. Flecker: „Es war schön, daß du dich rechtfertigst!“) Wir haben keiner Person auch nur den mindesten Vorwurf gemacht und keine Person im mindesten angekratzt. Ich halte das fest. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wir haben keine Dringliche gemacht. Ihr habt eine gemacht!“) Na, selbstverständlich, über die Vorgangsweise, wie sie hier im Land jetzt eingekehrt ist. (Abg. Dr. Flecker: „Ihr habt eine Dringliche gemacht!“)

Über diese Vorgangsweise soll dringlichst die Bevölkerung aufgerufen werden, daß es hier Beschlüsse gibt, wie wir vorzugehen haben, daß die über Bord geworfen werden, daß bis auf sieben Jahre ins Jahr 2002 hinaus Posten geschachert werden, daß Leute, die zu einem Hearing bestellt werden, vorher in der Zeitung lesen müssen, was man ausgemacht hat. Das soll die steirische Bevölkerung dringlich wissen.

In dieser Paketlösung, das sage ich euch auch noch, ist eine Stinkbombe drinnen. Die wird noch einmal hochgehen, Kurtl, und du wirst dir die Nase selber zuhalten müssen. Danke fürs Zuhören! (Beifall bei der FPÖ. – 17.46 Uhr.)

Präsident: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag. Hartinger das Wort.

Abg. Mag. Hartinger (17.46 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Stellen Sie sich vor: Szenarium, ein gehbehinderter Patient muß in die chirurgische Ambulanz des Landeskrankenhauses Graz. Abgekämpft durch den steilen Holzstiegenaufgang – Lift gibt es ja noch immer keinen – kommt er in die Ambulanz, Wartezeiten drei Stunden. Er liest eine Tageszeitung, um sich etwas abzulenken, und was steht in dieser Tageszeitung? Eine Leistungskomponente soll es geben bei den Verträgen für die Spitalschefs und deren Mitarbeiter. Er fragt die Krankenschwester, die ihn endlich aufruft, ob die Leistungshonorierung für den Patienten auch Vorteile bringt. Die Schwester antwortet, „viel Lärm um nichts. Der Druck wird nur an uns, an die Basis, weitergegeben.“ Und genau um das geht es hier. Was ist eigentlich der Versorgungsauftrag der KAGES? Es ist ein Leistungsversprechen, nämlich den Patienten gesund zu machen.

Und um was geht es uns? Um was geht es der Regierung? Sie, Herr Landesrat, wollen plötzlich alle Verträge, für die beiden Vorstände und für die vier Bereichsdirektoren, vereinheitlichen, und zwar auf der Basis einer Leistungskomponente. Nur, diese Leistungskomponenten, wie ich heute in der Fragestunde festgestellt habe, die kennt der Herr Landesrat nicht. Leider ist er jetzt nicht da.

Es ist schon komisch, daß der Herr Landesrat ausgerechnet jetzt für die Verträge diese Leistungskomponente hineinbringen möchte, weil ich diese

Anfrage gestellt habe. (Abg. Vollmann: „Haben Sie einen Dienstvertrag?“)

Natürlich habe ich einen Dienstvertrag! (Abg. Vollmann: „Haben Sie einen auf Zeit oder einen unbefristeten?“) Ich habe einen befristeten Vertrag. (Abg. Vollmann: „Also keinen unbefristeten?“) Einen unbefristeten Vertrag, warum soll ich einen befristeten Vertrag haben? (Abg. Vollmann: „Der Präsident des Rechnungshofes hat einen Zeitvertrag!“) Weil er in einer anderen Position ist. Das ist ein Geschäftsführer. Das sind ganz andere Voraussetzungen, bitte.

Sie verkennen die Situation, ob es sich um einen Geschäftsführer oder um einen Abteilungsleiter handelt. (Abg. Vollmann: „Ihr verkennet die Situation!“)

Als Begründung für die Vereinheitlichung der Verträge nennen Sie einerseits die Zuschüsse, die bis 2000 fixiert sind, und andererseits den Steiermärkischen Krankenanstaltenplan, der bis zum Jahr 2003 fixiert ist.

Meine Damen und Herren, ich habe noch nie in einem Unternehmen erlebt, wo eine zeitliche Fixierung des Leistungsplanes ein Grund ist, die Dienstverträge zeitlich gleich auszurichten. (Beifall bei der FPÖ.)

Eine sachliche Begründung gibt es meines Erachtens hierfür nicht. Also, was steckt dahinter? Vielleicht die Angst? Die Angst der rot-schwarzen Koalition, in den nächsten Jahren für ihre jeweiligen Kandidaten keine Zustimmung des Koalitionspartners zu bekommen? Wieso gibt es keine Ausschreibung, wieso werden die Verträge auf sechs Jahre verlängert? Jetzt heißt es, es gibt für die nächste Periode keine Verlängerungsautomatik. Und jetzt gibt es sie sehr wohl? Da ist doch ein Widerspruch.

Nun zu den Leistungskomponenten bei den Dienstverträgen. Wie sollen diese aussehen? Vielleicht ein gewisser Prozentsatz des Anteiles der Budgeteinsparung? Aus Erfahrung weiß ich, wie kritisch so ein Leistungsanreiz sein kann, nämlich dann, wenn ich das Budget so gestalte, daß ich es unterschreiten muß. Wie soll der Leistungsanreiz beispielsweise des technischen Direktors aussehen? Vielleicht so, wieviel Kubikmeter umbauten Raum er einspart? Zum Beispiel, daß er keine Küchen baut, und es wird fremdvergeben. Na, der Finanzchef wird sich dann schön freuen, wenn die Sachkosten steigen. Oder wie schaut das für den Personalchef aus? Soll etwa der Leistungsanreiz sein, wieviel Dienstposten er einspart? Ja, meine Damen und Herren, soll ein eingesparter Dienstposten vielleicht 10.000 Schilling Kopfprämie bedeuten, oder wie soll das ausschauen?

Leistungsanreize sind Steuerungsinstrumente, wenn sie richtig eingesetzt werden. Das heißt, wenn Qualitätskriterien vorhanden sind, wenn exakte operationale Ziele und Rahmenbedingungen gegeben sind. Diese Rahmenbedingungen hat die Politik vorzugeben, und dann hat sie sich vom operativen Geschäft zu verabschieden und keine Postenschacherei zu betreiben, wie Sie sie jetzt machen. Geredet wird jedoch nur von der Veränderung der Rechtsform zum Beispiel in eine Aktiengesellschaft oder von der Rückführung des Personals.

Meine Damen und Herren, ein neues Kleid ändert noch nicht den Inhalt, die Struktur. Eine schlanke

Unternehmensstruktur ist gefragt. Tirol und Burgenland haben beispielsweise in ihren Krankenanstalten die Bereichsdirektoren abgeschafft. Unsere Vorstellung für die Organisationsform ist eine Divisionalisierung, das heißt neben der Trennung der Uni-Kliniken auch eine Trennung der landschaftlichen Abteilungen in einzelne Versorgungssektoren. Das heißt, weg von der Matrixorganisation, hin zur Divisionalisierung. Kosmetik betreiben Sie in der Politik genug, aber eine schöne Maske hilft dem Patienten noch lange nicht. Herr Landesrat Dörflinger erzählt laufend, die Politik solle sich aus dem operativen Geschäft zurückhalten und er wolle Ruhe in der Spitalspolitik. Ich höre seine Botschaft wohl, allein mir fehlt der Glaube. (Beifall bei der FPÖ.)

Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Hartinger, Bleckmann, Vesko, Schreiner und Schinnerl, betreffend Bestellung von Spitzenpositionen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bestellung von Spitzenpositionen im Land Steiermark dem Regierungsbeschluß vom 12. Dezember 1994 voll Rechnung zu tragen und das Ergebnis des Hearings als bindend für die Bestellung anzusehen. (Beifall bei der FPÖ. – 17.53 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Lopatka das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (17.53 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Präsident Vesko hat gemeint, ob ich als Friedensstifter komme. In dem Fall kann ich ihm den Gefallen nicht tun, weil ihr habt's schon so viel gezündelt, daß es gar nicht mehr zu löschen geht. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Da ist die Rede von dir. Pharisäer gibt es im Alten Testament!“) Ich weiß nicht, warum Sie so nervös sind, Herr Präsident. Ich habe noch überhaupt nichts gesagt, und Sie reden von Pharisäern und vom Alten Testament. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Du wirst auch nach 20 Minuten noch nichts gesagt haben!“) Das war sehr sachlich, Herr Landesrat, es ist großartig, aber ihr seid noch in der Stimmung von eurem Parteitag, es wird ordentlich geklatscht, nein, es muß ein schöner Parteitag gewesen sein, aber irgendwann hat einmal jeder Parteitag sein Ende, und wir sind heute hier im Landtag, und nicht auf dem FPÖ-Parteitag.

Herr Präsident, liebe freiheitliche Fraktion, sehr geehrte Damen und Herren, Personalentscheidungen werden von vielen ähnlich gesehen wie die Aufstellung bei Fußballmannschaften. Es sind nämlich allzu viele, die glauben, es viel besser machen zu können als der Teamchef und sich selbst da als die Berufenen sehen, die eigentlich die richtige Entscheidung getroffen hätten. Und tatsächlich ist es nicht leicht, letztendlich sich für die richtigen Bewerber zu entscheiden. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Aber wenn einer nicht zum Training kommt, wird er nicht aufgestellt, das ist der Unterschied!“)

Wenn bei einem Hearing, wie zum Beispiel bei der Bestellung des Leiters der Personalabteilung, von der Kommission drei Bewerber überdurchschnittlich abschneiden, dann ist es nicht leicht, sich hier zu entscheiden, andererseits ist es auch keine große Hilfe, wenn Bewerber bei einem Hearing von der Kommission, der ja auch Vertreter der Freiheitlichen Partei angehören, als nicht geeignet erachtet werden. Und damit möchte ich einen Kernsatz einmal vorweg sagen. Ich glaube, wir waren in einer Phase zu hearinggläubig, wenn ich es so sagen darf. Ein Hearing kann nur eine Entscheidungshilfe sein. Die Entscheidung selbst und die Verantwortung für die Entscheidung hat letztendlich der zuständige Politiker zu treffen und auch die Verantwortung auf sich zu nehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben hier einen klaren Grundsatz. Wir sind immer für den Besten, für die Beste, unabhängig davon, ob der Kandidat, die Kandidatin parteilos, ein Blauer, ein Grüner, ein Hellblauer, ein Roter, ein Schwarzer und wer auch immer es ist, das soll nicht im Vordergrund stehen. Entscheidend für uns ist dort, wo wir das Vorschlagsrecht haben, daß die Qualifikation für den entsprechenden Posten stimmt, der zu besetzen ist. Und wenn mehrere Kandidaten eben geeignet sind, dann soll es das Recht des zuständigen Regierungsmitgliedes sein, die Entscheidung zu treffen, die er für richtig hält. Und hier glauben wir, daß diese Entscheidung weder von einer Kommission noch von einem Hearing dem Politiker abgenommen werden kann.

Da darf ich auch eines zu den Bewerbern sagen. Und ich glaube, hier herrscht bei allen von uns Übereinstimmung, daß keiner der Bewerber - und das möchte ich auch einleitend hier festhalten - auch nur im entferntesten als ungeeignet erachtet werden kann, daß einer der Bewerber hier einen Versorgungsjob erhalten hat. Da war nämlich niemand zu versorgen, sondern die Aufgabe bestand darin, für die nächsten Jahre eine bestmögliche Lösung in Wirklichkeit für freigewordene Managerposten im Unternehmen Steiermark zu finden. Denn ein Abteilungsleiter, ein Bezirkshauptmann ist einer, glaube ich, in erster Linie, der Managementqualität haben muß. Freilich wurde nicht immer der Erstgereichte ausgewählt, aber es ist auch nie festgeschrieben worden - und Landesrat Hirschmann hat schon hier den entsprechenden Regierungsbeschluß zitiert -, daß es der Erstgewählte sein muß. Ein Hearing soll eine Entscheidungshilfe sein, und daran sollten wir uns auch in Zukunft halten. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wie soll das gehen, wenn nicht der Erstgereichte drankommen soll?“) Für mich liegt der tiefere Grund der Kritik der Freiheitlichen darin - und da sollten wir uns keiner Täuschung hingeben, daß die Freiheitlichen diesmal ein Problem gehabt haben. In Wirklichkeit ist ja nur einer ihrer Wunschkandidaten zum Zug gekommen, denn die einzige Personalentscheidung, die sie, glaube ich, voll mittragen können, betrifft den ja heute noch im Landtag sitzenden und jetzt nicht mehr hier sitzenden Kollegen Wolf Chibidziura. (Abg. Mag. Bleckmann: Er war Erster!“ - Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Glawischnig war auch mein Wunschkandidat, er war Dritter!“)

Er wird nun Baubezirksleiter. Das bestreite ich ja nicht. Darum sage ich ja, das ist eine Entscheidung, die auch ihr mittragen könnt.

Chibidziura, ich habe nichts gegen diese Entscheidung, ich möchte es nur sehr deutlich sagen, daß man bei jeder Personalentscheidung, wenn man will, ein Haar in der Suppe finden kann. (Abg. Mag. Bleckmann: „Nur du!“)

Ich könnte auch sagen, ist es ein Zufall, daß ausgerechnet ein langjähriger FPÖ-Abgeordneter diesen gut dotierten Beamtenjob erhält. Ich könnte auch fragen, ob es ein Zufall ist, daß die „Kleine Zeitung“ hier (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Er verzichtet ja!“) viel mehr dahinter sieht. Ich zitierte die „Kleine Zeitung“ vom Montag. Wie heißt es dort? Ich weiß nicht, ob Sie es gelesen haben. „Wolf Chibidziura soll Chef der Baubezirksleitung in Leibnitz werden. Dem FPÖ-Chef“ - ich füge hinzu Michael Schmid (Abg. Mag. Bleckmann: „Der Chibi ist euer Feigenblatt!“) - „kommt diese Bestellung gelegen.“ Wenn Ihr die „Kleine Zeitung“ als Feigenblatt bezeichnet, werde ich nachher die „Krone“ zitieren. Vielleicht ist sie das zweite Feigenblatt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Den Chibi hab't's nur genommen, um ihn uns vorzuhalten!“) „Dem FPÖ-Chef kommt diese Bestellung gelegen. Wenn Chibidziura sein Mandat aufgibt“ - man höre und staune -, „kann er“ - nämlich Schmid - „den in den Landtag drängenden Voitsberger Bezirksparteiobmann Manfred Porta befriedigen“, Kollegin Bleckmann. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sie können mir alles vorwerfen, aber Warmer bin ich keiner!“) So das Zitat der „Kleinen Zeitung“. Keine Personalentscheidung ist unangreifbar, möchte ich damit nur sagen. Man kann bei jeder Personalentscheidung auch andere Überlegungen als sachliche mit ins Treffen führen. (Beifall bei der ÖVP. - Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das war jetzt die sachliche Entscheidung, jetzt komm zu den anderen!“) Das war jetzt ein sachlicher Beitrag, und ich setze die sachlichen Beiträge fort.

Die Vorgangsweise, unliebsam gewordene Abgeordnete zu versorgen und damit ruhigzustellen, hat in diesem Haus ausschließlich bei der FPÖ Tradition, meine Damen und Herren, ausschließlich. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. - Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das ist eine Gemeinheit, was du sagst. Das ist eine Unterstellung!“ - Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Jetzt entschuldige dich!“ - Abg. Mag. Bleckmann: „Jetzt entschuldige dich beim Chibi, bitte!“ - Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Jetzt reicht's, Herr Kollege!“)

Nein, es geht mir darum, weil Ihr seid so wehleidig. Im Austeilen seid Ihr großartig.

Da wird von Taschendieben gesprochen, wie in der letzten Sitzung. (Abg. Mag. Bleckmann: „Du warst nicht anwesend!“) Ich habe jetzt auch zitiert.

Ich will da keinen Unfrieden stiften. Eines ist ganz klar bei der freiheitlichen Fraktion, im Austeilen ist sie großartig, im Einstecken sehr, sehr wehleidig. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Kollege Schmid, der Ludwig Rader wird dich länger verfolgen, als es dir lieb ist (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Er fehlt dir, hast bedauert, daß er weg ist!“), denn ich werde euch nicht ersparen, das heute hier auch sehr deutlich zu sagen. Zuerst sollte ja er Rech-

nungshofdirektor werden. Die SPÖ hat dann bei der Verfassungsänderung nicht mitgemacht. Der Kollege Gennaro nickt, also weiß er es, daß es so gewesen ist.

Und als es dann nach der letzten Landtagswahl nicht mehr möglich war, daß Ludwig Rader hier im Landtag sitzen konnte, da hat der Sondervertrag euch kein Kopfzerbrechen bereitet. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Der Rader hat keinen Sondervertrag. Du bist völlig falsch informiert. Er ist im Beamtenchema. Das ist überhaupt nicht wahr, ist völlig falsch!“) Der persönliche Vorschlag vom Ludwig Rader (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Der Rader ist nach dem Beamtenchema bezahlt!“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ihr habt es wollen, aber wir haben es nicht gemacht!“) Das wollte ich sagen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Überhaupt nicht, ist ja gar nicht wahr, Peter!“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Aber selbstverständlich!“ – Glocke des Präsidenten. – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Aber, Peter, bitte hör doch auf!“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ihr habt es wollen!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist falsch!“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ihr habt es wollen, und wir haben es nicht gemacht!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Streng nach Schema!“) Ja, weil wir es verhindert haben. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ja, mein Gott!“) Ja, selbstverständlich, euer Wunsch war es, ich habe gesagt, damals hätte die FPÖ keine Probleme gehabt, wenn der Ludwig Rader einen Sondervertrag bekommen hätte. (Abg. Mag. Bleckmann: „Meinst du jetzt!“) Damals war die Zurückhaltung nicht so groß. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Falsch, falsch. Unterstellung!“)

Faktum ist, der Vujica-Vertrag macht euch großes Kopfzerbrechen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wieso? Er muß passen, daß der Wielinger ja sagt. Mehr wollen wir nicht. Der Wielinger muß ja sagen!“) Der Ludwig Rader, das hat euch noch nie Probleme bereitet. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Nein, weil er nach dem Schema bezahlt wird. Da gibt es kein Problem!“) Noch einmal, darf ich es deutlich sagen. Der andere liegt weit unter dem Schema, wie wir heute von Landesrat Hirschmann gehört haben. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das muß dem Wielinger sagen!“) Und Ludwig Rader, der hier an der Spitze steht (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Was, der Rader an der Spitze?“) Weit vorm Vujica (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sag einmal, kannst du rechnen auch nicht? 93.500 Schilling hat der Rader inklusive Auslandszulage!“ – Glocke des Präsidenten.)

Ich weiß nicht, warum euch das so aufregt. Im Verhältnis zum Vujica ist er eindeutig Spitzenreiter. (Abg. Mag. Bleckmann: „Und der Vujica kriegt 110.000 Schilling, und der Ludwig kriegt 93.500 Schilling? Und der Ludwig soll Spitzenreiter sein?“)

Nachdem die Aufregung bei der FPÖ derart groß ist (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist keine Aufregung, das ist eine Belustigung!“), darf ich ein weiteres Zitat bringen, das von der FPÖ nie eingeklagt worden ist und daher auch nie richtiggestellt worden ist, sollte es falsch sein. (Allgemeine Heiterkeit.) Der Chefredakteur, und diesmal habe ich ein anderes Blatt, Kollegin Bleckmann, nämlich die „Steirer-

Krone“. Der dortige Chefredakteur Markus Ruthardt hat unter der Überschrift „Willkommen im Privilegiensstadl“ folgendes vor kurzem geschrieben, es ist noch nicht so lange her, am 7. Oktober 1994.

Der Schinnerl weiß schon, was kommt, er schreit schon wehleidig auf, das tut weh, du wirst das kennen. Ich weiß, du hast einen Zettelkasten, wo du alle Zitate sammelst, bist ein fleißiger Abgeordneter.

Aber ich muß das tun, und ich darf diesen Kommentar kurz zitieren: „So gerne Jörg Haider den ‚Altparteien‘ Privilegien ans Zeug flickt – in der Steiermark vergißt er, den eigenen Stall auszumisten. Günther Grollitsch – er sitzt hier, und ich zitiere die „Kronenzeitung“ – „Günther Grollitsch, Bürochef des FPÖ-Landesrates, steht schon vor dem ersten ‚objektiven‘ Hearing aller Bewerber als künftiger Chef des Landesrechnungshofes fest. Daß die Grollitsch-Tochter ‚wie durch ein Wunder‘ einen Gruppenleiterposten bei der STEWEAG – wo ein FPÖer Aufsichtsratschef ist – und sein Bruder ein FPÖ-Nationalratsmandat erhält, sei nebenbei erwähnt. Daß FPÖ-Ehrenobmann Götz mit seinen Millionenbezügen ins Kreuzfeuer geriet, ist bekannt: Er sitzt aber – mit Tochter – auch im Aufsichtsrat der ‚Krentschker‘, während der Sohn unter Vaters Fittichen wohlbestallt bei der Grazer Messe jobt. Dazu gibt es für FPÖer Aufsichtsratsposten bei Landesholding, Verkehrsverbund, Joanneum, Krankenanstaltengesellschaft (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Weißt du, was du bist, eine miese Figur!“) Hypo, GTG, Congress und, und, und. ‚Einfach ehrlich‘ wäre es, würde sich Haider auch seiner hausgemachten Familien- und Freunderlpackeleien in der Steiermark annehmen.“ Zitatende – „Kronenzeitung“ vom 7. Oktober 1994. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wenn ich alle Posten der ÖVP aufzähle, reicht der ganze Sommer nicht!“)

Damals gab es keine Kritik der FPÖ. Damals gab es keine Kritik der FPÖ beim Ablauf des Hearings und in der Form der Bestellung, weil damals hat der Kandidat gestimmt. Diesmal passen die Kandidaten nicht, daher gibt es eine dringliche Anfrage. (Beifall bei der SPÖ.)

Es wird mit zweierlei Maß gemessen. Es wird mit zweierlei Maß gemessen.

Und eines darf ich auch noch anschneiden, weil der Beamte Brünner hier über das schwierige Verhältnis vom Beamten- und Politikerdasein gesprochen hat. Auch hier möchte ich der FPÖ eines sagen. Auch die FPÖ soll hier vorsichtig sein. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Den Brünner haben auch wir erfunden?“)

Denn bitte, wer ist denn hier im Landtag der höchstgewählte Parteifunktionär? Wissen Sie, wer das ist? Es ist Hofrat Wolf Chibidziura! Er ist seit letztem Sonntag Landesparteiobmannstellvertreter. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Er ist es immer schon gewesen!“) Er war es auch vorher, da gibt es keine Probleme, Beamter und Hofrat. (Abg. Mag. Bleckmann: „Da war er noch nicht nominiert!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Was heißt Beamter? Darf ein Beamter keine Parteifunktion haben? Was hast denn du jetzt jahrelang gemacht?“) Ich bin ja der Meinung, aber ich kritisiere es nicht, aber von der FPÖ kommt hier auf Bundesebene immer die massive Kritik, die ganz massive Kritik.

Und ich bringe euch gerne weitere Zitate. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich habe mir gedacht, du bist

Marathonläufer, aber anscheinend bist du Hochseefischer oder was!") Ich weiß, du bist auf hoher See unterwegs.

Herr Landesrat Schmid, deswegen habe ich ja, um mich selbst zu schützen, vor euren wilden Angriffen mich ausschließlich bei den heiklen Punkten auf Zitate von steirischen Tageszeitungen zurückgezogen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Weißt du, was mies ist von dir? Die Kinder von Abgeordneten zu zitieren!") Dann sage es dem Markus Ruthardt, der hat eine viel größere Öffentlichkeit als ich hier im Landtag.

Keiner, ich möchte es sehr deutlich sagen, keiner der ernannten Beamten, die hier am Montag in der Landesregierung zur Beschlußfassung angestanden sind, ist in so enger Verbindung, weil hier ist ja von Ämterpatronage gesprochen worden, mit einer Partei, ich möchte das sehr deutlich sagen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ihr habt Hunderte Parteiposten!“), keiner ist in einer so engen Verbindung. (Abg. Mag. Bleckmann: „Du greifst den Chibi an!“) Ich greife ihn nicht an. Nein, es ist kein Angriff, überhaupt nicht. (Abg. Mag. Bleckmann: „Was ist es denn?“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wer hat denn den Rader vorgeschlagen, die ÖVP. Wer hat denn den Chibi vorgeschlagen, die ÖVP!“) Ja, selbstverständlich. Wir regen uns ja nicht auf, ihr regt euch ja auf.

Noch einmal, ich habe kein Problem, wenn der Chibidziura Chef der Baubezirksleitung wird. Ich habe kein Problem, aber die FPÖ hat da immer Probleme. Ich habe hier keine Probleme! (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ja, weil wir uns an die Spielregeln halten!“ – Präsident: Herr Abgeordneter Lopatka, Sie lassen es zu, daß die Zwischenrufer Ihre Zeit verbrauchen, die geht nämlich zu Ende. Sie haben noch zwei Minuten!“) Dann werde ich die zwei Minuten noch zu nützen versuchen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sag einmal was Gescheites!“)

Ich glaube, was hier falsch ist, ist, wenn mit zweierlei Maß hier gemessen wird. (Abg. Mag. Bleckmann: „Das ist richtig!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ein Maß rot, ein Maß schwarz, das sind die zwei Maße!“)

Es muß genau so gesehen werden, wie hier das Hearing war und wie die jetzigen Personalbestellungen erfolgt sind, wie seinerzeit die Bestellungen erfolgt sind, ob das Grollitsch war, ob das Rader war. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ja, selbstverständlich, die Ersten sollen die Besten sein!“)

Wie immer die Hofräte heißen, ob das der Hofrat Rader ist, der Hofrat Grollitsch ist, der Hofrat Chibidziura ist. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Jetzt zähle einmal die schwarzen Hofräte auf, da bist du wahrscheinlich in zwei Stunden noch nicht fertig!“) Ich muß jetzt zum Ende kommen, weil ich ja nur mehr zwei Minuten habe. Ich glaube, wir sollten hier auch – (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Da wirst du den ganzen Sommer nicht fertig, wenn du deine ganzen Parteigenossen hier aufzählst, die in einer Bank oder wo immer sitzen, und die Kinder und Kindeskinde!“)

Ich möchte noch eines abschließend sagen: Wir alle müssen aufpassen, daß wir hier, wenn es um eigene Leute geht, nicht mit einem anderen Maß messen als wenn es um Persönlichkeiten geht, die eben nicht aus den eigenen Reihen kommen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Hofrat Grollitsch kommt ja aus dem

ÖAAB!“) Wir müssen auch aufpassen, was die Höhe der Bezüge betrifft. Das gilt für unsere Bezüge, und das gilt auch für Spitzenbeamte. Wir müssen aufpassen, daß wir ein Maß finden, das wir ohne schlechtes Gewissen, sondern mit innerer Überzeugung vertreten können. Und lassen wir daher diese Spitzenbeamten, genauso wie die Leute im Landesschulrat, in Ruhe arbeiten, denn ich bin fest davon überzeugt, daß sich die Gemüter nach einiger Zeit sehr wohl beruhigen werden. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das hoffst du, aber da hoffst du zu früh. Wir lassen uns nicht beruhigen, das wirst du noch lange hören!“) Ich glaube, daß die Spitzenbeamten (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Du machst sie schlecht!“) dann durch ihren überdurchschnittlichen Einsatz, der auch entsprechend entlohnt wird, ihre Bestellung und auch ihre Bezahlung nicht nur rechtfertigen werden, sondern hoffentlich auch übertreffen werden. Das möchte ich zum Schluß sagen. Meine Bitte: Lassen wir die Spitzenbeamten in Ruhe arbeiten und machen wir sie nicht schlecht, bevor sie noch mit ihrer Arbeit beginnen können. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 18.12 Uhr.)

Präsident: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Keshmiri das Wort. (Abg. Gennaro: „Sie klären uns jetzt auf, wie das jetzt wirklich war!“ Sie sind die Ärmste in dem Haus!“)

Abg. Keshmiri (18.13 Uhr): Bitte? Ich habe es nicht verstanden. (Abg. Gennaro: „Sie sind die Ärmste in dem Haus, Sie haben niemanden, der Sie vertritt!“)

Ich möchte kurz etwas zur angesprochenen Mandatssache sagen. Ich verstehe die Aufregung von Herrn Landeshauptmannstellvertreter, auch von Herrn Flecker nicht, denn ich bin ja da. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich freue mich, nur der Kollege Brünner freut sich nicht!“) Das können Sie, glaube ich, nicht beurteilen. Ich muß sagen, „Fehler“ sind grundsätzlich da, um wieder gutgemacht zu werden. (Abg. Dr. Flecker: „Bravo!“ – Beifall bei der SPÖ.)

Genau! Und wenn ich anderen etwas vorwerfe, dann muß ich vorher bei mir selbst anfangen, die Fehler gutzumachen. Also zum Beispiel könnte ich mich in Zukunft an Hearings halten bei den Postenvergaben, könnte auch die Ergebnisse berücksichtigen, um die Postenvergaben objektiver zu beurteilen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Machen wir, danke!“ – Beifall beim LIF und bei der FPÖ. – 18.14 Uhr.)

Präsident: Als derzeit letzter Redner hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Ing. Peinhaupt. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Peinhaupt (18.14 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, Kollege Lopatka und vormals Gläserwäscher in der Bezirkshauptmannschaft Hartberg!

Ich muß dir schon sagen, das, was du hier betreibst, ist unter dem Deckmantel einer Doppelbödigkeit und einer politischen Polemik der Sonderklasse ein Maß an Schadensbegrenzung, indem du Schuldzuweisungen

triffst, aber selbst den Dreck am Stecken hast, das darf ich dir schon sagen. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Dr. Lopatka: „Sehr sachlich!“)

Und mir möchte ich sicherlich die Peinlichkeit ersparen, daß ich nochmals auf die Wortmeldung des Kollegen Flecker eingehe, das ist nämlich wirklich mehr als nur peinlich und hat in diesem Haus mit Sicherheit keinen Platz.

Nur eines zur Richtigstellung, weil, Kollege Lopatka, du arbeitest mit Halbwahrheiten (Abg. Genaro: „Aufpassen, was du sagst!“), um nicht zu sagen mit Lügen, und die haben hier einmal keinen Platz, wenn es um sensible Entscheidungen geht. (Abg. Lopatka: „Du hast nicht aufgepaßt!“)

Aber ihr kennt ja keine fairen und gerechten Entscheidungen, sondern bei euch spielt das Maß an Menschenverachtung anscheinend immer mit. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Dr. Lopatka: „Du, der Rader hat das dem Haider vorgeworfen, deswegen sitzt er nicht mehr da! Der Rader hat dem Haider Menschenverachtung vorgeworfen!“)

Siehst du, lieber Kollege Lopatka, beim Rader bin ich schon und bei deinen Aussagen. Du wirfst vor, daß der Rader weiß ich was verdient. Ich werde dir jetzt einmal sagen, welche Vorschläge deine Gesangesbrüder gehabt haben, bei einer Besetzung von dem Brüsseler Büro (Abg. Dr. Lopatka: „Wer sind meine Sangesbrüder?“)

Ja, das kann ich nur mehr als schlechten Gesang bezeichnen, weil woanders läßt sich das nicht mehr einordnen, was du vorher hier geboten hast. (Abg. Dr. Lopatka: „Ah, du meinst, ich bin bei einer schlagenden Verbindung oder was?“)

Nein, du schlägst dich selber. (Beifall bei der FPÖ.)

Der Botschafter Kern, Vorschlag der ÖVP, 124.672 Schilling, alleine kann er das ja nicht machen, wir brauchen ja den Herrn Lückler auch noch, einen Achterposten, der aber mit dem Gehalt nicht zufrieden ist, sondern zusätzlich noch 40 Prozent Zulagen braucht, das sind, Kollege Lopatka, mehr als 200.000 Schilling. Und der Repräsentant des Landes Steiermark in Brüssel verdient 93.542 Schilling und 30 Groschen. Aber diese Doppelbödigkeit hat ja mit diesem Beweis hier bei Gott nicht das Ende der Argumentation gefunden. Ich darf euch, liebe Freunde von der ÖVP, an den 23. Jänner dieses Jahres erinnern, 11.25 Uhr. Ich finde es richtig und wichtig, daß die Kontrolle, die die Klubobfrau der Freiheitlichen angesprochen hat und vor allem das Mitdenken und daß es vor allem in dieser Form eine gute Arbeit geben kann, weil ich weiß, daß der gute Wille und daß vor allem die Verantwortung im Vordergrund stehen. Und genau diese Kontrolle und diese Verantwortung sind es, die uns angehalten haben, hier aufzuzeigen, was Sie zu verantworten haben, meine Damen und Herren von der linken und rechten Hälfte, was anderes traue ich mich nicht hinzuzufügen. (Beifall bei der FPÖ.)

Denn die Grundsätze einer rechtsstaatlichen Demokratie treten Sie – und Sie allein – mit Füßen. Und wir werden nicht müde werden, hinauszugehen und den Leuten draußen die Augen zu öffnen, daß die landesmütterlichen Versprechungen hier in diesem Hause nichts anderes sind wie Schall und Rauch. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber am 23. Jänner dieses Jahres ist ja auch noch etwas anderes gefallen. Das ist der Grundsatz, daß wir sehr wohl über die Vergangenheit nachdenken, daß wir aber alles tun müssen, um in Gegenwart und in Zukunft Erreichtes zu erhalten.

Ich darf Sie aber auch daran erinnern, was die Freiheitlichen am 26. März gesagt haben: „Gerade im Zusammenhang mit der Besetzung des amtsführenden Präsidenten oder der amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates ergibt sich ein gesondertes Maß an Erwartung, wie Sie sich noch bei den ausstehenden Besetzungen dieses Landes benehmen werden.“

Jetzt ist der Tag der Rechnung, und ich hätte es mir an und für sich erspart, aber der Kollege Lopatka hat mich sicherlich dahin gehend aufmerksam gemacht (Abg. Dr. Karisch: „Er ist ja noch jung und hübsch, aber!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Politisch ist er schon längst kastriert!“) Also, ich würde sagen, das Geschlechtsspezifische bezieht sich nur auf deine politische Tätigkeit, weil da trifft der Landesrat Schmid den Nagel am Kopf, du bist nämlich ein politischer Zwitter. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Tasch: „Du bist frustriert, weil du nicht Landesrat geworden bist!“)

Aber ich werde euch das alles nicht ersparen. Ich werde den ganzen Sachverhalt und eure Entscheidungen noch einmal aufrollen. Ihr sollt es euch selbst noch einmal auf der Zunge zergehen lassen. Angefangen von den Landesschulratspräsidenten, über die STEWEAG, über das nun Geschehene, alles werde ich euch noch zitieren. (Abg. Dr. Lopatka: „Qualifizierte Personen im Landesschulrat!“)

Meine verehrten Damen und Herren, es ist eigentlich – (Abg. Schrittwieser: „Höchst qualifiziert, muß man sagen!“) Eines muß man schon sagen, wenn man hier in diesem Raum sieht, die Versprechungen vom 23. Jänner gehört hat, so kommt man doch in die Versuchung, feststellen zu müssen, daß einige politische Verantwortungsträger von einem Kurzzeitgedächtnis der Sonderklasse behaftet sind.

Denken wir, meine Damen und Herren, an die Vorgangsweise bei der Bestellung der Landesschulratspräsidenten. Zuerst hat die Landeshauptfrau als Präsidentin des Landesschulrates das zuständige Kollegium versucht zu präjudizieren. Dann ist sie hergegangen und hat das politisch beeinflusst, um ja das Ziel einer politischen Gleichbehandlung von ÖVP und SPÖ zu erreichen. Die Emanzipationsbestrebungen des Herrn Schachner haben da sicherlich Früchte getragen.

Genau diese Bestrebungen sind es aber auch, die bei der Bestellung des Vorstandes in der STEWEAG offene Türen bei den Großkoalitionären eingegangen sind. Die volle Konsensbereitschaft der ÖVP war selbstverständlich vorhanden, in Zeiten des Sparens, wie es gegangen ist, daß man den internen Haushalt im Personalbereich der STEWEAG um 30 Millionen Schilling mehr belastet. Das ist ja selbstverständlich.

Ich darf aber auch noch die Herren und Damen der Sozialdemokratie erinnern, daß sie sogar via TV ausrichten haben lassen, daß der 180.000-Schilling-Zwangspensionist Klepp als Leiter der STEWEAG durchaus die Fähigkeit gehabt hätte. Deshalb hat man trotzdem den Kois bestellt. Eines muß man schon sagen. Sie haben damit den Eindruck verstärkt,

daß die einzigen, die das Sparpaket wirklich zu tragen haben, die Bürger dieses Landes sind. (Beifall bei der FPÖ.) Und die Täter sichern sich ihre Pfründe und sitzen jetzt endlich am Trog des Steuerzahlers.

Einen Vorteil hat es aber doch gehabt. Zumindest bei der STEWEAG haben wir gewußt, in welcher Größenordnung man sich bedienen wird. Der Monika Kaufmann darf ich ins Stammbuch schreiben, wenn sie gestern über die Presse ausrichten läßt, daß die armen Bergbauern weniger verdienen als der Mindestbemessungsgrundsatz, so sollten sich die Bergbauern, bevor wir ein neues Ziel einrichten, doch bei der STEWEAG bedienen lassen. Durch den Herrn Kois hat die SPÖ sicherlich einen großen Zugang dazu. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, wenn wir schon beim Geld sind, ganz anders verhält es sich ja bei der Bestellung der Landesschulratspräsidenten – der Doppelpräsidenten. Sie gehen davon aus, wie richten wir uns das ein, damit wir zumindest offiziell nicht 100.000 Schilling verdienen. Ich verweise darauf, daß man vehement versucht hat, eine Verrechtlichung des arbeitslosen Einkommens für Landesschulratspräsidenten durchzusetzen, ganz abgesehen von, lieber Herr Landesrat Hirschmann, einer 50prozentigen Erhöhung der Pensionstangente. Das alles natürlich streng wieder nur unter Berücksichtigung des Gleichberechtigungsgrundsatzes zwischen Rot und Schwarz hier in diesem Haus.

Ich bitte Sie aber eines, und das sehr ernst, auch zu bedenken, daß, während Sie dort Ihre Politfunktionäre bedienen, auf der anderen Seite Sie auch hier durchsetzen, daß an den Schulen, daß bei den Studierenden und bei den Schülern gespart werden muß.

Aber zurück zum 23. Jänner, Zitat Landeshauptfrau Klasnic: „Wir haben in der steirischen Landesverwaltung durchwegs tüchtige Beamte, die gerne ihren Dienst versehen. Sie sind Partner der Politik, wenn es unter anderem auch um die Motivation geht.“

Meine Damen und Herren, wieder Schall und Rauch. Denn was Sie da machen, das ist den Beamten unseres Landes gegenüber wirklich Zynismus. Das ist wirklicher Zynismus in Reinkultur. So frei nach dem Motto: „Ist der Ruf einmal ruiniert, dann lebt es sich ganz ungeniert!“

Der Frau Landeshauptfrau darf ich schon ins Stammbuch schreiben, daß in diesem Sinne wirklich nur zu hoffen bleibt, daß sie als Mittäter auch nicht zum Opfer wird. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber, meine Damen und Herren, der Herr Landesrat Hirschmann hat sehr bewußt von dem großen Abkommen über die Objektivierung bei der Besetzung von Landesposten gesprochen.

Es gibt aber auch noch Richtlinien vom 7. Dezember 1994 über die Bewertung, Bericht und Entscheidung. Ich erspare Ihnen das jetzt, dies zur Verlesung zu bringen, aber der Inhalt ist so viel, daß sehr wohl daraus zu ersehen ist, daß auf Grund des Hearings ein Auswahlverfahren, eine Empfehlung – die Kommission hat sogar das Vorschlagsrecht an die Landesregierung –, daß das zu erfolgen hätte. Es müßte sogar einen Bericht des Personalreferates geben. Aber das gibt es ja nicht!

Die großkoalitionäre Handhabung dieser Objektivierungsrichtlinien schaut so aus, daß der eine nicht bestellt werden kann, weil er ganz einfach zu gut ist, der andere, weil er gut genug ist, und der dritte, weil er erst gar nicht zum Hearing kommt.

Man könnte gerade bei letzterer Vorgangsweise schon den Eindruck gewinnen, daß nicht der Bewerber selbst die Bewerbung eingereicht hat, sondern diese von der Sozialdemokratischen Partei eingereicht worden ist.

Durch diese Bestellung hat man all jenen, die sich diesem Hearing unterzogen haben, öffentlich Rufschädigung zugefügt, und man hat sie pauschal abqualifiziert. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber, meine Damen und Herren, und gerade wir hier in der Politik, wir müßten uns dessen bewußt sein, es handelt sich um Beamte, die gut und nach bestem Wissen und Gewissen hier ihre Arbeit im Land und für das Land getan haben, und das über mehrere Jahrzehnte hinweg.

Und wissen Sie, was dem Faß fast den Boden ausschlägt? Daß man dann von verantwortlicher politischer Seite nicht einmal den Mut hat, sie in Kenntnis zu setzen, daß der politische Wille ein anderer war, sondern daß all jene, die sich diesem Hearing stellen mußten, aus den Medien erfahren haben, daß sie zu dumm sind für diese Funktionen. Und das, das ist jetzt menschenverachtend! (Abg. Dr. Lopatka: „Auch FPÖ-Mitarbeiter sind Menschen!“)

Ja, ich sage es dir, Kollege Lopatka, so geht man mit Menschen nicht um, und Beamte sind nun auch einmal Menschen.

Aber, Herr Landeshauptmannstellvertreter, dir wünsche ich, daß diese letztgenannte Bestellung (Abg. Dr. Wabl: „Er ist schon fort!“) – das ist ganz egal, er wird mich sicher hören –, ich wünsche es ihm nur, daß der, der von ihm bestellt worden ist, das gleiche Verhalten bei Dienstantritt an den Tag legt, wie er es bei der Bestellung an den Tag gelegt hat, daß er nämlich gleich gar nicht kommt. Damit würde es sich unser Landeshauptmannstellvertreter auch ersparen, daß er selbst die Weisungen unterschreiben muß, und damit möglicherweise weniger Zeit findet, die zarten koalitionsären Bande zu pflegen, natürlich immer im egoistischen Sinn der Emanzipationsbestrebungen.

Warum das so ist, meine Damen und Herren? Das hat heute kein einziger Redner angeschnitten. Der Landesverfassungsdienst des Landes Steiermark hat sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, und das nicht zum ersten Mal, daß in solch gelagerten Fällen die Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes aus 1925 anzuwenden sind. Und hier ist es die Nummer 289, der Paragraph 2 Absatz 3, denn hier heißt es: „Abteilungen und Gruppen stehen Beamte des Amtes der Landesregierung vor.“ In der politischen Willkür scheint der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner jedoch kein Hindernis zu sehen. Das kennen wir ja auch schon. Denn für ihn scheint es keine Grenzen zu geben. Denn Verfassungen sind dazu da, daß man sie so interpretiert, wie sie einem gerade in den Kram passen. Und weil der Herr Landeshauptmannstellvertreter heute schon einmal von Leitprojekten gesprochen hat, ich glaube, er hat es mit den „Lights“, aber jetzt sage ich leicht, mit den „Light-Ver-

fassungen“ und deren Umgang. (Abg. Dr. Karisch: „Leid oder light?“) Er leidet nicht darunter, das darf ich klarstellen.

Aber es geht ja auch noch um diese sogenannten und heute erwähnten 110.000 Schilling, und Landesrat Hirschmann sagt ganz klipp und klar „das ist alles miteinander, da erwachsen dem Land keine Kosten mehr“. Eine Frage, als einer, der die Rechtslage nicht kennt, Herr Landesrat, wie schaut es denn mit dem Arbeitgeberbeitrag Lohnsteuer aus, und wie schaut es denn bei der Sozialversicherung aus?

Ich sage Ihnen eines, das Maß ist voll. Ihnen sicherlich nicht voll genug, das wissen wir schon, sonst würden Sie nicht so agieren. Aber wie Sie jetzt in weiterer Folge agieren ist, daß Sie Ihre politische Zusammengehörigkeit, weil Sie ja einander kein Vertrauen mehr schenken, über Verträge, die in der KAGES geschlossen werden, die Brautjungfern, die zwei Geschäftsführer der KAGES, der eine rot, der andere schwarz, ihre Bande bis ins Jahr 2002 hinüberretten wollen. Also, ich muß eines sagen, selbstverständlich auch wieder nach dem Gleichheitsgrundsatz „bissel rot, bissel schwarz, gemeinsam werden wir es schaffen“, siebenundzwanzigmal in einer Rede am 23. Jänner dieses Jahres. Gemeinsam ÖVP und SPÖ hätte vielleicht damals richtigerweise hinzugefügt werden müssen. (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist eure neue Bibel!“ – Abg. Dr. Karisch: „Gemeinsamkeit ist nichts Schlechtes!“)

Frau Kollegin, sonst müßte ich wieder die ÖVP pflanzen, und ihr tut mir heute eh schon ein bißchen leid. (Abg. Dr. Karisch: „Wir brauchen Ihnen nicht leid zu tun!“)

Gerade im Bereich der KAGES hat Herr Landesrat Dörflinger seinem gesundheitspolitischen Selbstverständnis wirklich Ausdruck verliehen und das eindringlich unter Beweis gestellt, indem er im ersten Anlauf ja schon Schiffbruch erlitten hat.

Jetzt horcht's einmal zu, denn er schreibt in der „Grazer Zeitung“ den gemeinsamen ärztlichen Leiter von Judenburg und Knittelfeld aus. Doch bevor das Ausschreibungsprofil in der Zeitung überhaupt noch in die Öffentlichkeit gelangt, stellt sich sein Parteikollege Primarius Stadler im Knittelfelder Gemeinderat als der zukünftige Leiter der Landeskrankenhäuser Judenburg und Knittelfeld vor. Dem lieben Günter kann ich nur sagen, für das Vorhaben, die Gesundheitsversorgung in Judenburg und Knittelfeld zu zerstören, wünsche ich ihm mit voller Überzeugung, und das im Sinne der Bürger, den gleichen Schiffbruch, den er bei der ersten gemeinsamen Leiterbestellung erlitten hat. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, aber die Doppelbödigkeit, die Sie hier an den Tag legen, ist ja die, daß Sie die Grundfeste der Demokratie mit Füßen treten, und heucheln gleichzeitig wieder um die Gunst des Wählers. Sie binden Ihre Günstlinge willkürlich in die von Ihnen geschaffenen und noch zu schaffenden Selbstbedienungsläden ein, in der Hoffnung, daß die Bürger dieses Landes in fünf Jahren das ohnedies wieder vergessen haben. (Abg. Dr. Lopatka: „Warum in fünf Jahren?“)

Sie gehen mit den menschlichen Wertigkeiten um, denn die Art, wie Sie Posten vergeben, das kann ich

schon sagen, da scheint es einige Modalitäten zu geben. Erfordernis Nummer eins, mehr rot als schwarz, Erfordernis Nummer zwei, man darf nicht in der Landesverwaltung sein, Erfordernis Nummer drei, nicht die Qualifikation des Bewerbers, sondern die Gunst des politischen Referenten ist ausschlaggebend. Geben Sie es zu, und Herr Landesrat Hirschmann hat es ja schon zugegeben, nur hat er es als Fraktionsabsprache bezeichnet. Geben Sie zu, daß Sie mit den Geschenken, die die gemeinsame Freundschaft erhalten, rot und schwarz, daß Sie an diesen festhalten. Geben Sie ein ehrliches Bekenntnis für die Hochkonjunktur der Parteibuchwirtschaft ab. (Beifall bei der FPÖ.)

Tun Sie das doch, machen Sie das nicht hinter dem Rücken! Und eines, und das sollte Sie jetzt alle doch ein bißchen bedenklich machen. (Abg. Schrittwieser: „Das ist nur, weil ihr nicht dabei seid!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Wer hat denn ein Parteibuch von denen? Hat der Vujica ein Parteibuch, hat der Kriesche ein Parteibuch, hat der Chibidziura ein Parteibuch?“) Lopatka, du hast mit Sicherheit eines. Aber Kollege Lopatka, ich würde dich bitten, deiner Chefin und verehrten Landeshauptfrau doch eines zu bestellen. Ich habe nämlich am 23. Jänner dieses Jahres sehr gut aufgepaßt, und der altehrwürdige Landeshauptmann Krainer hat der Frau Landeshauptmann ein Vermächtnis übergeben, und dieses Vermächtnis hat – und das hat die Frau Landeshauptfrau zitiert – geheißen: „Mach es gut, es ist unsere Heimat!“ (Abg. Dr. Lopatka: „Es heißt Frau Landeshauptmann!“) Ja, weißt du, ich bin heute so weiblich! (Präsident: „Herr Abgeordneter, ich sage Ihnen nur, daß Sie vorsichtig mit Ihrer Zeit umgehen müssen, zwei Minuten haben Sie noch!“) Sie geben mir noch zehn Sekunden, und ich habe es geschafft. (Präsident: Zwei Minuten gebe ich Ihnen sogar!“) Das ist großartig, folgedessen, Kollege Lopatka, kannst du wieder zwischenrufen.

Aber denkt's ein bißchen nach über die Worte als Vermächtnis: „Mach es gut, es ist unsere Heimat!“ Aber eines sage ich euch auch, es war nicht damit gemeint, daß Sie alles zerstören, was Krainer in den letzten Jahren aufgebaut hat. (Heiterkeit bei der SPÖ.)

Eines sage ich auch, Klasnic hat noch gesagt, „über die Vergangenheit nachdenken, um in der Gegenwart und Zukunft Erreichtes zu erhalten“, das waren ihre Worte. Schall und Rauch! Und das sind eure Bestrebungen hinsichtlich der Objektivierung. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 18.34 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wir haben abzustimmen über den Beschlußantrag von fünf FPÖ-Abgeordneten. Er ist ordnungsgemäß unterzeichnet und liegt schriftlich vor. Er ist Ihnen bekannt, die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger hat ihn vorgetragen.

Wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Hartinger, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Schreiner und Schinnerl, betreffend Bestellung von Spitzenpositionen, zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Das ist die Minderheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 7. Ich übergebe meinem Kollegen Dr. Strenitz den Vorsitz.

Präsident Dr. Strenitz:

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 199/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 1996 (2. Bericht für das Rechnungsjahr 1996).

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (18.35 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf berichten, daß am 18. März 1996 eine dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene überplanmäßige Ausgabe von 27,050.000 Schilling beim Ansatz „Förderungsbeitrag an die Österreichische Hagelversicherungsanstalt“ durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurde. Dieser Mehraufwand wurde bedeckt durch die Entnahme aus der Investitionsrücklage, eben 27,050.000 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der zweite Bericht für das Rechnungsjahr 1996 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der Vorlage angeführten überplanmäßigen Ausgabe im Betrag von 27,050.000 Schilling wird zur Kenntnis genommen und genehmigt. (18.37 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine Wortmeldung liegt nicht vor dazu. Doch, Sie Frau Abgeordnete? Dann haben Sie das Wort!

Abg. Keshmiri (18.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Es ist ein großes Manko, daß der Landtag bei Ausgaben, die im Budget nicht vorgesehen sind, kein Mitspracherecht hat, und wir glauben, daß diesbezüglich der Landtag gestärkt werden muß. Deswegen möchte ich einen Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Brunner, Margit Keshmiri, Dr. Wabl, Mag. Zitz, betreffend die Stärkung der Budgethoheit des Landtages, einbringen.

Ein Herzstück parlamentarischer Demokratie ist die Budgethoheit eines Parlaments. Paragraph 32 des Steiermärkischen Landesverfassungsgesetzes 1960 ermächtigt die Regierung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben, ohne inhaltliche Determinierung. Dies kommt einer Aufgabe der Budgethoheit des Landtages gleich. Die Bundesverfassung kennt den Artikel 51 a, ebenfalls Ermächtigungen zu außerplanmäßigen und überplanmäßigen Ausgaben. Die Ermächtigungen sind jedoch inhaltlich determiniert, Ermächtigungen zu gravierenden überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben überdies an das Einvernehmen mit dem zuständigen Nationalratsausschuß gebunden. Eine analoge Bestimmung wie in der Bundesverfassung soll zwecks Stärkung der Budgethoheit des Landtages auch in die Landesverfassung Eingang finden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag eine Novelle zu Paragraph 32 Absatz 2 des Steiermärkischen Landesverfassungsgesetzes 1960 des Inhaltes vorzulegen, daß erstens außerplanmäßige und überplanmäßige Ausgaben durch die Landesregierung inhaltlich ausreichend determiniert und zweitens wesentliche außerplanmäßige und überplanmäßige Ausgaben durch die Landesregierung an das Einvernehmen des Finanz-Ausschusses des Landtages gebunden werden. Ich ersuche um Unterstützung. Danke! (18.39 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr liegt tatsächlich keine weitere Wortmeldung mehr vor.

Wir werden über den von der Frau Abgeordneten Keshmiri vorgelegten Antrag abstimmen. Zunächst lasse ich aber abstimmen über den Antrag der Frau Berichterstatterin.

Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten Brunner, Keshmiri, Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend die Stärkung der Budgethoheit des Landtages, zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 202/1, betreffend die Bereitstellung der dritten und vierten Tante von jeweils 30 Millionen Schilling in den Landesvoranschlägen 1998 und 1999 im Zusammenhang mit der Finanzierung des Projektkostenzuschusses an die Firma AMS Austria Mikrosysteme International in Höhe von insgesamt 120 Millionen Schilling.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kurt Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (18.40 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mit Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung vom 13. Mai 1996 wurde der Firma AMS Austria Mikrosysteme International zur teilweisen Finanzierung des 8-Zoll-WAFER-Projektes ein Projektkostenzuschuß in Höhe von 120 Millionen Schilling zugesichert, zahlbar in vier Tranchen zu je 30 Millionen Schilling in den Jahren 1996 bis 1999.

Dazu wurde im Rahmen der vorliegenden Budgets 1996 und 1997 jeweils eine überplanmäßige Ausgabe von 30 Millionen Schilling mit Bedeckung durch zusätzliche Darlehensaufnahmen im Sinne der Ermächtigung gemäß Punkt 8 der Landtagsbeschlüsse zu den Landesvoranschlägen 1996 und 1997 genehmigt.

Die Sicherstellung der Finanzierung der Tranchen 1998 und 1999 von ebenfalls jeweils 30 Millionen Schilling wäre vom Steiermärkischen Landtag zu genehmigen.

Ich stelle daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Für die Finanzierung des Projektkostenzuschusses an die Firma AMS Austria Mikrosysteme International in Höhe von insgesamt 120 Millionen

Schilling ist für die Bereitstellung der dritten und vierten Tranchen in den Landesvoranschlägen 1998 und 1999 jeweils ein Betrag von 30 Millionen Schilling vorzusehen.

Ich ersuche um Annahme! (18.41 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 203/1, betreffend Landeskrankenhaus Graz 2000, Verlegung der Stiftingtalstraße, Grund- beziehungsweise Objektseinelösung Vallant.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kurt Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (18.41 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Landtag hat den ersten Teil am 25. April bereits zustimmend zur Kenntnis genommen, nunmehr wäre der vom Krankenanstaltenressort zu übernehmende Anteil der Gesamtentschädigung in der Höhe von 1.840.000 Schilling zu genehmigen und zu diesem Zweck zu Lasten der neu zu eröffnenden Voranschlagsstelle 5/840113-0001 „Ankauf eines Grundstückes für das Landeskrankenhaus Graz“ ein Betrag in gleicher Höhe freizugeben.

Da auf dieser Voranschlagsstelle Haushaltsmittel in der Höhe von 780.000 Schilling zur Verfügung stehen, wäre eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 1.060.000 Schilling bei diesem Ansatz zu genehmigen. Die Bedeckung könnte durch die Heranziehung von Rücklagenmitteln in gleicher Höhe bei der Voranschlagsstelle 5/552013 „Landeskrankenhaus Rottenmann – Ausbau“ erfolgen.

Die Steiermärkische Landesregierung hat daher in ihrer Sitzung vom 10. Juni 1996 zur Tragung des auf das Krankenanstaltenressort entfallenden Kostenanteiles an der Entschädigung für die Grundbeziehungsweise Objektseinelösung im Zuge der Verlegung der Stiftingtalstraße einen Betrag von 1.840.000 Schilling zu Lasten der Voranschlagsstelle 5/840113, davon 1.060.000 Schilling als außerplanmäßige Ausgabe, bedeckt durch die Heranziehung von Rücklagenmitteln bei der Voranschlagsstelle „Landeskrankenhaus Rottenmann – Ausbau“, genehmigt.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Im Zuge der Verlegung der Stiftingtalstraße wird im Rahmen des Großbauvorhabens Landeskrankenhaus Graz 2000 zur Tragung des Kostenanteiles an der Entschädigung für die Grund- beziehungsweise Objektseinelösung VALLANT ein Betrag von 1.840.000 Schilling zu Lasten der Voranschlagsstelle 5/840113, davon 1.060.000 Schilling als außerplanmäßige Ausgabe, bedeckt durch die Heranziehung von Rücklagenmitteln bei der Voranschlagsstelle 5/552103, genehmigt. Ich ersuche um Annahme. (18.44 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich die Frau Abgeordnete Zitz gemeldet. Ich bitte sie zum Rednerpult.

Abg. Mag. Zitz (18.44 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Dieses Stück, das uns vorliegt und das auf den ersten Blick sehr unverfänglich aussieht als eine Regierungsvorlage zu einer Objektveräußerung, hat einen eminent verkehrspolitischen Hintergrund.

Man plant, mit der Veräußerung dieses Grundstückes an der Stiftingtalstraße eine überdimensionierte Parkgarage zu schaffen, die pro vier Betten des neu zu entwickelten LKH 2000 jeweils die Möglichkeit gibt, sich auf einem Parkplatz breitzumachen.

Aus grüner Sicht sind wir selbstverständlich gegen diese Objektveräußerung, und zwar einfach deswegen, weil indirekt über Mittel der Wohnbauförderung, in diesem Fall sogar über Mittel aus dem Gesundheitsressort, nämlich vom Bund und vom Land, eine Art von Mobilität vorangetrieben wird, die aus unserer Sicht nicht verantwortbar ist. Wir sind dagegen, daß diese Grundstücksveräußerung durchgeführt wird. Wir wären sehr wohl dafür, daß man für das LKH 2000 ein entsprechendes Verkehrskonzept für diese Region Stiftingtalstraße – ich habe das heute schon gesagt –, Laßnitzhöhe bis nach Feldbach, weil es sehr viele Einpendler und Einpendlerinnen gibt, in Auftrag gibt. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 18.45 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist angenommen.

10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 206/1, betreffend Steiermärkische Landesforste, Säge Gstatterboden, endgültige Schließung sowie Abverkauf von Maschinen und Förderanlagen zu einem voraussichtlichen Erlös von zirka 2,7 Millionen Schilling, Vereinnahmung zugunsten Voranschlagsstelle 2/866028-0200.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Siegfried Ussar. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ussar (18.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Steiermärkische Landesforste, Säge Gstatterboden, endgültige Schließung sowie Abverkauf von Maschinen und Förderanlagen zu einem voraussichtlichen Erlös von zirka 2,7 Millionen Schilling, Vereinnahmung zugunsten der hier genannten Voranschlagsstelle.

Schon im Oktober 1992 wurde der Betrieb des Sägewerkes Gstatterboden der Steiermärkischen Landesforste aus betriebswirtschaftlichen Gründen seitens der Landesforste vorläufig stillgelegt.

Ich darf feststellen, daß der Betriebszweig Säge schon immer ein besonderes Problem dargestellt hat, da dessen Verluste nur in guten Jahren durch höhere

Erlöse aus anderen Betriebszweigen ausgeglichen werden konnten. Auf Grund der regional- und arbeitsmarktpolitischen Bedeutung hat aber der Eigentümer Land immer wieder durch verschiedenste Maßnahmen, wie Reduzierung des Personals auf die Hälfte, Spezialschnitte für Kleinkunden, und letztlich auch durch den Umbau und die Modernisierung der Säge noch im Jahre 1990 versucht, die Verluste soweit als irgendetwas möglich zu drücken, um damit den Betrieb am Leben zu erhalten.

Die Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen, die also auch vom Rechnungshof angeregt wurden, und welche die Chance einer besseren Vermarktung und damit die Erhaltung – was sehr wichtig gewesen wäre – von Arbeitsplätzen zum Ziel gehabt haben, konnten zwar den Betriebsabgang weiter vermindern, die vorgenannten Ziele wurden jedoch nicht erreicht. Es war hier auch eine Folge der Entwicklungen auf dem Holzmarkt.

Auch weiter angestellte Bemühungen, den Sägebetrieb zu verpachten, schlugen fehl, da Interessenten dann ihre Angebote zurückgestellt haben.

Es wurde dann verlangt, daß die Landesforste ein Konzept vorlegen. Das wurde nicht vorgelegt. Vielmehr stellt nun die Direktion der Landesforste den Antrag, den Sägebetrieb in Gstatterboden endgültig stillzulegen und die vorhandenen Maschinen und Förderanlagen zu verkaufen.

Ich darf also den Antrag stellen, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der endgültigen Schließung des Sägewerkes Gstatterboden der Steiermärkischen Landesforste sowie dem Abverkauf der vorhandenen Maschinen und Förderanlagen wird zugestimmt, wobei der zu erwartende Erlös in der Höhe von zirka 2,7 Millionen Schilling zugunsten der genannten Voranschlagsstelle zu vereinnahmen ist. Ich bitte um Annahme. (18.48 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist angenommen.

11. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 141/1, betreffend die Präsentation eines Berichtes über die Lage der behinderten Menschen (Behindertenplan) in der Steiermark.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (18.49 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Steiermärkische Landtag hat in seiner XII. Gesetzgebungsperiode die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, dem Landtag einen Bericht über die soziale Lage von behinderten Menschen – Behindertenplan in der Steiermark – zur Kenntnisnahme vorzulegen. Dieser Antrag wurde seinerzeit wie folgt begründet:

„Der Stand der gesellschaftlichen Integration von behinderten Menschen sowie deren soziale Lage

können als Gradmesser der gesamtgesellschaftlichen Humanität und Toleranz angesehen werden.

Aus diesem Grunde wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, einen umfassenden, zukunftsweisenden Bericht über die Lage der behinderten Menschen in der Steiermark dem Landtag vorzulegen, damit evaluiert werden kann, ob den Postulaten des bestehenden Behindertengesetzes realiter entsprochen wird. Andererseits könnte ein solcher Bericht auch darüber Aufschluß geben, ob und in welchen Bereichen eine Novellierung der bestehenden Rechtsvorschriften geboten erscheint.“

Die Landesregierung hat mit Beschluß vom 24. April 1995 ein Pflichtenheft als Vorschlag zur Erstellung des Behindertenplanes dem Hohen Landtag übermittelt.

In der Sitzung des Sozial-Ausschusses vom 13. Juni 1995 wurde dieser Bericht zwecks Parteienverhandlungen zurückgestellt, auf Grund derer der Antrag vom Sozial-Ausschuß mit dem Ersuchen, vorerst die Möglichkeiten zur Erhebung des Ist-Standes in der Durchführung des Steiermärkischen Behindertengesetzes bei den Bezirkshauptmannschaften beziehungsweise beim Magistrat Graz zu prüfen, sowie die damit in direktem Zusammenhang stehende EDV-mäßige Verfügbarkeit an Daten zu erheben, dieser wurde an die Landesregierung zurückverwiesen.

Die in der Zwischenzeit auftragsgemäß durch die Rechtsabteilung 9 mit der EDV-Koordinierungsstelle gepflogenen Erhebungen sind nunmehr abgeschlossen.

Auf Grund dieses Ergebnisses scheint es nicht zielführend, vorerst eine Erhebung des Ist-Standes in der Handhabung des Steiermärkischen Behindertengesetzes in Auftrag zu geben, da dies einerseits sehr kostenintensiv wäre und andererseits nach wie vor jegliche Grundlagen in der Definition des Begriffes „behindert“ fehlen. Somit ist es auch nicht möglich, exakte und ausreichende Vorgaben für die zu erfassenden Daten zu geben.

Im Hinblick auf die finanzielle Lage des Bundeslandes Steiermark wäre jedoch eine Behindertenplanung nicht nur wünschenswert, sondern von höchster Priorität.

Eine Vielzahl von Einzelgesprächen mit Wissenschaftlern, Fachleuten auf Beamtenebene, Behinderten und Behindertenorganisationen hat ergeben, daß das bereits seinerzeit vorgelegte Pflichtenheft für den Steirischen Behindertenplan, welches das grundsätzliche Procedere zur Erarbeitung eines solchen Planes darlegt, nach wie vor den effizientesten und zielführendsten Weg für die Errichtung beziehungsweise Erstellung des Behindertenplanes darstellt. Dies wurde auch von den Behindertenorganisationen in mehrfachen öffentlichen Kundgebungen, zum Beispiel der Aktion „Plan-Los“, deutlich zum Ausdruck gebracht, wo vor allem die Sinnhaftigkeit dieser „rollierenden Planung“ immer wieder unterstrichen wurde.

Auf Grund des Pflichtenheftes soll der „Steirische Behindertenplan“ ein modulares Planungswerk sein. In Abweichung vom Pflichtenheft soll keine Fixierung auf einen bestimmten Zeitrahmen vorgenommen werden, sondern es sollen je nach Bedarf einzelne Aktionsbereiche fertig abgearbeitet und umgesetzt

werden. Jedes Modul ist den Vergaberichtlinien entsprechend auszuschreiben und zu vergeben.

Als erste Aktionsbereiche werden neben der grundsätzlichen Abklärung beziehungsweise Definition des Behindertenbegriffes auf Grund von Situationsanalysen und Dringlichkeiten die Module erstens Wohnen und zweitens Beruf vorzusehen sein.

Wohnen und Beruf sind für Integration und Selbstständigkeit von erwachsenen, behinderten Menschen zentrale Ausgangsbedingungen. Neben der generellen Zielplanung über den gesamten Planungszeitraum könnte deshalb mit dieser ersten Schwerpunktsetzung „Wohnen und Beruf“ ein wichtiges und gesellschaftlich sehr relevantes Startsignal für die steirische Behindertenplanung gesetzt werden. Der Themenschwerpunkt Beruf sollte vor allem auch im Hinblick auf Förderungsmöglichkeiten im Rahmen des europäischen Sozialfonds (ESF) so rasch als möglich einer entsprechenden Planung zugeführt werden.

Die im Pflichtenheft angeführte Kostenschätzung und Zeitplanung sind insofern zu relativieren, als die exakten Kosten, ein Zeitrahmen beziehungsweise der Auftragnehmer erst im Wege einer öffentlichen Ausschreibung ermittelt werden können. Die geschätzten Kosten von jährlich zirka 4 Millionen Schilling sind somit aus diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Darüber hinaus ist vorgesehen, die tatsächlich notwendigen Mittel je nach Ausschreibungsergebnis für ein Modul für das Budget zu beantragen.

Der Sozial-Ausschuß hat in seinen Sitzungen am 4. und am 25. Juni 1996 über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 141/1, betreffend die Präsentation eines Berichtes über die Lage der behinderten Menschen, „Behindertenplan“ in der Steiermark, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Sozial-Ausschuß stellt den Antrag, der Höhe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Präsentationen eines Berichtes über die Lage der behinderten Menschen (Behindertenplan) in der Steiermark, wird zur Kenntnis genommen und

zweitens, die Landesregierung wird aufgefordert, nachstehende Regelung vorzusehen: Der Obmann und der Obmannstellvertreter des Sozial-Ausschusses des Steiermärkischen Landtages werden ersucht, an den Sitzungen und Beratungen der Projektleitung und der drei Projektgruppen (Recht und Finanzen, Dienstleistungen, Ausbildung und Forschung) teilzunehmen oder einen Vertreter zu nominieren. Die im Landtag vertretenen Parteien, die nicht den Obmann oder Obmannstellvertreter entsenden, sind berechtigt, je einen Teilnehmer zu den drei Arbeitskreisen zu entsenden.

Ich ersuche um Annahme. (18.55 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Erste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Wicher. Ich bitte sie zum Rednerpult.

Abg. Wicher (18.55 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, Herr Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der steirische Behindertenplan beziehungsweise das dazugehörige Pflichtenheft soll hier und heute von

Ihnen beschlossen werden. Dieser Behindertenplan wurde und wird von Behindertenorganisationen vehementest schon seit langem gefordert. Es ist auch die Aktion „Plan-Los“, die ja bereits angesprochen wurde, sehr intensiv an dem Entwurf beziehungsweise an der Planung beteiligt gewesen und hat damit gezeigt, daß es für sie von großem Interesse ist, daß der Behindertenplan durchgeführt werden kann. Behindertenorganisationen setzen große Hoffnungen in den Behindertenplan.

Die Beratung beim Parteiengespräch beziehungsweise auch im Sozial-Ausschuß hat mir gezeigt, daß eine große Akzeptanz bei allen Beteiligten vorhanden ist, und ich denke, daß es auch keine Schwierigkeiten geben wird, daß der Behindertenplan hier im Hohen Haus beschlossen wird. Frau Landesrätin Rieder hat auf unsere Anfrage anlässlich des Parteiengesprächs zugesichert, daß die nötigen Mittel, die für die Erarbeitung des Behindertenplanes notwendig sind, zur Verfügung gestellt werden und auch in Zukunft zur Verfügung gestellt werden. Das ist für mich ganz besonders wichtig, denn ich möchte nicht erleben, wie das schon so oft mit verschiedenen Konzepten, mit neuen Wegen, mit Fachkommissionen passiert ist, daß sie im Endeffekt dann doch nicht durchgeführt wurden. Ob es vielleicht am Geld gemangelt hat oder daran, daß das Interesse in letzter Minute nachgelassen hat, das möchte ich nicht erleben. Ich habe nämlich im Laufe meiner Zeit schon viele Projekte erlebt, die strahlend aufgegangen sind und dann ganz leise verglüht sind. Es wäre für behinderte Menschen wirklich sehr enttäuschend, wenn das mit diesem Behindertenplan auch so sein sollte. Also hoffe ich, daß er einen guten Start haben wird und im Endeffekt auch viel Gutes für behinderte Menschen bringen kann.

Besonders bedeutsam ist für mich, daß entgegen dem ursprünglichen Vorschlag jetzt alle im Landtag vertretenen Parteien das Recht haben, an den Sitzungen der Projektgruppen teilzunehmen. Das ist für mich ein Zeichen an behinderte Menschen, daß es über Parteigrenzen hinweg einen Konsens gibt, wenn es um die berechtigten Anliegen behinderter Menschen geht.

Ich für meine Person will nicht in Anspruch nehmen, daß ich allein der Robin Hood bin, der die Anliegen von Behinderten zum eigenen Anliegen macht. Es gibt in allen Fraktionen sozial engagierte Menschen, denen das Wohl und das Beste für behinderte Menschen am Herzen liegt. Es mag sein, daß der Zugang dazu, was das Beste um das Wohl ist, vielleicht etwas verschieden ist.

Ich möchte gerne – und da biete ich mich Ihnen allen an – als Informantin dienen. Ich möchte als Informantin dafür dienen, was behinderte Menschen für sich selbst als das Beste erachten. Ich möchte – das verspreche ich Ihnen auch – so als eine Art „G'wissenswurm“ weiterarbeiten, um Mißstände aufzuzeigen, Mißbräuche aufzuzeigen und auch Härtefälle, die es sicherlich da und dort geben wird. Das will ich tun.

Das Baby ist jetzt unter ziemlich starken Wehen geboren. Es soll jetzt von Ihnen allen anerkannt werden, und jetzt liegt es an Ihnen, Frau Landesrätin, geeignete Zieheltern zu finden. Zieheltern in Form einer Projektleitung, einer geeigneten, einer guten,

einer exzellenten Projektleitung, die dieses Kind weiterbringt, daß es zu einem Erwachsenen wird und im Endeffekt für behinderte Menschen Gutes tun kann.

Ich möchte, weil wir Neuland betreten – wir machen einen Schritt auf Neuland –, und im gewissen Sinn ist es auch ein Balanceakt, und darum möchte ich bei den Artisten eine kleine Anleihe nehmen, und ich möchte sagen, „möge die Übung gelingen“. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 19.01 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Hartinger.

Abg. Mag. Hartinger (19.01 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Was heißt, behindert sein? Gibt es bei uns in Österreich eine Definition? Ich habe keine gefunden! In den anderen EU-Staaten gibt es die sehr wohl, zwar unterschiedlich, aber es gibt sie. Aber bei uns bleibt, wie in vielen Bereichen, die Zeit stehen. Wir alle negieren und verdrängen lieber das Problem. Solange man nicht betroffen ist, berührt es einen auch nicht. In Anlehnung eines Spruches: „Sie machen sich Sorgen über Sorgen, die nie ihre Sorgen sein werden.“

Die Frau Kollegin Wicher hat gesagt, daß sie sich für Informationen, wie man sich als Behinderte fühlt, und für die tragischen Schicksalsschläge, die sie in ihrem Kreis kennt, zur Verfügung stellt. Ich danke ihr dafür!

Es ist nämlich ein Problem in unserer Gesellschaft – generell –, über Krankheit, älter werden, sterben und behindert sein zu reden. Dies ist in der heutigen Konsumgesellschaft, in der nur ein strahlender, gesunder Mensch Erfolg verspricht, fast tabu.

Wir – und damit meine ich wir alle – haben die Aufgabe, gerade die von der Gesellschaft abgedrängten Menschen zu unterstützen.

Wie soll das aber beispielsweise eine alleinstehende Mutter mit ihrem behinderten Kind unter diesen Auswirkungen des Sparpaketes tun? Ach ja, ich habe ja vergessen, solange man nicht selber betroffen ist, berührt es einen nicht. Ich hoffe, es trifft morgen niemanden von uns!

Sparen bei einer Gruppe von Menschen, die sich kaum wehren können, ist leicht. Solange die Qualitätssicherung in der Behindertenhilfe gegeben wäre, könnte man noch von einer heilen Welt sprechen. Aber bei dem von Ihnen, Frau Landesrat Rieder, vorgestellten Maßnahmenkatalog zur Sicherung der strukturellen Qualität in der Behindertenhilfe, fehlen mir zwei ganz wichtige Steuerungsmechanismen.

Einerseits soll auf Grund einer medizinischen und/oder psychologischen Diagnose ein Bedürfnisprofil für den, wie man ihn bezeichnet, Klienten, also den Behinderten, analysiert werden. Andererseits stehen den Behinderten verschiedene Einrichtungen mit unterschiedlichem Versorgungsgrad zur Verfügung.

Eine optimale qualitative Versorgung wäre nur, wenn der Behinderte je nach Art seiner Erkrankung in die für ihn zugeschnittene Versorgungseinrichtung kommt. Diese optimale Steuerung erfordert aber auf der einen Seite genaue Abklärung der Diagnose, um die Förderungswürdigkeit abzuklären.

Sie denken hier an eine Diagnosestraße, wo verschiedene Fachexperten den Status der Behinderten festlegen. Nur eines, Frau Landesrat, die Kriterien, nach welchen dieser Status festgelegt werden soll, existieren noch nicht.

Der zweite Punkt ist die Typisierung der einzelnen Einrichtungen, zum Beispiel in Versorgungsstufen, von der Familie bis zum Pflegeheim. Auch diese fehlen.

Diese Kategorisierung würde nicht nur die Qualität und Transparenz erhöhen, sondern vor allem das System effizienter und damit kostengünstiger gestalten. Deshalb stellen die Abgeordneten Hartinger, Schinnerl, Keshmiri, Lopatka, betreffend Sicherung der strukturellen Qualität in der Behindertenhilfe, folgenden Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

erstens den Inhalt beziehungsweise die Kriterien für die obgenannte Diagnosestraße, um den Behindertenstatus abzuklären, festzulegen und

zweitens die bestehenden Versorgungseinrichtungen ebenfalls nach entsprechenden Kriterien zu typisieren, um eine effizientere Zuordnung der Behinderten zu ermöglichen. (Beifall bei der FPÖ. – 19.06 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Keshmiri.

Abg. Keshmiri (19.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Es freut mich, daß es bezüglich des Behindertenplanes einen Konsens gegeben hat von allen fünf Fraktionen und daß wir in der Steiermark hiermit eine Vorreiterrolle übernehmen. Es ist auch gut, daß mit zwei Hauptaugenmerkern, den Modulen „Wohnen und Arbeit“, begonnen wird.

Ich möchte jetzt kurz auf die Situation bezüglich der Arbeit von behinderten Menschen eingehen. Im Jahr 1995 zum Beispiel waren in der Steiermark 5000 behinderte Menschen als arbeitslos gemeldet. Das heißt unter anderem auch, daß zum Beispiel im Jahr 1994 von 1626 Dienstgebern nur 360 Dienstgeber tatsächlich behinderte Menschen eingestellt haben. Wir kennen natürlich alle den Grund dafür. Das sind zwei Kriterien, zum einen der Kündigungsschutz und zum anderen die Ausgleichssteuer, von denen die Dienstgeber Gebrauch machen.

Ich möchte daher in diesem Sinne einen Beschlußantrag einbringen, und zwar von den Abgeordneten Keshmiri, Brünner, Zitz, Wabl, Dietrich und Schinnerl, betreffend die Verbesserung der Arbeitsplatzsituation von behinderten Menschen.

Erhöhter Kündigungsschutz und die Möglichkeit, sich von der Verpflichtung zur Einstellung behinderter Menschen „freizukaufen“, führen zu einer zunehmend prekären Situation für die Betroffenen, für die es immer schwieriger wird, eine Anstellung zu bekommen. So waren 1995 allein in der Steiermark fast 5000 körper- oder sinnesbehinderte Menschen als arbeitslos vorgemerkt; die Dunkelziffer dürfte um einiges höher liegen. Von 1626 steirischen Dienstgebern mit Beschäftigungspflicht haben beispielsweise im Jahr

1994 nur 360 tatsächlich einen behinderten Menschen eingestellt.

Für die steigende Verschlechterung der Situation machen neben Arbeitsplatzexperten auch die Betroffenen selbst die Kombination „Freikauf und Kündigungsschutz“ verantwortlich. Da der Behinderten-Ausschuß auf Basis eines vorangehenden Ermittlungsverfahrens mit Bescheid zu entscheiden hat, ob einem Antrag auf Kündigung seitens des Arbeitgebers zugestimmt werden kann, stellt die Einstellung eines behinderten Menschen für jeden Betrieb ein großes finanzielles Risiko dar. Der Kündigung kann nämlich nur dann zugestimmt werden, wenn dem Arbeitnehmer eher der Verlust des Arbeitsplatzes als dem Arbeitgeber die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses zugemutet werden kann.

Es ist zu erwarten, daß angesichts der angespannten Wirtschaftslage immer mehr Betriebe durch die Zahlung der vorgeschriebenen Ausgleichstaxe dieses Risiko vermeiden werden und dadurch die Arbeitslosigkeit unter den Behinderten weiter ansteigen wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung zu ersuchen,

erstens im Rahmen einer Neuordnung des Behinderteneinstellungsgesetzes, die im Koalitionsabkommen 1996 für die Integration behinderter Menschen am Arbeitsplatz enthalten ist, eine Lockerung des Kündigungsschutzes vorzunehmen;

zweitens im Rahmen dieser Neuordnung die Ausgleichstaxen zu erhöhen oder den Zugang zu Freikaufsmöglichkeiten zu erschweren.

Ich ersuche im Sinne des Konsenses bezüglich des Behindertenplanes die Fraktionen auch in diesem Falle um ihre Unterstützung. Danke! (19.19 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zitz. Sie hat das Wort.

Abg. Mag. Zitz (19.09 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir sind nun mit einem Stück konfrontiert, das bereits in der letzten Legislaturperiode diskutiert worden ist und das jetzt endlich zu einer Abstimmung gebracht wird. Ich möchte dazu sagen, von der grünen Fraktion werden wir den Behindertenplan in der jetzt vorliegenden Version auf jeden Fall inhaltlich begleiten, nachdem wir „gnädigerweise“ die Möglichkeit haben, als eine der fünf Landtagsfraktionen auch in die Arbeitsgruppen einbezogen zu werden.

Ich möchte aber auf etwas anderes hinweisen, was mir auffällt. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist jetzt Viertel über sieben am Abend, und Ihnen ist wahrscheinlich aufgefallen, daß mehrere Personen bereits den Raum verlassen haben. Ihnen ist wahrscheinlich auch aufgefallen, daß die Themen, die jetzt noch zur Diskussion stehen, der Behindertenplan ist, anschließend wird es wahrscheinlich, so um neun Uhr herum, wie es eine Usance in diesem Hause ist, wieder einmal eine Abstimmung über das Behindertengesetz und über das Pflegegeldgesetz geben, und ein Thema, das auch am Tapet stehen wird, sind die Einsparungen im Universitätsbereich. Ich bin ziemlich schockiert

über die Disziplinlosigkeit von Abgeordneten, die es nicht geschafft haben, sich in diesem wohligen warmen Raum länger als zehn Stunden aufzuhalten und die jetzt bereits abgehaut sind. (Abg. Günther Prutsch: „Was ist das für eine Rederei?“)

Und ich glaube, daß die Klubobmänner und die Klubobfrauen aufgefordert werden sollten zu schauen, daß die Leute, die den Raum „auf Nimmerwiedersehen“ verlassen haben, zumindest in Kenntnis gesetzt werden, was bei der Behandlung dieses und der nächsten Stücke entschieden worden ist.

Ich möchte auch noch auf etwas zurückkommen, was mir sowohl bei dieser Diskussion zum Behindertenplan aufgefallen ist als auch bei der ersten Behindertendiskussion, die ich in diesem Landtag erlebt habe im Rahmen des Budgetlandtages, als das Behindertengesetz abgestimmt wurde.

Meine Worte sind jetzt speziell gerichtet an die Frau Kollegin Gross, an den nicht mehr anwesenden Christian Brünner, und ich selbst war auch eine der drei Rednerinnen, die es der Mühe Wert gefunden haben, sich am 23. April zu einer fatalen Novellierung des Behindertengesetzes hier an dieses Rednerpult zu begeben. Falls es Sie interessiert, wir haben damals insgesamt mit unseren drei Wortmeldungen genau 17 Minuten der wertvollen Zeit dieses Hohen Hauses „verbraucht“. Das Gesetz, das damals entstanden ist, diese Novelle, wird heute in den Erläuterungen dazu so beschrieben: „Durch ein redaktionelles Versehen verursacht“, muß dieses Gesetz heute, wahrscheinlich wieder um neun Uhr abends, wieder novelliert werden.

Ich glaube, das sagt aus, wie der Planungsprozeß, wie das inhaltliche Engagement und wie der Zugang zum Behindertenthema insgesamt in diesem Landtag wahrgenommen werden.

Ein zweiter Bereich, auf den ich eingehen möchte und der mich – Herr Lopatka, bitte schön? (Abg. Dr. Lopatka: „Kollegin Zitz, warum ist der Wabl abgehauen?“) Der Wabl kommt gleich wieder, davon bin ich überzeugt. (Abg. Dr. Lopatka: „Er ist abgefahren!“)

Er ist sicher nicht abgefahren, das wissen Sie ganz genau! Offenbar habe ich da einen sehr wunden Punkt getroffen, und das freut mich, auch wenn das eine qualvolle Art und Weise ist, Ihre Aufmerksamkeit auf dieses Thema zu ziehen.

Der zweite Punkt, auf den ich eingehen möchte, ist der, daß im Budgetlandtag bei der Wortmeldung der SPÖ zu diesem Tagesordnungspunkt speziell erwähnt worden ist, daß man hofft, daß die geschützten Arbeitsplätze vom Rückersatz ausgenommen werden. Die Kollegin Bachmaier-Geltewa hat damals von der realistischen Zahl von 2700 Personen gesprochen, die einen geschützten Arbeitsplatz in Anspruch nehmen. Das interessante ist, daß der größere Teil – willkommen, Martin Wabl – dieser Personen laut bestehenden Rückersatzrichtlinien verpflichtet werden, für Therapien, die sie in Anspruch nehmen, Rückersatz zu zahlen. Das heißt, die Worte der Frau Bachmaier-Geltewa sind innerhalb von ungefähr zwei Monaten durch ihre Kollegin Rieder insofern „Lüge gestraft“ worden, als genau dieser Gesetzesteil wieder einer Novellierung unterzogen werden mußte. Stichwort „redaktionelles Versehen“. Soviel zur Seriosität dieses

Landes im Behindertenbereich. Da liegt die Schuld nicht bei den Landesbeamten, sondern beim politisch Verantwortlichen.

Ein weiteres Thema, das ich jetzt auch dezidiert bei diesem Punkt, und nicht später, einbringen möchte: Es hat mich ziemlich gefreut, daß jetzt am Nachmittag Leute da waren, die einerseits im Behindertenbereich selbst arbeiten, und daß andererseits auch Vertreter und Vertreterinnen von der Hochschüler/innen/schaft von der Universität Graz da waren, weil diese in den letzten Monaten den Diskussionsprozeß um den Behindertenbereich mit Qualität begleitet haben. Die Auseinandersetzungen, die teilweise in diesem Hause gelaufen sind: Ich habe mir vorher die stenographischen Protokolle angeschaut, mit welcher „lustigen“ Wortmeldungen damals an jenem Abend Redner und Rednerinnen bedacht worden sind, die sich herausgenommen haben, ziemlich spät am Abend zu diesem Punkt noch zu reden.

Ich möchte jetzt noch auf die vorliegende Novelle zum Behindertengesetz eingehen. Ich gehe davon aus, daß diese mit dem Tagesordnungspunkt „Behinderterplan“ sehr gut zusammenpaßt, weil im Behinderterplan vorgesehen ist, daß ein wichtiger Bereich der Aktivitäten der Leute, die diesen Plan dann durchführen, darin besteht, diesen Behinderterplan auch mit einer Novellierung des Behindertengesetzes in Einklang zu bringen. Ich denke, diese Synergie, die entwickelt werden hätte können, ist bis jetzt nicht passiert. Und ich wünsche mir sehr, daß die Ergebnisse von diesen Arbeitsgruppen, vom Landtag, so ernst genommen werden, daß sie auch in den Gesetzeswerdungsprozeß einbezogen werden und daß wir es nicht wieder mit „redaktionellen Versehen“ zu tun haben, die für viele Leute in der Steiermark sehr, sehr hohe Kosten, und zwar Kosten nicht nur finanziell, sondern auch emotional, Kosten auch, was den Status von Behinderten betrifft, bedeuten.

Im Sozial-Ausschuß ist mir wieder aufgefallen, daß die Redner und Rednerinnen in erster Linie die Liberalen und die Grünen, und eine Kollegin sei namentlich speziell erwähnt, Frau Wicher von der ÖVP, waren. Von der SPÖ gibt es dazu seit Beginn dieser Legislaturperiode in diesem Raum keine Wortmeldung, außer die von der Berichterstatterin Frau Gross, von Frau Kollegin Dr. Geltewa und die der zuständigen Landesrätin Frau Dr. Rieder. (Abg. Gross: „In dem Bericht sind sämtliche Willenserklärungen drinnen, wenn Sie ihn genau durchlesen. Es geht um das Gesetz, und nicht um die Wortmeldungen!“)

Ich spreche jetzt über Wortmeldungen im Plenum zu diesem Bereich. Da hat sich die SPÖ bis jetzt auf eine Art und Weise bedeckt gehalten, die ich nur so definieren kann, daß der Bereich einer Landesrätin überlassen wird, die uns mit „redaktionellen Versehen“ beglückt, die offenbar im Zweimonatsrhythmus wieder novelliert werden müssen.

Nachdem in den letzten Monaten speziell die Richtlinien zum Rückersatz in Diskussion waren und speziell auch die Verfassungswidrigkeit dieser Richtlinien in Diskussion war, fällt mir auf, daß es im vorliegenden Entwurf, in dieser Novelle, die bald abgestimmt werden wird, keine Präzisierung des Begriffes „Richtlinien“ gibt, es keine Präzisierung des Begriffes „Rückersatz“ gibt und es keine Präzisierung des

Begriffes „Zuschuß“ gibt. Ich muß daraus schließen, daß man der Verwaltung, sowohl den Leuten im Land als auch den Leuten in den Bezirkshauptmannschaften, einen riesigen Auslegungsbereich voll in ihre hoffentlich sehr vertrauenswürdigen Hände gibt: Wie sie damit umgehen, wem sie einen Zuschuß zuerkennen, wen sie vom Rückersatz befreien und so weiter und so fort. Und ich habe das im Sozial-Ausschuß auch schon gesagt. Nachdem das eine meiner wenigen Gelegenheiten ist, zu diesem Thema zu reden, möchte ich es hier noch einmal machen.

Es ist bereits bekannt, daß es in einigen steirischen Gemeinden Leute gibt, die Kindern spezielle Therapien nicht mehr zukommen lassen, einfach auf Grund der Tatsache, daß sie das Gefühl haben, sie müssen irgendwann dafür wohl einmal Rückersatz zahlen.

Ein zweiter Bereich, auf den mich vorher noch ein Kollege im Zuschauerraum aufmerksam gemacht hat: Wie schaut es mit dem Rückersatz aus, wenn ich eine sehr gut verdienende Person bin – was die SPÖ ja immer wieder bei Eltern oder Ehegatten von behinderten Leuten ins Treffen geführt hat, übrigens auch die ÖVP, sehr geehrter Herr Kollege Lopatka, und auch der Kollege Schinnerl hat öfters in diese Richtung argumentiert. Wie schaut es aus, wenn ich eine sehr gut verdienende Person bin und im Monat 4000 Schilling Rückersatz zahlen müßte für die Sehfrühförderung meiner Tochter? Wenn aus irgendeinem Grund die Person, die diese Förderung durchführt, meiner Tochter nicht zur Verfügung steht, heißt das dann, daß ich einen Monat lang diesen Rückersatz nicht zahlen muß? Das heißt, allein aus administrativer Hinsicht ist diese Abwicklung extrem kompliziert. Was das an persönlicher Belastung für die betroffenen Leute bedeutet, glaube ich, haben Organisationen, die in dem Bereich arbeiten, beziehungsweise auch Strukturen, die plattformmäßig zu diesem Bereich arbeiten, bereits im letzten Jahr versucht, dem Landtag zu kommunizieren.

Ich glaube jedoch, der Behinderterplan ist ein erster richtiger Schritt. Aber was im Novellierungsbereich des Behindertengesetzes passiert ist und was heute abgestimmt werden muß, das ist für mich wieder ein Schritt hin in Richtung soziale Verunsicherung von Leuten, die ohnehin schon extrem diskriminiert werden. Danke schön! (19.20 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka.

Abg. Dr. Lopatka (19.21 Uhr): Ich möchte in aller Kürze drei Anmerkungen machen und eine Vorbemerkung.

Die Vorbemerkung: Es ist, um der historischen Wahrheit Genüge zu tun, nicht richtig, daß wir hier im Haus den Behinderterplan schon besprochen hätten, sondern in der letzten Legislaturperiode sind wir im Sozial-Ausschuß, und das war einhellig die Meinung, damals zur Erkenntnis gekommen, und wir haben damals geglaubt, daß es möglich ist, mit Daten aus der Landesverwaltung zu arbeiten, daß wir diese Erhebung abwarten wollen. Und dann ist durch die Vorverlegung einfach die Zeit davongelaufen. Es gibt heute hier niemanden und keine Fraktion, die nicht für

einen Behindertenplan ist.

Ich möchte aber drei Bitten wiederholen, die von unserer Seite schon bei den Parteienverhandlungen gekommen sind. Diese Bitten haben Erfahrungen aus der Vergangenheit zur Grundlage.

Der erste Punkt: Ich bitte Sie, Frau Landesrat, im Gegensatz zu bisherigen Studien, die gemacht worden sind, zum Beispiel auch zur letzten Studie, die bei Öbig in Auftrag gegeben worden ist, die freien Träger früher und besser einzubinden bei diesem Behindertenplan.

Die zweite Bitte: Sie haben uns bei den Verhandlungen zugesagt, bevor Sie dann den Zuschlag geben nach der Ausschreibung für die Projektleitung, daß nochmals die fünf Parteien – das Verhandlungsteam, das hier mit Ihnen in den Beratungen war – davon informiert werden. Ich ersuche Sie in dem Zusammenhang, daß man vor allem darauf Wert legt, daß diejenigen, die die Projektleitung haben, dann auch die notwendigen Kenntnisse von der Steiermark haben, denn es ist ganz wichtig, daß hier unsere Spezifika von der Steiermark bei so einem Behindertenplan entsprechend berücksichtigt werden.

Und die dritte Bitte: Ich glaube, es ist sehr wichtig, daß der gesamte Landtag über diesen Fortschritt in der Arbeit im Behindertenbereich in regelmäßigen Abständen informiert wird. Das soll jetzt nicht so oft sein, aber ich glaube, es wäre ganz gut, wenn alle zwei Jahre hier im Landtag dann auf Grund dieses Behindertenplanes auch ein Bericht darüber gegeben werden könnte, was dieser Behindertenplan bewirkt.

Wir haben schon viele Pläne, aber das Entscheidende ist dann, was uns hier gemeinsam an Umsetzung gelingt.

Das waren die drei Bitten. Ich vertraue der Frau Landesrätin, und daher werden wir keinen Beschlußantrag einbringen. Ich glaube, daß wir hier ja alle an einem gemeinsamen Strang ziehen und alle auch in eine Richtung ziehen.

Das waren meine drei Bitten, ich bitte Sie, Frau Landesrätin, diese auch zu erfüllen. (Beifall bei der ÖVP. – 19.23 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Die Frau Landesrätin hat das Schlußwort.

Landesrätin Dr. Rieder (19.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich danke vorerst einmal für Ihre Wortmeldungen, so differenziert sie auch gewesen sein mögen, aber Sie haben damit zum Ausdruck gebracht, daß Sie Probleme und Anliegen behinderter Menschen ernst nehmen. Sie haben damit aber auch zum Ausdruck gebracht, daß Sie dem vorliegenden Behindertenplan Ihre Zustimmung erteilen werden, worüber ich mich sehr freue, nachdem der erste Versuch im Vorjahr gescheitert ist, wenn auch im Landtag keine Debatte über diesen ersten Antrag durchgeführt wurde.

Der Behindertenplan ist deshalb notwendig geworden, weil das Steiermärkische Behindertengesetz bereits über 30 Jahre alt ist und die darin angebotenen Hilfen für behinderte Menschen, allein auf Grund des Zeitablaufes, eines Überdenkens bedürfen. Man

darf auch die gesellschaftliche Entwicklung in diesen 30 Jahren nicht außer den Augen lassen. Ich glaube daher, daß aus diesen zwei Überlegungen der Behindertenplan notwendig ist. Er ist aber auch notwendig, weil die finanzielle Situation des Landes, wie auch jene der Sozialhilfeverbände, angespannt ist und wir mit diesem Behindertenplan erreichen werden, daß die vorhandenen und zur Verfügung stehenden Mittel optimal eingesetzt werden können und den davon betroffenen Menschen wirklich eine Besserung bringen können.

Ich freue mich aber auch, daß dieser Behindertenplan auf Wunsch der Behindertenorganisationen zum Tragen kommen wird, und ich werde dafür Sorge tragen, daß die Behindertenorganisationen weitgehendst in die Erstellung dieses Behindertenplanes eingebunden werden. Ich hoffe aber auch, daß andererseits die Behindertenorganisationen entsprechend mitwirken bei dieser Erstellung des Behindertenplanes. Er wird sich, wie schon heute angesprochen wurde, aus verschiedenen Modulen zusammensetzen. Diese Module werden sein: Arbeit und Wohnen für behinderte Menschen, wobei diese einzelnen abgeschlossenen Module in ihrer Gesamtheit dann den Steiermärkischen Behindertenplan repräsentieren werden. Mich freut es auch, feststellen zu können, daß die Art und Weise, wie dieser Behindertenplan in Angriff genommen wird, der erste dieser Art in Österreich sein wird.

Wenn Sie, Herr Abgeordneter Lopatka, Ihre drei Wünsche geäußert haben, so haben wir das ja im letzten Fraktionsgespräch bereits deponiert und besprochen. Eine Information an den Landtag muß selbstverständlich ergehen und wird ergehen. Vor allem wird es ja wahrscheinlich notwendig sein, Novellen zum Steiermärkischen Behindertengesetz vorzubereiten.

4 Millionen Schilling habe ich im Budget für das Jahr 1996, Frau Abgeordnete Wicher, 4 Millionen Schilling habe ich im Budget für das Jahr 1997 vorgesehen, zusammen 8 Millionen Schilling. Ich glaube, das sind Beträge, mit denen man den Behindertenplan wirklich und wirkungsvoll in Angriff nehmen kann. Vorgesehen ist, und darum freue ich mich, daß die Beschlußfassung heute erfolgt, daß die Ausschreibung, die EU-weit erfolgen muß, noch jetzt während des Sommers erfolgen kann, und ich hoffe dann, daß die Vergabe im Herbst nach einem Gespräch mit den Fraktionen erfolgen kann, so daß Ende des Jahres die ersten Arbeiten aufgenommen werden können.

Frau Abgeordnete Hartinger, wenn ich Sie noch ansprechen kann. Ich freue mich, daß Sie erkannt haben, daß das von mir vorgestellte Projekt der Qualitätssicherung ein besonders qualitätsvolles ist. Auch das wird das österreichische Projekt dieser Art werden. Ich freue mich über Ihre Unterstützung. Ich würde mich noch mehr freuen, wenn Sie mir helfen, daß mir vom Personalreferenten auch das entsprechende Personal zur Verfügung gestellt wird, damit ich das von Ihnen vorgeschlagene Vorhaben schneller umsetzen kann. Auch mir würde daran liegen. (Abg. Schinnerl: „Landesrat Hirschmann ist zuständig!“)

Habe ich gemeint, Personalreferent. Danke, er ist nicht hier, aber er wird es sicherlich hören.

In diesem Sinn danke ich für Ihre Aufmerksamkeit zur späten Stunde und hoffe, daß die Beschlußfassung einstimmig erfolgt. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. - 19.28 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir nehmen nunmehr drei Abstimmungen vor. Zunächst die Abstimmung über den Antrag der Frau Berichterstatterin Gross.

Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, ersuche ich um Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Wer dem Antrag der Abgeordneten Mag. Hartinger, Schinnerl, Keshmiri und Dr. Lopatka, betreffend Sicherung der strukturellen Qualität in der Behindertenhilfe, die Zustimmung gibt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Das ist die Mehrheit.

Wir kommen zum Antrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dietrich und Schinnerl, betreffend die Verbesserung der Arbeitsplatzsituation von behinderten Menschen. Wer diesem Antrag zustimmt, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist nicht die Mehrheit. Dieser Antrag ist nicht angenommen.

16. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 233/1, Beilage Nr. 30, Gesetz, mit dem das Behindertengesetz geändert wird.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross.

Bevor es allfällige Wortmeldungen gibt, erinnere ich an die Verfassungsbestimmung, daß die Anwesenheit der Hälfte der Abgeordneten notwendig ist. Ich bitte, die Buffetbesuche etwas aufzuschieben.

Frau Abgeordnete, bitte.

Abg. Gross (19.30 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Regierungsvorlage sieht eine Novelle zum Behindertengesetz vor. In diesem Gesetz ist der Ersatz für Aufwendungen für alle Leistungen in der Behindertenhilfe vorgesehen. Es wäre demnach auch für den Landeszuschuß bei geschützter Arbeit, die Mietzinsbeihilfe und die persönliche Hilfe ein Kostenersatz zu leisten gewesen. Da dies jedoch weder beabsichtigt war, noch dem Gleichheitsgrundsatz der Bundesverfassung entspricht, erfolgte nunmehr die Einschränkung des Ersatzes auf Hilfeleistungen im Rahmen der Eingliederungshilfe und der Beschäftigungstherapie.

Zu Artikel I Ziffer 2: Bedingt durch die Änderung des Steiermärkischen Pflegegeldgesetzes, Paragraph 11 Absatz 2 muß auch im Behindertengesetz der Prozentsatz einer allenfalls verbleibenden pflegebezogenen Geldleistung bei nicht internatsmäßiger Unterbringung von 20 auf 10 Prozent für Neuanträge reduziert werden.

Zu Artikel II: Er beinhaltet Übergangsbestimmungen.

Zu Artikel III: Er regelt das Inkrafttreten.

Zu Artikel IV: Auf die Anwendung des Volksrechtengesetzes muß verzichtet werden, um sicherzustellen, daß dieses Gesetz unmittelbar nach dem Inkrafttreten der Novelle zum Behindertengesetz, betreffend die Einführung eines Aufwandersatzes, in Geltung gelangen kann. (19.32 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Dieser Gesetzesvorschlag beinhaltet eine Verfassungsbestimmung. Ich weise daher auf Paragraph 48 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages in Verbindung mit Paragraph 20 Landes-Verfassungsgesetz 1960 hin, wonach ein Landesverfassungsgesetz nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages und mit Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen beschlossen werden kann.

Ich stelle fest, daß das Anwesenheitserfordernis erfüllt ist.

Ich komme nun zur Abstimmung. Darf ich um Aufmerksamkeit bitten!

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Der Antrag ist angenommen.

17. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 234/1, Beilage Nr. 31, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Pflegegeldgesetz (StPGG) geändert wird.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (19.33 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Bedingt durch die Artikel-15 a-B-VG-Vereinbarung über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder für pflegebedürftige Personen werden die Änderungen im Bundespflegegeldgesetz auch ins Steiermärkische Pflegegeldgesetz übernommen.

Es handelt sich um die Kürzung des Pflegegeldes der Stufe 1 von derzeit 2635 Schilling auf 2000 Schilling monatlich bei Neuzuerkennungen. Es handelt sich um die Zuerkennung und Erhöhung des Pflegegeldes ab dem Folgemonat, um die Einstellung des Pflegegeldes mit dem Todestag, es handelt sich um das Ruhen des Anspruches auf Pflegegeld ab dem auf die Aufnahme folgenden Tag eines stationären Aufenthaltes in einer Krankenanstalt, und es handelt sich um die Kürzung des Taschengeldes bei Heimunterbringung von derzeit 1138 Schilling monatlich auf 569 Schilling monatlich. (19.34 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gross selbst. Sie hat das Wort.

Abg. Gross (19.34 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Maßnahmen im Sozialbereich des Landes in den kommenden Jahren werden vom starken Ansteigen des Anteiles der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung bestimmt sein. Sie müssen darauf abzielen, daß der älter werdende Mensch in seiner

gewohnten Umgebung, seiner Gemeinde, eingebunden bleiben kann, auch dann, wenn er dazu aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage ist und Hilfe braucht.

Wie in den meisten europäischen Ländern wird es auch in Österreich zu einer drastischen Alterung der Bevölkerung kommen. Wir haben das heute schon ein paar Mal gehört. Betrug etwa 1991 der Anteil der über 60jährigen an der gesamten österreichischen Bevölkerung noch 20 Prozent, so wird dieser Anteil für das Jahr 2010 mit 23 Prozent, für das Jahr 2030 bereits mit 32 Prozent prognostiziert. Das ist eine Folge der hohen Lebenserwartung, andererseits aber auch Ausdruck der sinkenden beziehungsweise stagnierenden Geburtenzahlen.

Durch diese gesellschaftlichen Veränderungen – Abnahme der Kinderanzahl und Jugendlichen, die veränderte Rolle auch der Frau, eine Zunahme der Zahl der Scheidungen, eine Zunahme der Einpersonenhaushalte – und die Umstellung im Finanzierungssystem der Krankenhäuser werden sehr hohe Anforderungen an die sozialen Dienste gestellt werden. Prognosen über den zukünftigen Anteil von hilfs- und pflegebedürftigen Personen an der Bevölkerung werden wesentlich den Ausbau von Einrichtungen für hilfs- und pflegebedürftige Menschen mitbestimmen.

1990 wurde eine Untersuchung der österreichischen Raumordnungskonferenz abgeschlossen, aus der ersichtlich war, daß allein im Bereich der Hauskrankenpflege sich die Zahl der Personen, die die Hauskrankenpflege beanspruchen werden müssen, verzehnfachen wird.

In der Steiermark werden dieser Zukunftsvariante entsprechend rund 40.000 alte Menschen durch die Hauskrankenpflege betreut werden müssen. Die Zahl der älteren Menschen, die durch Heim- beziehungsweise Altenhilfe zu betreuen sein werden, wird um mehr als das Achtfache im Jahr 2011 zunehmen. Der Bedarf wird in den Großstädten am größten und in politischen Bezirken, in peripherer Lage, am kleinsten sein. In der Steiermark sind Leistungen der Heim- und Altenhilfe für mehr als 20.000 ältere Mitmenschen bereitzustellen.

Die Artikel-15 a-B-VG-Vereinbarung über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder für pflegebedürftige Personen verpflichtet die Vertragsparteien unter anderem, die Vorsorge für pflegebedürftige Personen bundesweit nach gleichen Zielsetzungen und nach gleichen Grundsätzen zu regeln.

Der Bund hat mit dem Strukturanpassungsgesetz unter anderem auch das Bundespflegegeldgesetz geändert. Mit vorliegendem Entwurf wird durch eine entsprechende Änderung des Steiermärkischen Pflegegeldgesetzes im Sinne der früher zitierten Vereinbarung sichergestellt, daß den Zielen einer einheitlichen Vollziehung der Pflegegeldgesetze auf Bundes- und auf Landesebene grundsätzlich entsprochen wird. Der Absatz 1 im Paragraph 5 enthält aber eine Herabsetzung des Pflegegeldes der Stufe 1 von derzeit 2635 Schilling auf 2000 Schilling. Nachdem in dieser Novelle auf wohlverworbene Rechte Bedacht genommen wurde, indem keine Kürzung der vor Inkrafttreten dieser Novelle zuerkannten Pflegegelder eintreten soll, möchte ich nochmals darauf

hinweisen, daß diese Regelung nur für Neuzuerkennungen gilt.

Was mir als Vorsitzende der Volkshilfe Steiermark mit acht Seniorenpflegeheimen und rund 500 Bewohnern in den unterschiedlichsten Pflegestufen – wie allen Vorsitzenden der größeren Trägerorganisationen – allerdings noch größere Sorge bereitet, steht im Paragraph 11 Absatz 4, 4 a und 5, nämlich die Aussage: „Da im Rahmen einer Anstaltspflege regelmäßig umfassende Betreuungs- und Hilfsmaßnahmen für Pflegebedürftige gewährleistet sind, wird bei stationärem Aufenthalt in einer Krankenanstalt ein Ruhen des Pflegegeldes bereits ab dem Tag, der auf die Aufnahme folgt, als sachlich gerechtfertigt angesehen.“ Zitatende.

Sachlich gerechtfertigt, muß ich gelten lassen, aber die Anforderungen an die Heime und damit die Kosten steigen enorm. Auf der einen Seite sind wir es unseren Senioren und zu Betreuenden selbstverständlich schuldig, beste Qualität und auch moderne Ausstattungen zu bieten. Aber auf der anderen Seite müssen wir kostendeckend arbeiten.

Wir können unser Fachpersonal, das wir nach den Richtlinien des Pflegeheimgesetzes eingestellt haben, ja nicht nach Hause schicken oder dienstfrei stellen, wenn zum Beispiel bei einer Grippeepidemie unsere Bewohner im Krankenhaus stationär behandelt werden müssen.

Wir haben uns als Volkshilfe durchgerechnet, was uns diese Regelung gekostet hätte, wäre sie bereits vom Jänner bis Mai in Kraft gewesen. Das ist ein Fehlbetrag von rund 360.000 Schilling.

Bei dieser Regelung sehe ich noch viele Sorgen auf uns zukommen. Und ich ersuche alle, vor allem beim Bund vorstellig zu werden, um diese Regelung umgehend zu überprüfen und die nötigen Veranlassungen zu treffen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich deponiere schon heute, entsprechendes Verständnis für unser zukünftiges Anliegen, auch an das Land beziehungsweise die Sozialhilfeverbände, eine Bettenbereitstellungsgebühr zu überlegen beziehungsweise verlangen zu müssen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, mir ist schon bewußt, daß die Frage des Pflegegeldes nicht isoliert betrachtet werden kann. Es gilt daher, im Pflegebereich Strukturen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die einen effizienten und sparsamen Einsatz der dafür vorgesehenen Mittel ermöglichen.

Darum ersuche ich – wie auch Frau Landesrätin Dr. Rieder – nochmals, so schnell wie möglich die Verhandlungen zu einem neuen Steirischen Sozialhilfegesetz aufzunehmen und durch die Einführung von integrierten Sozial- und Gesundheitssprengeln den flächendeckenden Ausbau der mobilen Dienste zu ordnen und auszubauen. (Abg. Schinnerl: „Ist die Frau Landesrat säumig?“)

Nein, die Frau Landesrat ist nicht säumig. Wir alle sind es, weil wir es noch nicht gemacht haben. Es ist auch ihr Wunsch – nachlesbar in vielen Protokollen.

Wer die Effizienz des Sozialsystems erhöhen will, hat nicht nur nach Ökonomisierung allein zu rufen, sondern zu fragen, wie mit einem möglichst geringen Mitteleinsatz möglichst viel Not beseitigt werden kann. Nur mit einer Kultur des Sozialen ist der Zusam-

menhalt der Gesellschaft in schwerer werdender Zeit garantiert. Wer Vertrauen in diese Kultur zerstört, damit Menschen Angst vor den Risiken der Zukunft macht, der nimmt ihnen einen wesentlichen Teil ihres inneren Friedens – und bürdet damit der Gesellschaft Kosten auf, die am Ende höher sind als die Kosten eines sozialen Staates. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.42 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

12. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 196/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Landesbeamtengesetzes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (19.43 Uhr): Hohes Haus!

Hier geht es um die Einlagezahl 196/1, Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Dipl.-Ing. Chibidziura, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Landesbeamtengesetzes.

Im Pensionsgesetz soll insbesondere auf jene Härtefälle Rücksicht genommen werden, in denen Beamte ohne eigenes Verschulden zu einem zumutbaren Erwerb unfähig geworden sind.

Es wäre demnach im Paragraph 4 Absatz 5 eine Ziffer 3 anzufügen:

„3. wenn der Beamte ohne sein Verschulden zu einem zumutbaren Erwerb unfähig geworden ist.“

Es gibt dazu einen mündlichen Bericht Nr. 12: Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 25. Juni 1996 über den Antrag, Einl.-Zahl 196/1, der Abgeordneten Bleckmann und Kameraden, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Landesbeamtengesetzes, beraten.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Antrag nicht die Zustimmung der Ausschlußmehrheit.

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß stellt als Ergebnis seiner Beratung somit den Antrag: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 196/1, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Landesbeamtengesetzes, wird zur Kenntnis genommen. (19.44 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es liegt keine Wortmeldung vor.

Wer dem soeben gehörten Antrag zustimmt, bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist angenommen.

13. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über den Antrag, Einl.-Zahl 167/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Günther Prutsch, Heibl und Kaufmann, betreffend den verstärkten Einsatz von Ökodiesel in Kraftfahrzeugen des Landes Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Günter Getzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (19.45 Uhr): Danke, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf Ihnen einen Antrag namens des Ausschusses für Umweltschutz und Energie zur Kenntnis bringen, einen Antrag, der ausgeht von den Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Prutsch Günther, Heibl und Kaufmann, betreffend den verstärkten Einsatz von Ökodiesel in Kraftfahrzeugen des Landes Steiermark.

Namens des Ausschusses für Umweltschutz und Energie darf ich folgenden Antrag stellen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Kraftfahrzeuge des Landes Steiermark verstärkt mit Ökodiesel, also Kraftstoff, der aus Rapsöl und aus Altspeiseöl hergestellt wurde, betrieben werden. (19.45 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch von der rechten Reichshälfte.

Abg. Alfred Prutsch (19.45 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Wenn es um den verstärkten Einsatz von Ökodiesel in Kraftfahrzeugen des Landes Steiermark geht, dann kann dies von mir aus vielerlei Gründen befürwortet und gutgeheißen werden. Es tut mir ein bißchen leid, daß es nicht möglich war, daß das ein gemeinsamer Antrag gewesen wäre, weil ich überzeugt bin, daß es der Ökologie und der Umwelt egal sein könnte, welche politische Gruppierung einen solchen Antrag stellt, weil ohnehin die Umsetzung wirksamer Umweltschutzmaßnahmen nur eine gemeinsame Vorgangsweise voraussetzt.

Ich bin natürlich schon ein bißchen stolz darauf, daß

a) diese erste Biodieselanlage in meinem Bezirk, nämlich in Mureck, steht und

b) daß die Initiative dafür von uns Bauern selbst von Anfang an ausgegangen ist mit dem Motor Karl Totter als Obmann an der Spitze.

Die Steiermark war und ist das eigentliche Pionierland Europas in der Biodieselerwendung. Schon vor zirka zehn Jahren wurde durch Unterstützung des Landes, speziell damals durch Agrar- und Umweltschutzesrat Schaller und in weiterer Folge durch Erich Pörtl, die erste Biodieselpilotanlage in Silberberg in Betrieb genommen. Die Anlage in Mureck wurde ja erst 1991 in Betrieb genommen. Den Pionieren der Biodieselproduktion, nämlich Bauern, Wissenschaftlern der TU Graz, Land- und Landwirtschaftskammer, war bewußt, daß mit einer solchen großen Idee auch eine große Meinungsbildungskampagne verbunden werden muß. Ich erinnere mich zurück, eine davon

war, daß von uns bei allen Anlässen und Gelegenheiten der Ausspruch getan wurde, welcher eigentlich die Ist-Situation aufzeigte, und ungefähr so lautete: „Unsere Tiere fressen Futter aus Amerika, sprich Eiweißfutter, Soja, unsere Traktoren werden aus arabischen Ländern getränkt – durch Ölimporte –, und wir wissen nicht, wie wir unsere einseitige Produktion loswerden sollen.“

Das hat sich geändert, inzwischen sind auch die Überschüsse weitgehend abgebaut. Und auf Grund der erfreulichen Entwicklung im Biodieselsbereich gibt es nun den Umkehrschluß. Er trifft natürlich noch nicht 100prozentig zu, der lautet: „Unsere Tiere fressen heimisches Eiweißfutter, unsere Traktoren werden aus der Energie vom eigenen Feld versorgt, so lösen wir unsere Umwelt-, Überschuß- und gesellschaftspolitischen Probleme.“ Ich glaube, unser Ziel war, die Energie für unsere heutigen Zugpferde, sprich Traktoren, selbst zu erzeugen, wie das früher der Fall war, weil auch früher unsere Bauern für die Zugtiere die Energie selbst erzeugt haben.

Vielleicht nur ein paar Sätze zur Ökodieselanlage und zur Konstellation. SEEG. Das ist die Südsteirische Energie- und Eiweißherzeuger Genossenschaft, dieser gehören derzeit 580 Mitglieder an, die erzeugen auf ungefähr 800 Hektar Raps. Dieser Raps wird dann auch umgeestert und mit Methanol vermischt und zu Treibstoff verarbeitet.

Man kann auch mit dem reinen Pflanzenöl – und wir tun es zu Hause – auch einen Salat abmachen, man kann auch die Motorsägensmierung mit Pflanzenöl vollziehen.

Die Umesterungsanlage wurde erst im vorigen Jahr umgebaut. Sie reicht jetzt für zirka 2000 Hektar Ölfrüchte und 800 Tonnen Altspeiseöl. Und das von der Universität Graz und im Pilotprojekt Silberberg entwickelte Preß- und Umesterungsverfahren ist absolut umweltfreundlich und hinterläßt keine Rückstände. Ich glaube, das ist auch ein wichtiger Faktor. Dieser Wiedereinstieg in die altbewährte ökosoziale Kreislaufwirtschaft durch Energie- und Eiweißherzeugung hat natürlich sehr viele Vorteile. Umweltschonung von der Pflanze bis nach dem Auspuff. Die Wunderpflanze Raps bedeckt den Boden zehn Monate lang übers Jahr, die Wertschöpfung bleibt in der Region durch diese dezentralen Anlagen, die Krisenvorsorge ist gegeben, ich glaube, die Abhängigkeit großteils ausgeschaltet, und das Motto bei uns lautet: „Energie und Eiweiß vom eigenen Feld, eine lebenswerte Umwelt für alle.“ Und ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Ausspruch.

Aber in derselben Anlage wird auch neuerdings Altspeiseöl verarbeitet. Und ich darf da eine Anmerkung machen, daß es die weltweit erste Anlage ist, wo Altspeiseöl auch zu Ökodiesel verarbeitet wird. Und hier wurde unter der Beratung wieder der TU Graz und der Fachabteilung Ic 1995 mit dieser Produktion begonnen. Mittlerweile werden mehr als 400 Tonnen Altspeiseöl, welches als Problemstoff eingestuft wird, zu Ökodiesel verarbeitet und kann dieser an der ersten Zapfsäule weltweit – es gibt noch keine andere – bei uns in Mureck in die Tanks der einzelnen Fahrzeuge gegeben werden. Vielleicht auch interessant, der Literpreis dort an der Zapfsäule beträgt derzeit 8,70 Schilling. Es kann natürlich in alle Fahrzeuge und in

alle Typen eingefüllt werden und problemlos damit auch gefahren werden. Bereits 118 Gemeinden haben sich hier angeschlossen und sammeln Altspeiseöl aus vielen Gasthäusern, aus Schulen, Kasernen, wobei interessant ist, daß 74 Prozent der Gemeinden diesen Treibstoff dann auch selbst verbrauchen durch ihre Kommunalfahrzeuge. Bis jetzt wurden immerhin 340.000 Liter Ökodiesel aus Altspeiseöl erzeugt. Und gerade die Kommunalpolitiker wissen, daß die Belastung der Kläranlagen durch Altspeiseöl für die Gemeinden immer problematisch war und das eigentlich, wenn man sich diesem Sammelsystem angeschlossen hat, jetzt wirklich keine Probleme macht.

Ich glaube, aus Altspeiseöl Biodiesel zu erzeugen ist immer gescheiter, als wenn man es so machen würde, wie es angeblich in Holland gemacht wird und das auch bis zu uns her dringt, daß das Altspeiseöl gesammelt wird, nach Holland transportiert wird, und dieses Altspeiseöl wird dann in das Schweinefutter gemischt, und diese Schweine kommen dann wieder als Verarbeitungsfleisch zu uns nach Österreich. Ich glaube, dieser kleine Kreislauf, den wir bei uns in Mureck haben, der ist sicher der richtigere. Wir verwehren uns gegen eine solche Transportstrecke von uns nach Holland und wieder zurück in die Steiermark. Ich glaube, das kann nicht der richtige Weg für die Zukunft sein.

Es ist sehr interessant, daß diese Anlage in Mureck weltweites Interesse erweckt hat. In Kürze wird der 25.000ste Besucher begrüßt werden können. Zuletzt war eine Delegation aus China bei uns in Mureck. Und die neueste Meldung ist, daß die Firma Vogel & Noot, man höre und staune, in Amerika auch die gleiche Anlage errichtet wie bei uns in Mureck. Das muß man sich einmal vorstellen. Das heißt, im größten Agrarland wird eine dezentrale Anlage und keine Großanlage errichtet. Ich glaube schon, daß das einen tieferen Hintergrund hat, und ich glaube, auf diesem Gebiet liegen wir sehr, sehr richtig. Ich würde alle Kolleginnen und Kollegen einladen, diese Anlage einmal zu besichtigen, und ich werde versuchen zu organisieren, daß es möglich ist, den Umwelt-Ausschuß des Landtages nach Mureck zu bringen und dort diese Anlage anzuschauen.

Ich möchte nur ein paar Zahlen nennen, kurz die Umweltvorteile ansprechen bezüglich des Schadstoffausstoßes.

Fossildiesel sind immer 100 Prozent, der Ökodiesel-SO₂-Ausstoß 12 Prozent, CO₂-Ausstoß 15 Prozent, Rußausstoß 50 Prozent, und für die Erzeugung 100 Liter herkömmlichen Diesels benötigt man 117 Liter Erdöl, dieser Diesel hat einen Schadstoffausstoß von 303 Kilogramm CO₂, das muß man sich vorstellen und von 0,5 Kilogramm SO₂. Zum Gegensatz Biodiesel: Für 100 Liter Biodieselerzeugung braucht man 20 Liter Erdöl, hat einen Schadstoffausstoß von 45 Kilogramm CO₂ und nur 0,06 Kilogramm SO₂-Ausstoß. Diese Zahlen sprechen natürlich für sich. Der Ökodiesel ist biologisch total abbaubar in 21 Tagen bis zu 96,6 Prozent, die Umweltverträglichkeit Normaldiesel-Ökodiesel liegt eben 1 zu 100. Diese Vergleichszahlen, die ich gebracht habe, zeigen eindeutig auf, daß die ökologischen Gründe, Ökodiesel zu verbrennen, haushoch überwiegen. Die ökonomische Begründung für den Verbrauch von Ökodiesel wird derzeit noch von

vielen aus der negativen Sicht gesehen, teilweise auch berechtigt. Eine immer wieder von uns geforderte Steuerreform und die Adaptierung des österreichischen Umweltförderungsprogramms müssen diese Nachteile beseitigen, um so überhaupt die gesamte nachwachsende Energie in der Zukunft vermehrt einsetzen zu können.

Ich bin bald fertig, lieber Kollege Tasch. (Abg. Tasch: „Zieht er gut?“) Ohne Probleme, für jeden Motor.

Auf den gegenständlichen Antrag, den wir beschließen, zurückkommend, muß seitens des Landes alles unternommen werden, daß zukünftig Ökodiesel bei allen landeseigenen Fahrzeugen als Treibstoff Verwendung findet. Unsere Frau Landeshauptmann hat erfreulicherweise als Wirtschaftslandesrätin schon vorgesorgt, und die Straßenmeisterei Mureck fährt teilweise mit ihren Fahrzeugen mit Ökodiesel. Die Vorbildwirkung des Landes Steiermark könnte damit eine sehr, sehr positive sein.

Der vermehrte Verbrauch von Ökodiesel gibt uns Bauern und der heimischen Wirtschaft die Chance, die Energie der Zukunft in partnerschaftlicher Zusammenarbeit im kleinen Kreislauf zu erzeugen. Diese Chance soll auch von uns gemeinsam unterstützt und mitgetragen werden, weil eine lebenswerte Umwelt und eine positive volkswirtschaftliche Gesamtrechnung längerfristig sicher gegeben ist und dies für die Staatsbürger positiv ist. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 19.59 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Er hat das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (19.59 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Den Argumenten von Alfred Prutsch ist tatsächlich kaum mehr etwas hinzuzufügen. Er hat das Thema fast erschöpfend behandelt. Er hat die ökologischen und ökonomischen Argumente zu einer verstärkten Nutzung des Ökodiesels aus Mureck Ihnen wirklich umfassend dargelegt.

Ich möchte noch einen kleinen Aspekt etwas verstärken, den du auch angesprochen hast, nämlich den gesellschaftspolitischen Aspekt der Nutzung von Ökodiesel. Ich habe die Freude gehabt, mit einem Mitarbeiter der Componi-Missionare vor ungefähr einer Woche zu sprechen. Das ist ein Orden, der sich insbesondere um Entwicklungshilfe in den Ländern der dritten Welt kümmert. Er arbeitet in Brasilien und hat von einem agroindustriellen Projekt japanischer Konzerne in Brasilien berichtet, wo es darum geht, eine Fläche von zirka 70.000 Hektar – das kommt in die Nähe der Agrarfläche der gesamten Steiermark – den Kleinbauern mehr oder weniger wegzunehmen, abkaufen kann man da wohl nicht sagen, die Leute werden ganz einfach vertrieben von ihrem Grund und Boden, und mit Soja zu bebauen. Dieser Soja ist gedacht für den Export – Brasilien braucht dieses Soja nicht – nach Japan, USA und nach Europa. In Europa wird das Soja als Eiweißfuttermittel verwendet. Ich brauche Ihnen nicht schildern, welche sozialen und ökologischen Folgen derartige Projekte in den Län-

dern der dritten Welt und eben insbesondere in Brasilien haben. Ich denke doch auch, daß wir den Aspekt der globalen Verantwortung so ernst nehmen sollten, daß wir dieses Projekt im Zusammenhang mit den Versuchen der SEEG, mit den Bemühungen der SEEG, mit unseren Bemühungen im Steiermärkischen Landtag sehen sollten. Kollege Prutsch hat schon beschrieben, es geht darum, den Kreislauf zu schließen. Auch den Kreislauf der Eiweißfuttermittel, die wir beispielsweise für die Schweinefütterung benötigen. Wir wissen es aus wissenschaftlichen Analysen, beispielsweise des Bezirkes Feldbach, daß in den Bezirk Feldbach 70 Prozent zu viel Stickstoff in Form von Eiweißfuttermittel importiert werden. Dieser Stickstoffimport wird auch wieder abtransportiert, allerdings über einen Weg, der uns gar keine Freude macht, nämlich über das Grundwasser. Uns allen ist das Stickstoffproblem beziehungsweise das Nitratproblem im Grundwasser von Feldbach ja bekannt aus den diversen Umwelt- und auch Bodenschutzberichten.

Meine Damen und Herren, auch aus dieser Perspektive muß das Projekt SEEG, das Projekt Ökodiesel, vom Steiermärkischen Landtag, von der Steiermärkischen Landesregierung unterstützt werden.

Einen weiteren Aspekt möchte ich noch ansprechen. Im Grünbuch der Europäischen Union zur Innovationspolitik – eine wesentliche Grundlage für Innovations- und Technologiepolitik in den europäischen Regionen – wird ein Projekt besonders hervorgehoben, nämlich das Auto der Zukunft. Es geht in diesem Großprojekt – da werden einige Milliarden Forschungsmittel von der EU ausgeschüttet – insbesondere darum, was das Antriebssystem der Automobile, der Fahrzeuge der Zukunft, sein wird. Hier gibt es im wesentlichen drei Möglichkeiten: Antriebssystem über Strom, Antriebssystem über Wasserstoff oder eben über biogene Treibstoffe, wie auch beispielsweise Ökodiesel. Ich denke, wir sollten diese Chance nutzen. Wir sollten versuchen, im Rahmen dieses Projektes unser Projekt Ökodiesel in den Vordergrund zu bringen, zumal ich der Ansicht bin, nachdem auch Wasserstoff aus Strom zu erzeugen ist, daß das Antriebssystem Strom nicht wirklich eine Lösung des Problems Antriebssystem der Zukunft darstellt.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, bin ich sehr froh, daß es wieder einmal gelungen ist, Einstimmigkeit im Steiermärkischen Landtag – ich glaube, das vorwegnehmen zu können – in dieser Sache zustande zu bringen. Ich glaube, daß wir damit der Steiermark, auch im Sinne der Innovation und der Technologiepolitik und auch der Beschäftigungspolitik, einen guten Dienst erweisen. Danke! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 20.04 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Das Schlußwort zu diesem Punkt hat der Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (20.04 Uhr): Meine Damen und Herren, Herr Präsident!

Wenn wir heute so selbstverständlich über den Ökodiesel beziehungsweise Biodiesel reden, es war in der Steiermark ein sehr mühsamer Beginn. Und wenn man das wissenschaftlich betrachtet, ein Projekt der endogenen Erneuerung ähnlicher Lebensräume unter beinahe wissenschaftlicher Begleitung.

Speziell die Frage, welche Chancen damit auch Vogel & Noot als Unternehmen in die Hand kriegt, wo derzeit – ich war im vergangenen Jahr in Rußland – massive Kontakte von Fachleuten mit diesem Unternehmen stattfinden, weil dort trotz der Ölseen, die es auf Grund der undichten Ölpipelines gibt, auf der anderen Seite eine furchtbare Unsicherheit über die eigene Energieversorgung besteht. Ich will keine Details nennen, aber Sie wissen, daß gerade in Rußland eine furchtbare Situation der ganzen mafiosen Entwicklung ist.

Wenn zum Beispiel in Moskau 80 Prozent der Lebensmittelversorgung mit ausländischen Lebensmitteln passiert, wird es einem bewußt, wie wichtig es ist, daß unsere Eigenständigkeit in diesen Bereichen besteht. Ein wesentlicher Grund dafür war vor allem auch das Drängen, damit wir attraktive Kulturwirtschaft betreiben und mit der Rapspflanze eine neue Fruchtfolge in diesem Kreislauf haben.

Der eigentliche Wurf war nachher wirklich diese Altspeiseölverwertung. Wir haben tatsächlich die Mehrfachnutzung von Altspeiseöl erreicht. Wir haben das Altspeiseöl sehr lange nach Wien zur EBS mit einem Kostenfaktor bis zu 18.000 Schilling pro Tonne geführt. Vom Transport möchte ich gar nicht reden. Daher ist das auch eine Umwelteinrichtung ersten Ranges. Es ist auch Faktum, daß wir dieses Projekt mit einer hohen Förderung unterstützt haben, vor allem aber deshalb, weil der Ökodiesel eigentlich die beste Ökobilanz besitzt. Es gibt ja internationale Bestrebungen, mit Biosprit zu fahren, der eine wesentlich schlechtere Ökobilanz hat.

Ich möchte also abschließen, weil treffende Dinge vom Kollegen Prutsch bereits angesprochen worden sind – er ist selbst Mitglied dieser Energie- und Eiweißgenossenschaft –, und noch erzählen, wie wir das Altspeiseölprojekt beim Schwarzl-Teich vorgestellt haben. Es war großes Interesse der Journalisten vorhanden. Wir sind auf einem Floß gestanden, und er ist auf den See hinausgefahren, nachher hat er mit ein bißchen Übertreibung erklärt, daß gerade auch dieser Biodiesel eine unheimliche touristische Attraktivität ist, weil die Menschen, die auf dem Floß sitzen, alle beim Auspuff sitzen wollen, weil es beim Auspuff so nach Grammeln riecht. Das heißt, es ist auch geruchsmäßig das unterstrichen, was der Kollege Prutsch ausgeführt hat, daß er CO₂-neutral beste Abgaswerte und vor allem diese positive Energiebilanz hat.

Ich bin selbst eine ganze Woche lang mit dem Treibstoff gefahren, weil immer wieder die Frage im Raum steht, welche Umrüstungen braucht man. Bei den jetzigen modernen Dieselmotoren überhaupt keine, und es ist daher ganz entscheidend, daß das Angebot von Altspeiseölen und Fetten diese marktbelebenden Maßnahmen mitbegleitet.

Ich bin daher sehr dankbar, daß dieser Antrag und dieser gemeinsame Diskussionsbereich von der Landesverwaltung her beflügeln muß, und es wäre sogar ganz interessant, eine solche Exkursion zu machen. Aber auch diese rechtliche Frage bei Ausschreibungen zu klären, wie schaut die Ökobilanz bei solchen Produkten aus. Wir haben natürlich das Problem, daß Mitbewerber mit günstigeren Angeboten aus anderen Bundesländern oder aus anderen

Ländern selbstverständlich jetzt am Markt sind, wo natürlich die Frage des Verkehrs der Gesamtkobilanz gewissermaßen dieses Projekt begleitet.

Wir wünschen uns, daß diese Pilotanlage europa- und weltweit sozusagen als ein Missionsort weiterhin besteht, daß wir vor allem mit unserem Anschaffungszenarium des Landes Steiermark dieses Projekt mitunterstützen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.10 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, ersuche ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist angenommen.

14. Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien, Einl.-Zahl 145/2, über den selbständigen Antrag, betreffend Universität und Sparpaket.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (20.11 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Ausschuß für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien hat in seinen Sitzungen am 4. und 25. Juni 1996 Beratungen über den Antrag, Einl.-Zahl 145/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Lopatka, Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Brünner und Dietrich, betreffend Sparmaßnahmen im Universitätsbereich, durchgeführt.

Aus Anlaß der Beratungen am 25. Juni 1996 stellt der Ausschuß für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien unter Einbeziehung der Bildungssprecher aller im Landtag vertretenen Parteien, das sind der Herr Getzinger, die Frau Bleckmann, Frau Zitz, Herr Brünner und meine Person, einen selbständigen Antrag. Dieser selbständige Antrag wird mit einer relativ ausführlichen Darlegung des Problems eingeleitet, hat etwa 80 Seiten Anhang, wo die wichtigsten Stellungnahmen aus dem universitären Bereich ungekürzt angeschlossen wurden und hat im selbständigen Antrag folgenden Text:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Steiermärkische Landtag bekennt sich zu den steirischen Universitäten als zentrale Bestandteile der wissenschaftlichen Kultur unseres Bundeslandes und begrüßt den Dialog insbesondere auch in einer durch die Sparmaßnahmen schwierigen Situation.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung wird ersucht, Verhandlungen mit dem Bund und mit den Gemeinden im Hinblick auf die Einführung eines ermäßigten Studierendentarifes im Rahmen des Verkehrsverbundes zu führen.

Drittens: Die Steiermärkische Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten mit dem Ersuchen, den Universitäten jene Möglichkeiten einzuräumen, die sie in die Lage versetzen, ihren Aufgaben adäquat, effizient, sparsam und zielgerichtet nachkommen zu können. Nur so kann wirklich die Ausschöpfung der zweifellos vorhandenen

Rationalisierungspotentiale erfolgen. Dies gilt insbesondere für

a) die Einjährigkeit des Budgets, das Fehlen der Übertragbarkeit von Mitteln in das folgende Kalenderjahr, die Umschichtung der Mittel innerhalb eines vorgegebenen Rahmens zwischen verschiedenen Ansätzen und die Möglichkeit, bei Bedarf vakante Personalstellen auf der Basis ministerieller Vorgaben sofort nachzubesetzen, wenn der Gesamtbudgetrahmen (einschließlich projektierter Folgekosten) einer Universität dadurch nicht überschritten wird;

b) das Problem der Existenzlektoren sowie für eine differenzierte Lehrverpflichtung für alle Universitätslehrer/innen;

c) eine sinnvolle Schwerpunktsetzung der Universitäten untereinander, aber auch innerhalb einer Universität ohne Gefährdung der Interdisziplinarität.

Viertens: Die Steiermärkische Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten mit der Bitte, Modelle einer sozial gerechten Studienfinanzierung, insbesondere auch im Sinne von Studierenden aus sozial schwachen Familien, auszuarbeiten und zur Diskussion zu stellen.

Ich ersuche, den nachstehenden Entwurf des selbständigen Antrages zum Beschluß zu erheben. (20.14 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als erster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Prof. Jeglitsch in die Liste eingetragen.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (20.14 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es wird wohl kaum bezweifelt, daß Österreich derzeit einen finanziellen Konsolidierungsbedarf hat. Vieles, viele Leistungen, die wünschenswert sind, sind nicht mehr oder nur mehr teilweise finanzierbar. Die Ausweitung der Schulden ist kein Weg, das zeigen Beispiele in Europa, er ist eher die Gefährdung des bereits Erreichten. Wahrscheinlich hat man auch die finanzielle Tragkraft des Staates in den letzten Jahren überschätzt. Auf eine Familie bezogen, könnte man es mit dem Satz zusammenfassen: sie haben wohl etwas über ihre Verhältnisse gelebt.

Wenn der Staat finanziell konsolidiert werden muß, wenn gespart werden muß, dann sind alle Bereiche anzusprechen. Und ich nehme hier Wissenschaft, Forschung und die Universitäten gar nicht aus, aber die Vorschläge müssen ausgewogen und differenziert sein. Und es ist auch zu prüfen, wo diese Bereiche in der Dotierung, in ihrem Stellenwert in Österreich im Vergleich zum Ausland liegen.

Was meine ich? Ich darf folgende Beispiele anführen: Österreich liegt etwa bei der Zahl der Frühpensionisten, bei den Lohnnebenkosten oder bei den sozialen Leistungen im europäischen Spitzenfeld. Bei den Ausgaben für Wissenschaft und Forschung – und die Universitäten gehören dazu – liegt Österreich im letzten Viertel der europäischen Staaten, gerade noch vor Ländern wie Griechenland und Portugal. Länder wie Finnland, Dänemark, die etwa vor fünfzehn Jahren einen gleichen Status gehabt haben, haben uns längst zurückgelassen. Von der Schweiz, den Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik Deutschland,

Japan will ich gar nicht reden. Sie kennen die Zahlen, die in diesem Zusammenhang genannt werden. Österreich gibt für Wissenschaft und Forschung, und hier sind die Universitäten zum Großteil inkludiert, 1,5 bis 1,6 (1,6 ist eigentlich nie erreicht worden) Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. Der Durchschnitt in der OECD beträgt etwa 2,2 Prozent, die Bundesrepublik lag in den letzten Jahren zwischen 2,6 und 2,8 Prozent. Aber auch dieses Bild gibt die Dramatik nicht richtig wieder, denn zum Beispiel Bayern, ein Staat, etwas größer als Österreich und direkt an Österreich angrenzend, gibt 4,1 Prozent (!) des Bruttoinlandsproduktes aus. Dementsprechend ist auch Bayern, nach dem Krieg im wesentlichen ein Agrarland, heute in der Bundesrepublik im Bruttoproduktionswert der Industrie an die erste Stelle gerückt, sogar noch vor Baden-Württemberg.

Ich weiß schon, Geld allein für die Wissenschaft ist noch keine Garantie für eine leistungsstarke, konkurrenzfähige Industrie, aber niemand kann mir einreden, daß sich die österreichische Industrie auf Dauer ohne Forschung und Entwicklung behaupten kann. Und auch das Märchen von den Japanern, die alles nachbauen, gehört längst der Vergangenheit an, wenn man sich die Patentbilanz der japanischen Industrie ansieht.

Das Sparpaket der Universitäten hat also einen Bereich getroffen, der ohnedies in der Vergangenheit mager und unterdotiert war. Es gibt weiters keine Differenzierung nach der Größe der Universitäten; das Sparpaket trägt nicht den unterschiedlichen Problemlagen in den Universitäten Rechnung und ist auch mit keinen strukturellen Änderungen oder Ansätzen verbunden, und besonders bei Studierenden hat das Sparpaket zu extremen Härtefällen geführt.

Lassen Sie mich die Problemlage an einzelnen Beispielen sichtbar machen. Die Sparvorgabe, die den Universitäten im Personalbereich auferlegt wurde: Selbst wenn die Universitäten keinen Planposten bis Ende des Jahres nachbesetzen, verfehlen sie die Sparvorgabe durch den Bund um 427 Millionen Schilling. Da ist es völlig gleichgültig, ob die Berechnung der Universitäten um plus oder minus 10 Prozent richtig oder falsch ist. Diese unrealistische Sparvorgabe allein zeigt, wie wenig man sich mit dem Problem der Universitäten auseinandergesetzt hat.

Ein weiteres Beispiel: Der Nachbesetzungsstopp bei Assistentenposten. Er trifft gerade jene Institute, wo der fähige Nachwuchs noch Chancen auf eine Dissertation und auf eine Assistentenstelle hat.

Stellen Sie folgende Überlegung für den Fall an, daß eine Planstelle ein halbes Jahr nicht nachbesetzt wird: Vergleichen Sie eine Beamtenstelle, wo ein Beamter 30 bis 35 Jahre im Dienst ist, bevor er in Pension geht, mit einer Assistentenstelle, die alle dreieinhalb bis vier Jahre nachbesetzt wird, und die Stelle bleibt jedesmal ein halbes Jahr lang unbesetzt, dann trifft es diese flexiblen Assistentenstellen in den attraktiven Instituten acht- bis zehnmal so stark als eine normale Beamtenstelle.

Ein weiteres Beispiel: Lieferungslehraufträge. Diese werden dann erteilt, wenn etwa ein Professor emeritiert und das Ordinariat vakant wird. Der Staat erspart sich Geld, weil er während der Vakanz keinen Professor bezahlen muß. Hier hat der Bund verfügt,

daß die Ansätze des Jahres 1995 für das Jahr 1996 fortgeschrieben werden müssen. Viel primitiver kann man es wohl nicht machen.

Die Montanuniversität hat im Jahr 1995 kein vakantes Ordinariat gehabt, daher auch keine Supplierungsaufträge erhalten. Im Jahr 1996 sind drei Ordinariate vakant, und sie bekommt nichts. Dafür gibt es andere Universitäten, die zuviel erhalten, weil sie heuer weniger vakante Ordinariate haben als 1995. Bei großen Universitäten mögen sich die Schwankungen herauskürzen, bei kleinen ist es eine Katastrophe.

In den letzten 20 Jahren sind die Studentenzahlen wesentlich stärker gestiegen als etwa das Lehrpersonal. Einen gewissen Ausgleich hat es über remunerierte Lehraufträge gegeben. Die Kürzung der remunerierten Lehraufträge um 10 Prozent, ursprünglich waren es sogar 20 Prozent, nach langen Verhandlungen sind 10 Prozent herausgekommen, ist trotzdem für manche Studienbereiche existenzbedrohend. Ein weiteres Problem ist die Familienbeihilfe. Wenn die Mindeststudienzeiten mit zwei Toleranzsemestern versehen werden, dann ist anzufügen, daß in dieser Zeitspanne keine 20 Prozent der Absolventen fertig werden, daß sich das Studierverhalten der Studenten in den letzten 20 Jahren wesentlich verändert hat, daß die Mindeststudienzeit auch in vielen Fällen deswegen nicht eingehalten werden kann, weil zu wenig Laborplätze zur Verfügung stehen.

Auch die Streichung der Freifahrt ist ein Problembereich. Er trifft besonders jene Studentinnen und Studenten hart, die nicht am Studienort wohnen, und – für die Montanuniversität weiß ich es aus persönlichen Gesprächen – hier besonders jene, die in einer Entfernung wohnen, daß sie kein Zimmer in Leoben nehmen müssen, weil sie Kosten sparen und bei ihrer Familie oder bei ihren Eltern wohnen wollen.

Das ist keine vollständige Auflistung der Probleme und nur eine Darstellung der momentanen Situation. Aber ich habe diese Beispiele genannt, um meine eingangs getroffene Aussage, daß die Sparmaßnahmen für die Universitäten undifferenziert sind und die konkreten Probleme nicht berücksichtigt wurden, kurz zu erläutern.

Die Universitäten haben weiters Strukturprobleme, die nicht kurzfristiger, sondern mittelfristiger Natur sind.

Ein kleines Beispiel dazu: Österreich hat derzeit rund 220.000 Studenten, keiner kennt die Zahl so ganz genau, denn die Inskribenzahlen sind nicht die Studentenzahlen, weil so manche der Studierenden zwei Studienrichtungen, also doppelt inskribieren.

An der Montanuniversität, einer kleinen, noch überschaubaren Universität, finden Sie dazu folgende Beispiele:

Wenn jemand bei einer Prüfung dreimal durchfällt, muß er kommissionell antreten. Stellen Sie sich zwei Studienrichtungen vor, an der Montanuniversität ist das der Fall, wo in beiden Studienrichtungen die gleiche Mathematik als Grundlagenfach gelesen wird. Wenn man dreimal durchfällt, belegt man auch die zweite Studienrichtung, kann dann wieder dreimal antreten; wenn man irgendwann einmal durchgekommen ist, ersucht man um Anrechnung dieser Mathematik für die ursprüngliche Studienrichtung.

Ein zweites Beispiel: Die Studienrichtung „Werkstoffwissenschaften“ verfügt über attraktive Praxisplätze. Daher inskribieren viele Studenten aus anderen Studienrichtungen die Studienrichtung „Werkstoffwissenschaften“, nicht, um in ihr studieren zu wollen, sondern um attraktive Praxisplätze zu erhalten.

Sie sehen, wo das Problem liegt. Die Inskribenzahlen geben keine Auskunft, wie viele tatsächlich studieren.

Von diesen rund 220.000 Studenten werden heute in Österreich nicht einmal die Hälfte mit ihrem Studium fertig.

Wir sind alle für einen freien Hochschulzugang – ich bin es ganz besonders –, aber die Situation ist insofern unbefriedigend, als wir derzeit über die Drop-out-Rate selektieren, und das in einem unzumutbaren Ausmaß. An zwei Zahlen mögen Sie den großen Kontrast erkennen: Wenn alle Studenten, so wie bei den Fachhochschulen, minus 5 Prozent fertig werden sollten, wenn die Mindeststudiendauer auch nur um etwa 5 bis 10 Prozent überschritten wird, dann müßten pro Jahr in Österreich rund 40.000 Absolventen die Universitäten verlassen. Sie kommen nicht einmal auf 12.000 Absolventen pro Jahr. Daran kann man erkennen, wieviel in der derzeitigen universitären Maschinerie verlorengeht.

Es fehlt ein neues Dienstrecht, es fehlt ein Studienrecht, es fehlt eine Novellierung des Haushaltsrechtes. Die Einjährigkeit des Budgets macht den Universitäten gravierend zu schaffen. Es gibt keine Übertragbarkeit der Mittel, keine Austauschbarkeit der Mittel zwischen verschiedenen Ansätzen, etwa Personal- und Sachmitteln, durchaus innerhalb eines vorgegebenen Rahmens.

Das UOG 1993 hat zwar den Universitäten etwas mehr Autonomie gebracht, aber das reicht bei weitem nicht aus, um die strukturellen Probleme zu lösen. Es reicht bei weitem auch nicht aus, um bei einer Verknappung der Ressourcen den Universitäten teilweise selbst die Kraft zu geben, mit den knapperen Ressourcen besser umgehen zu können, sie besser einsetzen zu können.

Momentan bringt das UOG 1993, ich komme von einer Universität, die – allein der Ausdruck ist schon etwas zu fürchten – bereits seit einiger Zeit in das neue UOG „gekippt“ ist, nur Mehrkosten. Die alten Strukturen bleiben bestehen, lösen sich erst langsam auf, neue Strukturen werden aufgebaut. Es gibt mehr Verwaltungspersonal. Das Ministerium gibt solchen Universitäten, die gekippt sind, auch zusätzliches Verwaltungspersonal. Und ich verstehe die Universitäten, wenn sie sagen – gerade die großen Universitäten –, daß das UOG 1993 in dieser Zeit auszuwerten wäre. Denn es ist wirklich schwer einzusehen, wenn durch das Sparen auf der einen Seite lebenswichtige Bereiche in den Universitäten betroffen werden, auf der anderen Seite das UOG 1993 mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand eingeführt werden soll.

Ende der achtziger Jahre hat das zuständige Ministerium begonnen, Agenden an die Universitäten zu verlagern. Das waren die Reisemittel, die Exkursionsmittel, die ordentliche Dotation, die außerordentliche

Dotation. Das UOG 1993 geht sogar noch weiter. Auch die Berufungsverfahren werden in Zukunft durch die Universität durchzuführen sein.

Eine Frage ist in diesem Zusammenhang zu stellen, die mir noch niemand beantwortet hat. Was geschieht, was geschah mit den durch die Auslagerung von Aufgaben freigewordenen Valenzen im Ministerium?

In dem selbständigen Antrag sind auch Aufgaben für die Universitäten festgehalten. Etwa die Erarbeitung eines datenorientierten Verteilungsschlüssels für die ordentliche und außerordentliche Dotation, die Einrichtung von Lehrauftragskommissionen für eine bestmögliche Verteilung der remunerierten und nicht remunerierten Lehraufträge, eine Reduzierung des Verwaltungsaufwandes, eine Abstimmung mit den Fachhochschulen oder Fachhochschulstudiengängen, auch eine Erarbeitung von Hochschulentwicklungsplänen mit autonomen universitären Prioritätensetzungen.

Ich weiß schon, daß in der Diskussion darauf hingewiesen wird, daß es im Hinblick auf die derzeitigen Strukturen und das Verhalten des Ministeriums als blanker Zynismus gewertet wird - so die wörtliche Aussage -, wenn von den Universitäten in dieser Zeit und in dieser Struktur Entwicklungspläne verlangt werden.

Als Beispiel wurde von einem Dekan angeführt, daß er drei vakante Ordinariate im Ministerium zu verhandeln hatte. Dabei hat die Universität deutlich zu erkennen gegeben, welches das wichtigste, das zweitwichtigste und das drittwichtigste Ordinariat in der Besetzung wäre. Drangekommen ist durch das Ministerium nicht das wichtigste, sondern das an dritter Stelle liegende Ordinariat.

Bitte sehen Sie meinen Bericht nur als das Aufzeigen von Facetten aus einer sehr umfangreichen Diskussion. Wir haben zwei informelle Diskussionsrunden am 8. Mai und am 25. Juni mit Vertretern und Vertreterinnen der Universität Graz aus allen Bereichen durchgeführt. Ich möchte mich für die konstruktive Haltung und die positiven Gespräche bedanken. Wir haben vereinbart, daß diese Gespräche im Spätherbst weitergeführt werden, und es war die Überzeugung aller gewesen - auch meiner eigenen -, daß so manche der Probleme in ihrer vollen Schärfe erst im Herbst zu erkennen sein werden.

Ich darf mich aber insbesondere bei den Bildungssprechern der fünf im Landtag vertretenen Parteien bedanken, den Dank an die im selbständigen Antrag genannten Damen und Herren für viele wertvolle Hinweise und Ergänzungen, für eine konstruktive Grundhaltung im Sinne der Universitäten. Diese Damen und Herren haben es mir nicht allzu schwer gemacht, und ich freue mich, daß wir daher zu einem doch umfassenden, respektablen selbständigen Antrag im Sinne der Universitäten, im Sinne der an den Universitäten Lehrenden und Lernenden gekommen sind. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. - 20.30 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (20.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Anlaß für diese intensive Auseinandersetzung des Steiermärkischen Landtages mit dem Problem der steirischen Universitäten und steirischen Studierenden waren die in weiten Teilen, würde ich meinen, berechtigten Proteste der Studierenden, insbesondere der Karl-Franzens-Universität in Graz. Aus diesem Grund glaube ich, ist Anlaß genug gegeben, unsere Arbeit und die Ergebnisse unserer Arbeit, insbesondere aus der Perspektive der Studierenden, noch einmal zu rekapitulieren.

Kollege Jeglitsch hat das Diskussionsergebnis wirklich sehr korrekt wiedergegeben, insbesondere die Perspektive der Gesamtuniversität eingebracht. Ich werde versuchen, auf einige sehr spezifische, aber sehr wichtige Anliegen der Studierenden besonders einzugehen.

Erstens: Studierende sind insofern durch das Sparpaket besonders betroffen, als das Angebot an Lehrveranstaltungen massiv gekürzt werden wird. Meine Damen und Herren, seit Beginn der siebziger Jahre etwa kann man davon sprechen, daß es einen mehr oder minder offenen Zugang zu den Universitäten gibt. Seit Beginn der siebziger Jahre wird eine Universitätspolitik verfolgt, die im wesentlichen - bei einigen Problembereichen, die man durchaus artikulieren muß - einen offenen Universitätszugang gewährleistet. Vor den siebziger Jahren war der Zugang für Universitäten im wesentlichen nur für einige privilegierte möglich, für einige junge Menschen, die eine wohlhabende Familie im Hintergrund hatten, um es so direkt zu formulieren. Heute gibt es in unserem Bundesland rund 50.000 Studierende. Nicht genug, würde ich sagen. Ich würde meinen, daß in der Steiermark noch immer ein erhebliches Begabungspotential steckt. Insbesondere in den bildungsfernen sozial schwachen Schichten ist dieses Bildungspotential, das wir für die Zukunft der Steiermark, für die wirtschaftliche, für die ökonomische, für die ökologische, für die soziale Entwicklung unseres Bundeslandes dringend benötigen. Ich glaube also, daß dieser Rede davon - und ich höre auch diese Wortmeldungen leider -, daß es bereits zu viele Studierende gäbe, daß dieser Rede vehement entgegenzutreten ist. Ich bekenne mich also ebenfalls, und auch Kollege Jeglitsch hat das betont, zu einem weiterhin offenen Zugang zu den Universitäten.

Aber, meine Damen und Herren, zu diesem Zuwachs an Studierenden an den steirischen und österreichischen Universitäten muß man sagen, daß das Lehrangebot leider dem nicht standgehalten hat. Es gibt mittlerweile Universitäten, Studienrichtungen, Fakultäten, wo Bezugsziffern zwischen Lehrenden und Studierenden von 1 zu 70, 1 zu 80, ja 1 zu 100 gelten. Bei derartigen Bezugsziffern sind sinnvolle Laborübungen, Seminare, diskussionsintensive Lehrveranstaltungen nicht mehr durchzuführen. Und diese Schere, meine Damen und Herren, wird leider immer größer, auch gerade durch dieses Sparpaket größer. Kollege Jeglitsch hat darauf hingewiesen, Lehraufträge werden heuer um 10 Prozent linear gekürzt, es gibt Kürzungen in der Bezahlung von etwa 17 Prozent. Das wäre vielleicht in dem einen oder anderen Fall noch vertretbar, denn einige, vielleicht sogar viele

Universitätslehrer durchaus wohl bestellt sind. Man muß aber auch an Bereiche denken, wo es darum geht, Sprachunterricht durch native speakers, durch Slowenien, Kroaten, Bosnier sicherzustellen, und gerade in diesem Bereich treffen Kürzungen in der Bezahlung von Lehraufträgen sehr hart und ist die weitere Lehre in diesen Bereichen derzeit jedenfalls nicht sichergestellt. Und besonders schwerwiegend, so wurde es auch von den Vertretern der Universitäten artikuliert, und das hat massive Auswirkungen auf das Lehrangebot an den Universitäten, trifft die Universitäten der Einstellungsstopp. Auch wenn ab 1. September dieses Jahres der Einstellungsstopp zumindest mit einem Kontingent von rund 600 bis 700 Planstellen aufgehoben wird, ist das in der derzeitigen Situation im wesentlichen nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ein zweiter Bereich neben den Einsparungen, neben den Kürzungen, neben den hart treffenden Kürzungen im Bereich der Lehre ist die Streichung der Familienbeihilfe über der sogenannten Mindeststudiendauer plus zwei Toleranzsemester zu nennen. Ich bin persönlich froh darüber, daß es immerhin gelungen ist, in den Verhandlungen zu diesem Punkt Ausnahmeregelungen durchzusetzen, Ausnahmeregelungen, die denen für Stipendienbezieher im wesentlichen gleichen. Ich hoffe, diese Ausnahmeregelung wird vom zuständigen Familienminister auch umgesetzt. Trotzdem, muß man sagen, ist die Bindung an die Mindeststudiendauer eigentlich absurd, ist sie doch im wesentlichen eine fiktive Ziffer, ist sie eine Ziffer, die bisher jedenfalls studienrechtlich keine beziehungsweise kaum eine Rolle gespielt hat. Ich bin daher sehr froh, daß ein Punkt des Beschlusantrages sich darauf bezieht, daß wir die Bundesregierung auffordern, sozial gerechte Studienfinanzierungsmodelle auszuarbeiten, die insbesondere den Zugang, den weiteren und den verbesserten Zugang von Kindern aus sozial schwachen Familien zum Ziel haben.

Eine dritte, nicht unwesentliche soziale und finanzielle Barriere wird durch das Sparpaket für Studierende errichtet, durch die Streichung der bisher vom Familienministerium finanzierten Studierendenfreifahrt. Besonders wichtig ist dieser Punkt daher - auch in diesem Bereich hat Kollege Jeglitsch bereits argumentiert -, weil es nun einmal so ist, daß sich viele steirische Familien studentischen Wohnraum in Graz nicht leisten können. Studenten- und Studentinnenwohnungen kosten in Graz in der Größenordnung von 3000 bis 4000 Schilling. Das sind nichts anderes als einzelne Zimmer oder sehr, sehr kleine Garçonnièren.

Studierende, meine Damen und Herren, sind zum Pendeln gezwungen, und insbesondere trifft es diese Studierenden, wenn die Studentenfahrt gestrichen wird. Ich bin froh darüber, berichten zu können, daß gerade heute ein Gespräch zwischen Vertretern der Hochschülerschaft und dem für Verkehr zuständigen Landesrat Ressel stattgefunden hat und daß Landesrat Ressel berichten konnte, daß die Gespräche mit den zuständigen Ministerien sehr erfolgversprechend verlaufen, daß es allerhöchstwahrscheinlich im Herbst eine Studierendenkarte geben wird, mit der Studierende um etwa 40 Prozent vergünstigt Verkehrsmittel im Rahmen des steirischen Verkehrsverbundes in Anspruch nehmen können. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube doch, daß der Steiermärkische Landtag Herrn Landesrat Ressel in diesem Zusammenhang zu Dank verpflichtet ist.

Die zweite Strategie, die wir im Bereich des Wissenschaftsressorts noch weiter forcieren werden, bezieht sich auf billigeren, kostengünstigeren Wohnraum für Studierende. Dank der Initiative von Landeshauptmannstellvertreter Peter Schachner - (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Die Studentenheime haben Zimmer leer!“) Na, so schaut's aber nur in denjenigen Heimen aus, die keine Qualität bieten. Ich selbst habe leider den „Genuß“ gehabt, in einem Studentenheim wohnen zu dürfen, nur ein Semester, Gott sei Dank, das im wesentlichen Hühnerbatterien ähnlich schaut. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sie bauen die zugesagten Mittel vom Bund. Wir finden keinen Träger. Wir haben ja 800 Heimplätze vom Bund genehmigt!“)

So ist es. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Und wir finden die Träger nicht. Wir haben hausieren gehen müssen, obwohl wir mit den Preisen auf ungefähr 2000 Schilling herunter sind, weil die Träger sagen von neuem, sie kriegen die Heimplätze nicht voll, was mich selber wundert. Wir haben für die Wohnungen Wohnbeihilfe, als einziges Bundesland Österreichs, für Studenten!“)

Ich kann nur von dem meiner Fraktion nahestehenden Studentenwohnheimträger, der WIST - Wirtschaftshilfe der Studierenden reden und darf berichten, daß es gelungen ist, innerhalb von fünf Jahren rund 1000 Studierendenwohnungen zu schaffen. Und, soweit mir jedenfalls bekannt ist, in den Heimen der WIST gibt es keine Probleme mit der Auslastung.

Es gibt ein Qualitätsproblem. Wie gesagt, es ist auch Studierenden nicht mehr zumutbar, in Heimen unterzukommen, die im wesentlichen den Legebatterien von Hühnern gleichen. Auch das gibt es leider in Graz. Dort, Herr Landesrat, wäre es sehr dringend notwendig, sich sanierende Maßnahmen seitens der Wohnbauförderung zu überlegen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Tut man ja alles, wird ja gemacht!“) Nein, wird nicht gemacht, in der Elisabethstraße 93 wird es nicht gemacht, Herr Landesrat. Schauen Sie sich das an. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ja, weil sie keinen Antrag gestellt haben!“) Ein Landesrat ist schon auch dafür da, daß er Eigeninitiative entwickelt, und nicht immer nur auf Anträge wartet. Sie sollten dort einmal mit den Leuten reden. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Herr Abgeordneter, daß wir in der Gegend herumgehen und fragen, braucht's ein Geld, und die nicht herkommen, werden Sie nicht kindisch!“) Wenn man die Interessenvertretung für die Universitäten und für die Studierenden in der Steiermark ernst meint, wenn man das ernst meint, Herr Landesrat, dann sollte man das tun, dann sollte man durchaus werbend dort hingehen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Jetzt hören Sie doch auf, lächerlich zu werden!“) Nein, absolut nicht. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sie sind doch im Grunde genommen ein normaler Mensch!“) Das will ich wohl hoffen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Im Grunde genommen ein wirklich normaler, vernünftiger Mensch. Aber wenn der Heimträger selber nicht die Ambition hat, daß er Förderungsmittel bekommt, Sanierungsmaßnahmen macht!“) Dann sollte der zuständige Landesrat

kommen und dort einmal Gespräche führen. (Abg. Schrittwieser: „Herr Präsident, wer ist am Wort?“)

Das ist durchaus möglich, Herr Landesrat. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Auch Sie sind nicht zu mir gekommen, mich aufmerksam zu machen, daß es irgendwo eine abgehauste Wohnung gibt. Aber gut, ich werde mich auf die Suche machen, habe dann aber eigentlich wahrscheinlich keine Zeit mehr!“ - Glocke. - Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Herr Landesrat, darf ich Sie bitten, den Redner ausreden zu lassen!“ - Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich kann ihn ja nicht ausreden lassen, wenn er so einen Unsinn verzapft!“) Danke schön, Herr Präsident, aber ich bin durchaus in der Lage, ein Gespräch, so er es wünscht, der Herr Landesrat, mit ihm über die Wohnraumsituation für Studierende in Graz zu führen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sie nehmen sich der Studenten an und finden es nicht einmal der Mühe wert, daß Sie denen sagen, daß es dafür Förderungsmittel gibt!“) Doch, doch, das sagen wir Ihnen schon so. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Na gut, wieso kommt dann keiner?“) Ich glaube, daß es wesentlicher ist, daß der zuständige Landesrat entsprechende Pakete schnürt (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Haben wir ja!“) und diese Gespräche führt. Ein Landtagsabgeordneter kann, wie Sie wissen, über die Mittel nicht verfügen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Tun Sie sich ein bißchen informieren, bevor Sie da Beschuldigungen machen!“) Ich glaube, daß ich doch einigermaßen informiert bin. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Was wir für Studentenwohnungen in Graz alles gemacht haben, mein Vorgänger Schaller und ich, davon haben Sie überhaupt keine Ahnung!“) Aber natürlich, das Problem ist, daß wir noch immer (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Als einziges Bundesland haben wir Wohnbeihilfe für Studenten!“)

Bis vor kurzem, Herr Landesrat, war es jedenfalls so, bevor die Initiative vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner und von der WIST ausgegangen ist (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Der hat überhaupt nichts gemacht!“), war es so, daß die Landeshauptstadt Graz bezüglich der Dichte an Studierendenwohnungen jedenfalls an letzter Stelle war. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Jetzt wird er damit zum Parteisoldaten und verzapft da Parteiprogramme, die nicht richtig sind. Der Schachner hat sich um studentische Wohnungen überhaupt nicht gekümmert!“) Wenn Sie sich die Zeit nehmen, Herr Landesrat, werde ich Ihnen das gerne vorrechnen und werde Sie noch einmal darauf hinweisen, daß ich der Ansicht bin, daß Sie bei Ihrem hochbezahlten Job doch einige Verpflichtungen haben, die Sie nicht wahrnehmen.

Meine Damen und Herren, das Land Steiermark und insbesondere das Wissenschaftsressort und das Verkehrsressort, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner und der Herr Landesrat Ressel, sind sich ihrer Verantwortung und der Bedeutung der Universitäten in der Steiermark sehr bewußt, sind sich der Bedeutung des Wissenspotentials, das in den Studierenden steckt, sehr bewußt. Wir nehmen diese Verantwortung jenseits der verfassungsrechtlichen Zuständigkeit für Universitäten und Wissenschaft wirklich nach Kräften wahr.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir diese Initiative und diese Anstrengungen weiter in dieser

Stärke fortsetzen sollten. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. - 20.43 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Schmid. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (20.44 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Abgeordneter!

Sie haben also sehr brav eine vorbereitete Jubelstimmung für Pendlerschaffung bei Studenten gemacht und gleichzeitig den Wohnbau für die Studenten kritisiert.

Ich darf vielleicht erinnern oder darf in Erinnerung rufen, bereits im Jahr 1992, in Verbindung mit der Hochschülerschaft, in Verbindung mit allen betroffenen Stellen und auch sachlich Betroffenen, und nicht nur solchen, die da hergegangen sind und irgend jemanden beschimpfen, haben wir vom Ministerium zunächst 500 Wohnungen bekommen. Sie können Ihren Kollegen Messner in Graz fragen, wo die Stadt Graz dann auch gemeinsam die ÖWG-Grundstücke zur Verfügung gestellt hat. Ich war selber im Ministerium - Dr. Müller, der uns jetzt verläßt, war mit dabei, Dr. Schachner habe ich in diesen Bereichen nie gesehen. Er besitzt richtigerweise dafür auch keine Zuständigkeit. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Das ist eben ein Problem, wenn man zu spät kommt!“) Sagen Sie mir, wann er dort war. Herr Abgeordneter Getzinger, Sie verzapfen jetzt wirklich einen Unsinn. Die Zuständigkeit für die Wohnbauförderung liegt nicht beim Dr. Schachner. Er kann daher nur in Abstimmung und in gemeinsamer Arbeit, was wir gemacht haben, das hier unterstützen, aber die Zuständigkeit liegt nicht bei ihm. Ich zeige Ihnen das laufende Programm vom Dr. Schachner und vom Dr. Krainer, das er uns schriftlich gegeben hat, auch das neue. Keine einzige studentische Wohnung war vorgesehen vom Referenten Dr. Schachner. Mit seiner Unterschrift. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Wer ist der Träger der 800 Wohnungen?“)

Wir haben 800 Studentenplätze dazugegeben und in Verhandlungen mit dem Bund zu ursprünglich 500 weitere 300 dazubekommen.

Wir haben unser Programm von 4000 Wohnungen auf 6000 erhöht, damit wir die Behinderten unterbringen, die Pflegeheime, damit wir die Altenheime und die Studentenheime bauen können. Und das haben wir gemacht. Das ist ein Faktum. (Beifall bei der FPÖ.)

Alles, was Sie sonst hier noch hinstellen, daß ein Landesrat schauen gehen soll, ob eine Wohnung in Ordnung sei, und er die Mittel anbieten müsse, das ist also so ziemlich eines der unsinnigsten Dinge, die ich gehört habe.

Aber wir haben gemeinsam unheimlich viel gemacht. Und ich sage Ihnen, die WIST war dann jener Bereich, der dieses Ghoga-Heim in etwa mit 300 Plätzen übernommen hat, am freien Markt die ÖWG als Träger gesucht hat, wer macht das? Uns haben Heimbetreiber erklärt, daß sie ein Problem haben, obwohl Graz die schlechteste Versorgung von den Universitätsstädten in bezug auf Heimplätze hat, und daß sie das Risiko nicht eingehen wollen. Wir

haben das forciert. Gott sei Dank setzt es jetzt die WIST um. Ich bin sehr froh darüber, und es wird ein anständiges Heim.

Aber es sind immer noch freie Plätze, weil wir derzeit die Betreiber nicht finden.

Und das Ganze ist darauf zurückzuführen, daß die Steiermark so ein vorzügliches System in der umfassenden Sanierung, in der kleinen Sanierung hat, wo auch ein Pfarrer Schmuderl Mittel geholt hat und andere auch, und durch die Wohnbeihilfe die Attraktivität auch für neue oder doch noch funktionierende Heimplätze gesteigert werden kann, wenn dafür auch eine ausgebaute Dachgeschoßwohnung mit Wohnbeihilfe genommen werden kann. Verständlich, ich mache niemandem einen Vorwurf. Aber das erklärt irgendwo das Mißverhältnis, weil das Land Steiermark in einer irrsinnigen Kraftanstrengung auch in diesem Bereich eine Sonderregelung gemacht hat.

Das ist also das wahre Faktum. Und es ist einfach unsinnig, es ist unintelligent, es ist eigentlich unwürdig, wenn man gegenseitig sich da hier auf die Fahne heftet, der hat das gemacht und der hat das gemacht.

Ich sage Ihnen noch eines: Wir verteilen das Geld von den Leuten, die es draußen schwer verdienen und als Steuer in den öffentlichen Haushalt einbringen. Ich hoffe, wir verteilen es gemeinsam vernünftig, aber dann bitte nicht in der Art, daß man sagt, der oder der oder der soll das bauen oder schauen gehen. Sie sind ja doch intelligent und solcher Ausdrücke gar nicht würdig.

Tut mir leid, aber ich bin der zuständige Referent. Schaller hat schon begonnen, da hat es noch gar keinen Schachner gegeben. Mit Wohnbeihilfe für Studenten hat schon Schaller begonnen, als es noch keinen Schachner gegeben hat. Ich gebe Ihnen die Liste vom Schachner, welche Plätze er haben wollte, kein einziger Studentenplatz, unterschrieben. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Öffentliches Geld!“) Was soll der Blödsinn, es ist öffentliches Geld. Tun wir gemeinsam etwas. (20.49 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: So, meine Damen und Herren, darf ich darauf hinweisen, daß Sie sich jetzt über das Thema genug geäußert haben. Ich würde also vorschlagen, daß wir das entweder durch Wortmeldungen oder sonst an sich beenden.

Es gibt nämlich noch Wortmeldungen, und zwar hat sich die Frau Abgeordnete Zitz zu Wort gemeldet, und ihr erteile ich es jetzt.

Abg. Mag. Zitz (20.49 Uhr): Nachdem ich jetzt überraschenderweise vom Herrn Präsidenten Vesko rückgereicht wurde, damit der Herr Landesrat Schmid seine ausführliche Wortmeldung durchführen konnte. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Frau Kollegin, darf ich Sie unterbrechen? Frau Kollegin Zitz, Regierungsmitglieder haben jederzeit das Recht, sich zu Wort zu melden, und werden sofort berücksichtigt. Das ist eine Usance in diesem Haus, sie ist auch in der Geschäftsordnung als solche verankert, und an die sollen Sie sich bitte auch halten!“ – Abg. Tasch: „Herr Präsident, war das jetzt ein Ordnungsruf?“ – Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Das war kein Ordnungsruf, das ist eine Auf-

klärung gewesen. Die Frau Kollegin Zitz tut sich in manchen Bereichen noch etwas schwer!“) Herr Vesko, ich werde mich sehr anstrengen, daß ich dieses hohe Niveau, das Sie jetzt gerade vorgegeben haben, auf keinen Fall unterschreite. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Ich glaube, es wird Ihnen nicht gelingen!“)

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Leute im Zuschauerraum, die schon in diesem Landhaus gewesen sind, unter anderen Rahmenbedingungen als jetzt!

Wenn ich mir diesen Antrag anschau, dann sehe ich einen ganz leichten Aufschwung, was den Landtag und seine Bereitschaft betrifft, sich mit dem Uni-Sparpaket, mit bildungspolitischen Vorgaben und einem gesamtgesellschaftlichen Kontext auseinanderzusetzen, und zumindest in Ansätzen eine emanzipatorische Bildungspolitik möglich macht.

Ich möchte sehr stark auf eine allgemeinpolitische Ebene gehen und möchte jetzt weniger einen so detaillierten Universitätsbezug herstellen, wie es Rektor Jeglitsch beziehungsweise Günter Getzinger gemacht hat, und mir dabei die Dynamik des Budgetlandtages anschauen, die uns ein Sparpaket für zwei Jahre aufs Aug' gedrückt hat, das genau diese Bereiche aushungert, die aus unserer Sicht zukunftsfähig wären, und zwar für Österreich, für die Steiermark und auch für Graz.

Es hat in diesem Budgetlandtag drei Bereiche gegeben, wo dezidiert von außen mobilisiert wurde, von Gruppen, von Organisationen, von Einzelpersonen, von Fachleuten unterschiedlichster politischer Couleur, das möchte ich auch dazusagen. Das waren Leute aus dem Naturschutzbereich, die gesagt haben, Schotter- und Wasserabgabe, eine hervorragende Idee endlich auch in der Steiermark, aber wie wäre es mit einer ökologischen Zweckbindung von diesen Abgaben? Das waren Leute aus dem Behindertenbereich, die gesagt haben, behindert zu sein ist gerade in der Steiermark ohnehin eine extrem schwierige Situation. Und ich möchte nur hinweisen, die wenigsten von Ihnen sehen behinderte Menschen, die älter als 40 oder 50 Jahre sind, weil genau zu diesem Zeitpunkt, vor 50 oder 60 Jahren bekannterweise in der Steiermark im Feldhof Menschen umgebracht wurden, die physisch oder psychisch „anders“ sind als unser-eins, das sage ich jetzt einmal so flapsig.

Und der dritte Bereich, in dem von außen mobilisiert worden ist, das war aus den Universitäten, das waren Studierende, das waren Lehrbeauftragte, das waren wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen speziell von der Karl-Franzens-Universität.

Als prinzipielle Position möchte ich da noch einmal deponieren, daß alle Initiativen auf Landesebene und auf Bundesebene in die Richtung gehen sollten, daß ein offener, freier Zugang zur Universität ohne Einschränkungen im formalen Bereich, im finanziellen oder sozialen Bereich eine gegebene Voraussetzung sein sollte und als solche anerkannt sein sollte.

Ein zweiter Bereich, der mich in den letzten Monaten sehr negativ berührt hat, war, die Botschaft vom Landtag „Sparpaket im Uni-Bereich hat eigentlich nichts mit uns zu tun, das ist ein Bundesthema“. In den letzten drei Monaten bin ich jedoch sehr bestärkt worden durch zahlreiche Ansuchen, die unsere

Landesregierung im Auftrag von uns Landtagsabgeordneten an den Bund schickt, wo drinnensteht, „Bund, bitte engagiere dich“ für dieses, für jenes, für Sachen, die ich unterschiedlich sinnvoll finde, wo ich mich auch unterschiedlich stark engagiert habe, daß diese Anträge zustande gekommen sind. Das Interessante war, daß der Uni-Bereich und das Sparpaket im Uni-Bereich einen relativ langen Entwicklungsprozeß hinter sich hatten, bis der Landtag bereit war, dieses Thema wahrzunehmen und in Antragsform jetzt auch Ihnen vorzulegen und von Ihnen abstimmen zu lassen. Ich bin trotz dieser anfangs nicht vorhandenen Dringlichkeit sehr froh, daß dieser Antrag möglich war, und ich glaube auch, daß der Abgeordnete Jeglitsch in seiner Funktion als Koordinator von fünf, relativ unterschiedlichen politischen Meinungen plus den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im informellen Wissenschaft-Ausschuß sehr bemüht war und daß das Resultat, das zustande gekommen ist, ein Resultat ist, wo keine einzige Partei von uns wirklich glücklich ist. Aber es ist eine Konsenslösung gewesen, und ich glaube, das ist immerhin ein erster Schritt in einem Dialogprozeß gewesen zwischen politischer Struktur in der Steiermark und Wissenschaft beziehungsweise Leuten, die im Ausbildungsbereich in der einen oder anderen Form tätig sind.

Zweiter Bereich, den ich einbringen möchte, was mir wichtig ist und was das letzte Mal, als wir zu den studentischen Protesten im Landtag Stellung bezogen haben, im Rahmen des Budgetlandtages, für mich nicht klar genug rübergekommen ist: Ich glaube, daß die Studierenden und teilweise auch die Lehrbeauftragten – leider Gottes nur teilweise – in den letzten Monaten eine Solidarität bewiesen haben, bezogen auf soziale Themen, die ich mir sehr wünsche, zum Beispiel von Gewerkschaftsfunktionären, zum Beispiel von Kammermitgliedern, zum Beispiel von Abgeordneten, Mandatären und Mandatarinnen in diesem Haus. Und ich glaube, dieses Bemühen um Kooperation mit anderen sozialen Bewegungen, mögen sie auch sehr schwach sein wie im Behindertenbereich, mögen sie auch relativ stark am Rand stehen wie im Naturschutzbereich, mögen sie auch sozial immer wieder ausgegrenzt sein wie im sozialpolitischen oder frauenpolitischen Bereich: Ich glaube, dieses Bemühen war eine sehr hohe Vorgabe, die uns da von Leuten aus dieser Streik-, Protest-, Widerstands- oder aus meiner Sicht eigentlich Solidaritätsbewegung immer wieder gemacht worden ist.

Vielleicht ein kleiner Ausblick in den Herbst. Ich denke, es ist vorher schon angeklungen. Im Herbst ist eine Weiterführung dieses Austausches, dieser Gespräche zwischen Angehörigen der Universitäten in der Steiermark mit Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages geplant. Im Herbst wird es höchstwahrscheinlich ein Informationschaos der speziellen Art geben, weil überhaupt nicht klar ist, welche von diesen sehr schnell durchgepeitschten Novellen ab wann rechtswirksam sind. Manche sind im Moment schon hoch verunsichert, was sie studieren sollen, viele Lehrveranstaltungen werden auf so wackeligen Beinen stehen, daß es unklar ist, ob sie überhaupt durchgeführt werden können. Und es hat ein Blatt gegeben, ein Flugblatt, das damals von Studierenden vom Hörsaal A ausgeteilt wurde, auch in Kooperation

mit der Hochschüler-/Hochschülerinnenschaft der Universität Graz, und da ist draufgestanden: „SOS Bildung, SOS Demokratie“. Ich würde mir wünschen, daß dieser Ruf im Herbst nicht so massiv erschallen muß, wie er jetzt im Frühjahr erschallt ist, und ich habe da eine relativ optimistische Haltung.

Ich möchte trotzdem allen Leuten danken, die uns in diesem Bereich als Landtagsabgeordnete unterstützt haben. Sie sehen, das ist einer der dicksten Berichte, die ich jemals in der Hand gehabt habe, mit Anhängen von sehr, sehr unterschiedlichen Interessenvertretungen, und ganz zuletzt zum Glück ist auch der Antrag, der eigentlich das Ganze motiviert hat, noch einmal vorhanden, nämlich der von der Hochschüler- und Hochschülerinnenschaft der Uni Graz aus dem Bereich des Hörsaal A. Danke. (20.58 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Bleckmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Bleckmann (20.58 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Was lange währt, wird endlich gut. Ich glaube, das ist etwas, was man zu diesem Bericht schon sagen kann, denn der ist sehr ausführlich formuliert worden und hat auch sehr wichtige und interessante Aspekte im eigenen Beschluß. Ich freue mich, daß hier einige Bereiche sind, wo sich auch der Steiermärkische Landtag bekennt und hier auch selber eine Meinungskundgebung zu den Universitäten abgibt und zu anderen Bereichen.

Ein Teil ist natürlich auch der obligatorische, es wird an die Bundesregierung herangetreten, etwas zu tun. Denn das muß auch, auch wenn es die Kollegin Zitz nicht hören will, gesagt werden, daß nun einmal der Wissenschaftsbereich, also vor allem die Universitäten, keine Kompetenz im Landtag hat, und wir hier zwar darüber reden können, und das ist, glaube ich, auch sehr gut und sehr wichtig, daß wir darüber reden, denn es ist sehr wohl ein Problem, das Politiker generell interessieren soll, aber wir können im Landtag hier nicht sehr viel tun. Insofern ist dafür, das muß ich wirklich sagen, viel mehr herausgekommen, als ich eigentlich gedacht habe.

Auch für uns ist der freie Hochschulzugang wichtig. Das ist außer Frage. Und scheinbar haben sich inzwischen alle dazu bekannt, daß es in Zukunft auch weiterhin, wie bisher, einen freien Hochschulzugang geben soll und muß. Ich bin gespannt, wann es dann im Zuge weiterer Sparmaßnahmen, die ja auch schon angekündigt worden sind, doch zu anderen neuen Ideen kommen wird, daß dann eben das nicht mehr gewährleistet sein wird. Ich hoffe, daß es nicht so weit kommt, aber ich fürchte, es wird so weit kommen, und dann werden auch wieder die Studierenden aufgerufen sein, sich hier wieder zur Wehr zu setzen und auch wieder eine Solidarität an den Tag zu legen, um wieder zu beweisen, daß sie dagegen sind. Wir werden sehen, wie es sein wird. Wie gesagt, ich hoffe, daß es nicht so kommt.

Ein Punkt daraus ist der, daß in bezug auf den Verkehrsverbund, daß Verhandlungen aufgenommen

werden, mit Bund und Gemeinden, im Hinblick auf die Einführung eines ermäßigten Studierendentarifs im Rahmen des Verkehrsverbundes. Hier muß ich ehrlich sagen, hätte ich mir ein bißchen mehr erwartet. Denn es hat zuerst große Ankündigungen gegeben, daß es sehr wohl gewisse Gelder gibt, die angeblich zur Verfügung gestanden hätten. Es wurde angekündigt, daß sich der Herr Landesrat einsetzen wird, daß es zu Vergünstigungen kommen wird. Ich hoffe und deponiere es schon hier, daß es nicht nur bei den Verhandlungen bleibt, sondern auch Ergebnisse herauskommen werden.

Wir werden uns das auf jeden Fall im Herbst anschauen. Denn das ist ein Punkt, wo wir im Land etwas tun können, wo wir die Kompetenz haben, wo wir Möglichkeiten haben, den Studierenden zu helfen. Und da würde ich mir wünschen, wenn wir schon etwas tun können, daß wir hier wenigstens nicht nur diese Willenskundgebung abgeben, mit diesem Papier, sondern dann auch Maßnahmen treffen und setzen.

Ich halte auch die Information für sehr wichtig und freue mich auf das nächste Gespräch mit den Studierenden und Professoren und Assistenten. (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ. – 21.01 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke! Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Es sind heute schon einige Fraktionen gar nicht mehr vertreten.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

15. Antrag, Einl.-Zahl 170/2, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Dipl.-Ing. Getzinger, Mag. Zitz, Schützenhöfer, Dipl.-Ing. Vesko und Dr. Brünner, betreffend die Umbenennung des Landtags-Ausschusses für Europäische Integration in „Ausschuß für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit“.

Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es ihr.

Da gibt es keinen Bericht zu erstatten, das ist nur eine Umbenennung. Die Frau Kollegin Zitz ist scheinbar nicht da, sie legt scheinbar keinen Wert darauf, die Wortmeldung durchzuführen.

Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Abgeordneten Dr. Lopatka, Dipl.-Ing. Getzinger, Mag. Zitz, Schützenhöfer, Dipl.-Ing. Vesko und Dr. Brünner stellen folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuß für Europäische Integration wird in „Ausschuß für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit“ umbenannt.

Die Damen und Herren, die dem Antrag auf Umbenennung des Ausschusses für Europäische Integration in „Ausschuß für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit“ ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich gemäß Paragraph 13 Absatz 3 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 vor, die Tagung zu schließen und gemäß Paragraph 13 Absatz 4 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 sämtliche Landtags-Ausschüsse zu beauftragen, die Beratungen während der tagungsfreien Zeit über offene Geschäftsstücke aufzunehmen und fortzusetzen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen beiden Vorschlägen zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt und die Frühjahrstagung 1996 beendet.

Ich danke allen Abgeordneten und Regierungsmitgliedern für die während der Frühjahrstagung geleistete Arbeit und wünsche einen erholsamen Sommerurlaub.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Weg einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. Kommen Sie gut nach Hause. (Ende der Sitzung: 21.05 Uhr.)